

Morwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumeration
 Vierteljährlich 3.50 RM, monatlich 1.10 RM,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 RM pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2.60 RM, für das übrige Ausland
 4 RM pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1894.

Die Interaktions-Gebühr
 Beträgt für die frühgefallene Annoncen-
 stelle oder deren Raum 50 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Berufungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte
 Wort 20 Pf. (gültig 2 festgesetzte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Stellenangebote und Stellenvermitt-
 lungen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 4. Juli 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Kämpfe auf dem Balkan.

Noch ist der Krieg zwischen den Verbündeten von gestern nicht erklärt, aber die blutigen Kämpfe, über deren Ausgang die Nachrichten sich völlig widersprechen, dauern fort, und Rumänien hat den Befehl zur völligen Mobilisierung erteilt, um sich neuen Raub zu sichern. Die Hoffnung, daß doch noch im letzten Moment durch das Eingreifen der Tripleentente und namentlich Rußlands der Friede wiederhergestellt würde, ist auf ein Minimum gesunken, und der neue Balkankrieg scheint kaum noch aufzuhalten.

Ueber die Gründe, die dem Konflikt zugrunde liegen, schreibt uns unser Korrespondent aus Belgrad:

Am Balkan ist die Lage bitter ernst. In allen Lagern herrscht eine verbrecherische Entschlossenheit, die eigenen Interessen um jeden Preis durchzusetzen. Käme es zum Kriege, dann hätten wir das Furchtbarste und Schrecklichste, was die Weltgeschichte bisher kannte. Zehntausende von Toten bedecken jetzt schon den Boden des Balkans, fast doppelt so viel beträgt die Zahl derjenigen, die sich als Krüppel herum-schleppen. Am Bande herrscht der Hunger, und jetzt soll es noch zu Schladten kommen, an denen 800 000 mit modernsten Waffen ausgerüstete Menschen beteiligt sind, wo man von Pirat in Serbien bis Saloniki kämpfen wird. Gegenüber diesem Kriege würde der mit der Türkei in den Hintergrund tretende.

Worum handelt es sich bei dieser furchtbaren Völkervernichtung? Nicht um die Interessen der Völker, sondern um die der Dynastien, der Militärs und der Bourgeoisie, kurz um bornierte Klasseninteressen.

Der Balkanbund war von Anfang an ein ganz loses politisches Gebilde, kein wirklicher Bund, sondern eine bloße Kooperation für den Krieg. Um gegen die Türkei ihre Pläne durchzusetzen, haben die vier christlichen Balkanstaaten den gleichzeitigen Angriff und die gegenseitige Unterstützung verabredet. In dem Streit um die Weiste tritt jetzt die wahre Natur dieses „Bündnisses“ zutage.

Ein Gedanke hat Serbien zum Kriege bestimmt, der Gedanke an den Zugang zum freien Meer. Für die herrschende Klasse handelte es sich nicht um die nationale Befreiung, das war bloß die Ideologie. Ihr wirkliches Ziel war die wirtschaftliche Befreiung von Oesterreich-Ungarn. Aus der eisernen Umklammerung der Donaumonarchie den Weg ins Freie zu gewinnen, das war der wirkliche Zweck des Krieges, deshalb schloß sich Serbien Bulgarien und Griechenland an. Deshalb auch willigte es in jenen Vertrag, demzufolge das Herz des Balkans, Mazedonien, an Bulgarien fallen sollte, um die bulgarische Unterstützung zu erlangen, falls Serbien von Oesterreich angegriffen werde. So hoffte man sich den Weg an die Adria zu sichern und war gewillt, alles andere den Verbündeten zu überlassen.

Die bulgarische Hilfe war nicht nötig. Die serbischen Truppen okkupierten etwa 50 Kilometer der adriatischen Küste. Da griff Oesterreich ein, zwar nicht kriegerisch, aber diplomatisch. Serbien wurde an die Wand gedrückt, der neue albanische Staat geschaffen, Serbien mußte von der Adria zurückweichen, sein Zugang zum Meer führte wieder über fremdes Gebiet.

Jetzt machte die serbische Politik eine Wendung. Konnte man nicht an die Adria, so mußte man versuchen, den Weg über Mazedonien nach Saloniki an das Aegäische Meer zu sichern. Dem stand der Vertrag mit Bulgarien im Wege. Doch was ist ein Vertrag? Das freie Meer wollte man haben, wozu wäre sonst der Krieg geführt worden. Und so erklärte Serbien, daß es sich um den Vertrag nicht mehr kümmern wolle.

Das Kriegsglück hatte es der serbischen Armee ermöglicht, tief in Mazedonien einzudringen, Monastir zu nehmen und sich in der Nähe von Saloniki mit den Griechen zu vereinigen, die den größten Teil von Süd-Mazedonien besetzt hatten. Beide Staaten verständigten sich gegen Bulgarien. Bleibt Griechenland in Saloniki, so wird diese Stadt zu dem erhofften freien serbischen Hafen. Deshalb sollten Serbien und Griechenland unmittelbar aneinander grenzen und verhindert werden, daß Bulgarien sich dazwischen schiebt. Dann könnte eine Zollunion mit Griechenland Serbien den Zugang zum Meer schaffen. Dagegen hätte die Ausführung des Bündnisvertrages Serbien in wirtschaftliche Abhängigkeit von Bulgarien gebracht und Saloniki seines Hinterlandes beraubt.

So liegt dem gegenwärtigen Kon-

flikt neben den Machtinteressen der konkurrierenden Dynastien und Militaristen der Interessengegensatz der bürgerlichen Klassen in den drei Staaten zugrunde.

Die neue schwere Krise ist zugleich die stärkste Rechtfertigung für den Standpunkt der Sozialdemokratie in der Balkanfrage. Denn all die Fragen, die jetzt das Schwert entscheiden soll, hatte die Sozialdemokratie voraus-gesehen und den Weg zur friedlichen Lösung gewiesen. Wie kann Serbien ans Aegäische Meer gelangen? Durch einen Zollbund mit Griechenland! Wie könnte es einen Zugang zum Adriatischen Meer gewinnen? Durch einen Zollbund mit Albanien! Wie kann Griechenland Saloniki wirtschaftlich zu einem mächtvollen Hafen ausgestalten? Durch einen Zoll-bund mit Serbien! Wie könnte Bulgarien nach Saloniki gelangen und es sich erproben, einen neuen kostspieligen und wirtschaftlich minderwertigen Hafen am Aegäischen Meer anzulegen? Durch einen Zollbund mit Griechenland. Eine Zollunion des Balkans, die auch Rumänien und die Türkei umfaßt, brächte mit sich die Lösung aller wirtschaftlichen Konflikte, die Befriedigung aller Wünsche, die freie Bahn für eine große und schnelle ökonomische Entwicklung, den freien Weg nach Europa und Asien!

Die von der Sozialdemokratie geforderte demokratische Vereinigung der Völker hätte diesen so die besten Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen. Aber die Bourgeoisie und die Dynastien wollten diesen Weg nicht geben. Sie trachteten nach der Unterwerfung der anderen, nach der Kleinherrschaft, und ihre Selbstsucht verbergte sich hinter den nationalistischen und chauvinistischen Schlagworten. Wenn heute die Waffen wieder klirren, so nicht im Interesse der Balkanvölker, sondern im Dienste der selbstsüchtigen Räuber in den drei Staaten, die die Länder und die Völker ausplündern wollen, die mit der Kultur und mit der Zukunft der Millionen ihr freies Spiel treiben.

Gäßen wir nicht die Herrschaft einer unbeschränkten militärischen Oligarchie, könnten die Völker in demokratischer Selbstbestimmung frei beschließen, dann wäre der Krieg zwischen den Balkanvölkern unmöglich. Der Kampf gegen die heutigen Herrscher, gegen die Könige, Generale, Finanzleute und Fabrikanten, die die Ministerstellen besetzen, dieser Kampf ist der einzige, der im Interesse der Balkanvölker zu führen ist. Demokratische Republik und wirtschaftliche Einheit, das ist heute, sowie während dieser ganzen Krise, der Ruf der Sozialdemokratie der Balkanländer.

Die rumänische Mobilisierung.

Bukarest, 3. Juli, 2 Uhr 40 Min. nachmittags. Der König hat die allgemeine Mobilmachung der Armee angeordnet.

Wien, 3. Juli. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Bukarest: Das Amtsblatt erschien heute um 1/2 6 Uhr nachmittags in einer Sonderausgabe mit einem königlichen Dekret, in welchem es heißt:

Entsprechend dem Vorschlage meines Kriegsministers ordne ich folgendes an: 1. Die aktive Armee mit den

Reserven wird mobilisiert und wird eine Operations-armee formieren. 2. Die Mobilisierung wird nach den Vorschriften des Reglements der Armeemobilisierung durchgeführt werden. 3. Zur Auffüllung der Kriegsstärken werden die notwendigen Linienkontingente und Militäkontingente einberufen. Die derzeit überflüssigen Kontingente werden nach und nach dem Bedarf entsprechend einberufen. 4. Die Ordre de bataille wird die sein, welche durch den tatsächlichen Mobilisierungsplan vorgegeben ist. 5. Unser Kriegsminister ist mit der Ausführung dieses Dekrets beauftragt.

Ein serbischer Kampfbericht.

Belgrad, 3. Juli. Das amtliche Pressekureau veröffentlicht folgende Einzelheiten über den zweiten Kampfstag, den 1. Juli: Die siebente bulgarische Division, die 24 Bataillone und etwa 70 Geschütze stark war, floh in wilder Unordnung und wurde über das linke Ufer des Flusses Metovo zurückgeworfen. Die serbischen Truppen verfolgten die Fliehenden und zwangen sie, eine große Anzahl von Toten und Verwundeten zurückzulassen. Als die Bulgaren begannen, sich wieder festzusetzen, ging die serbische Infanterie und später ihre Kavallerie mit einer solchen Schneidkraft vor, daß der Rückzug der Bulgaren zu einer regellosen Flucht wurde. Die Bulgaren ließen ihre gesamten Batterien sowie Maschinengewehre im Stich und warfen Gewehre, Munition und Gepäck fort. Mit vereinten Kräften nahmen die serbische Kavallerie und Infanterie eine vollständige Schnellfeuergeschütz-batterie von vier Kanonen und 11 Proben mit den Bespannungen, Bedienungsmannschaften und Offizieren weg. Außerdem erbeuteten die Serben neun Schnellfeuergeschütze, dreizehn Proben, sieben Gebirgsschnellfeuergeschütze und eine ganze Maschinengewehrabteilung von vier Stücken mit ihren Bespannungen, ihrer Ausrüstung und einer großen Anzahl von Gewehren und Munition. Gefangen wurden genommen der Kommandant des 13. bulgarischen Infanterieregiments, das vollständig zersprengt wurde, zehn Offiziere und an tausend Unteroffiziere und Soldaten. Die Verluste der Bulgaren sind sehr bedeutend. Nach ihren auf dem Schlachtfeld zurückgelassenen Toten und Verwundeten dürfte sie etwa 800 Tote und 1800 Verwundete betragen. Die serbischen Verluste sind, obgleich hoch, weniger beträchtlich als die der Bulgaren. Der blutigste Kampf spielte sich auf dem rechten serbischen Flügel ab, wo nach einer furchterlichen Niederlage der Bulgaren die Serben 19 bulgarische Offiziere, 191 Unteroffiziere und mehr als 1500 Soldaten gefangen nahmen.

Die bulgarische Darstellung.

Sofia, 3. Juli. Die Agence Bulgare ist ermächtigt, alle Belgrader Meldungen von Siegen über die bulgarische Armee entziffern zu dementieren. Nach den ersten serbischen Herausforderungen ergriffen die bulgarischen Truppen, nachdem sie die serbischen Angriffe zurückgewiesen hatten, die Offensive, befehlet bei der Verfolgung der Serben einige Ortschaften auf dem rechten Ufer des Slatanowka. Die Bulgaren stellten hierauf gemäß dem vorgestern vormittag um 10 Uhr erteilten Befehle das Feuer ein und zogen sich in ihre früheren Stellungen auf dem linken Ufer des Slatanowka zurück. Zu den Serben wurden Parlamentäre geschickt, um die Einstellung des Feuers zu fordern. Die Serben hielten jedoch die Parlamentäre zurück und ergriffen die allgemeine Offensive mit allen Truppen. Das ist jene Offensive, die in den Meldungen als Verfolgung der Bulgaren bezeichnet wird. Gestern nachmittag griff die ganze serbische Armee von neuem an, wurde jedoch unter großen Verlusten zurückgeschlagen. Auch die Meldung, den bulgarischen Truppen sei eine Kriegs-proklamation verlesen worden, ist reine Erfindung.

Der griechische Vormarsch.

Saloniki, 3. Juli. (Meldung der Agence d'Albanes.) Die griechische Armee kam gestern auf ihrem siegreichen Marsche vor Nikitsch an. Am Nachmittag hatten die Bulgaren gewaltige Verteidigungswerke errichtet und sie rechneten damit, bei Nikitsch Widerstand zu leisten um das Vormarschdringen der griechischen Armee zu hemmen. Gegen Abend wurde Nikitsch im Sturm genommen. Die Begeisterung der griechischen Truppen war unbeschreiblich. Sie wollten sich nach einem so denkwürdigen Tage der wohlverdienten Ruhe nicht hingeben, sondern verlangten von ihren Führern, zu neuen Siegen geführt zu werden. Infolgedessen rückte das Heer weiter gegen Norden vor. In diesem großen Kampfe hat das Bajonett die wichtigste Rolle gespielt. Die griechischen Verluste sind erheblich, wenn sie auch im Vergleich mit denen der Bulgaren gering sind.

Die Ohnmacht der Großmächte.

London, 3. Juli. Die „Times“ schreiben: Man sagt, daß die Mächte dem Kampfe auf dem Balkan ein Ende machen sollten. Aber niemand ist bereit, genau zu sagen, wie sie es anfangen sollen. Wenn die Ermahnung des Rates erfolglos bleibt, so würde nichts übrig bleiben, als eine aktive Intervention. Aber eine aktive Intervention würde sicherlich in ihrem Gefolge größere Gefahren bringen, die zu vermeiden alle wünschen müssen. Das europäische Konzert hat nicht verlagert, denn es besteht noch und seine feste Aufrechterhaltung bedeutet viel mehr als seine Unfähigkeit, die lokalen Kämpfe



Karte des serbisch-bulgarischen Truppenaufmarsches.

auf dem Balkan zu beenden. Wenn die Kämpfe Dimensionen annehmen, die die formale Kriegserklärung nur noch zu einer technischen Frage machen würden, so würde der sicherste Kurs für die Mächte sein, ihre Bemühungen fortzusetzen und den neuen Krieg zu lokalisieren wie in dem Krieg zwischen den Türken und den Türken.

Die Rache der Dirne.

Man schreibt uns: Mit Recht sagt der „Vorwärts“ in seinem Leitartikel zum Prozeß gegen die Sittenpolizei: Die Drohung „Ich bringe Dich unter Kontrolle“ heißt im 20. Jahrhundert „Ich mache Dich ehr- und rechtlos, ich lasse Dich ächten, ich bringe Dich heraus aus der bürgerlichen Gemeinschaft, ich mache Dich wehrlos als ein Straßenhund ist, dem wenigstens der Tierchutzverein zur Seite steht!“

Wenn die Dirne in ein Bordell gesteckt wird, wird sie der furchtbarsten Ausbeutung durch den Bordellwirt preisgegeben. Wenn keine Bordelle vorhanden sind — wie beispielsweise in Berlin — muß die Dirne auf eine Anstalt wegen Kuppelei gesetzt sein, wodurch die armen Mädchen selbstverständlich verbrecherischen Frauen in die Hände gesetzt werden, denen alles gleichgültig ist.

Die Polizei konzediert die Dirne, aber sie macht sie zugleich vogelfrei, indem sie ihr eine rechtmäßige Wohnung verweigert.

Man kann von der bürgerlichen Gesellschaft freilich nicht verlangen, daß sie die Prostitution ausrötte. Die Prostitution ist ein organischer Teil ihrer selbst und würde immer wieder hervorbrechen, wie stark man sie auch unterdrücken wollte.

Man kann aber von der bürgerlichen Gesellschaft verlangen, daß sie der Dirne, die sie selber hervorruft, eine rechtliche Existenz verleiht.

Das Vorhandensein der Prostitution ist eine notwendige Folge der bürgerlichen Ordnung, unter der wir leben; die Rechtlosigkeit der Dirne aber ist eine brechende Schande für das Bürgertum.

Es ist zudem eine Schande, für die das Bürgertum auf eigenen Beinen geradezu furchtbar bestraft wird. Es waltet hier eine unerbittliche Rache.

Die bürgerliche Gesellschaft straft die Dirne mit Ruten und wird dafür von ihr mit Skorpionen gezüchtigt.

Die Schreden der Kontrolle, die vor allem in der absoluten Rechtlosigkeit der kontrollierten Dirne bestehen, führen zunächst zu einer panikartigen Flucht der Mädchen. Die Mädchen ziehen die gebotene Existenz der heimlichen Prostituierten den Schreden der Kontrolle vor.

Daraus aber entsteht der ungeheure Seuchenherd der heimlichen Prostitution, der der bürgerlichen Gesellschaft alle Zuchtbarkeiten der Sphäre auf den Hals sendet. Wie mit einem Peitschenhieb der Vergeltung wird hier die kapitalistische Welt für ihren skandalösen Rechtsbruch bestraft.

Wer die wissenschaftliche Literatur über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten kennt, wird wissen, daß ein wirksamer Schutz gegen Ansteckung nur geboten werden kann, wenn die Kontrolle durch eine weitgehende, äußerst peinliche Reinlichkeit der Dirne ergänzt wird. Man hat denn auch zu dem Zweck „Merklättchen“ und Anleitungen für Prostituierte herausgegeben.

Aber wie soll eine Dirne, die wie ein Hund gezüchtet wird, der bürgerlichen Welt gegenüber zu einem Verantwortungsgefühl kommen?

Was kann ihr an der Gesundheit einer Welt liegen, die sie wie ein rechtloses Wild hegt? — Die Behandlung, die sie erfährt, kann sie naturgemäß nur mit einem einzigen Gefühl erfüllen: Rache und dreimal Rache! — Wenn aber die Dirnen so gestellt sind, wie man ihnen vergeblich „Merklättchen“ ins Haus sendet und hier wird darum die bürgerliche Gesellschaft vom zweiten Peitschenhieb der Vergeltung getroffen.

Nun ist aber die Dirne ein Mensch und wünscht darum menschlichen Verkehr.

Was soll sie tun, da sie ausgestoßen ist?

Sie sucht Anknüpfung bei den anderen Ausgestoßenen; sie verbündet sich mit dem Verbrecher und trifft so ihre brutalen Peiniger mit einem dritten Hieb.

Daß nebenher von der ganzen Atmosphäre der Korruption auch die überwachende Sittenpolizei vergiftet wird, hat soeben der Prozeß bewiesen.

Die Rache der Dirne vergiftet aber viel mehr als nur die Sittenpolizei, sie vergiftet die ganze Gesellschaft. Und bestätigt so das Walten einer unerbittlichen Rache.

Der entlarvte Anarchistenwindel.

Die Verhandlungen im Nordprozeß Strasser in München haben vollends den dreisten Schwindel zum Tage gemacht, daß der Mörder des preussischen Militärattachés von Lewinski aus anarchistischen Motiven gehandelt habe oder überhaupt irgendwie mit dem Anarchismus in Verbindung gebracht werden könne. Die Vernehmung des Angeklagten hat vielmehr dargetan, daß der Angeklagte nichts ist als ein konfusier und höchstwahrscheinlich geistig abnormer Mensch, der den ersten Menschen niederschloß, weil er sich für sein verpöbeltes Leben rächen wollte.

Strasser selbst bestritt auf Befragen entschieden, daß er Anarchist sei. Er habe den Major von Lewinski erschossen, weil er ein Preuße gewesen sei, und er alle Preußen nicht leiden könne. Aber nicht nur diese Erklärung des Angeklagten selbst, sondern sein ganzes Vorleben lieferte den bündigsten Beweis, daß Strasser so wenig etwas mit Anarchismus gemein hat, wie etwa der Fortschaffler Knoblauch oder jener geistesranke Philologe, der unlängst in Bremen ein Rassenhieb anrichtete. Viel eher könnte man behaupten, daß Strasser durch seine vielfachen Gefängnisstrafen, die er namentlich in Oesterreich zu verbüßen hatte, geistig und moralisch vollends zugrunde gerichtet worden sei. Erklärte er doch selbst, daß man aus dem Gefängnis nicht besser herauskomme.

Im übrigen stellen die Auslagen Strassers ein solches Gemisch von verbohrtter Mut und kindischem Unsinn dar, daß die Annahme nahe liegt, daß er von jeher zum mindesten schwachsinzig gewesen ist und schon früher wegen seines Vandalentums und seiner Diebstehergehen eher in eine Irrenanstalt als ins Gefängnis gehört hätte. Aber er war ja nur ein zum Lumpenproletariat herabgekommener Kleinbürger!

Angeht dieses Tatbestandes ist es um so skandalöser, daß etliche bürgerliche Blätter noch immer von dem „Münchener Anarchistenprozeß“ sprechen!

München, 8. Juli. (W. T. N.) Das oberbayerische Schwurgericht hat den Doppelmörder Johann Strasser, der am

13. Mai den Major von Lewinski von der preussischen Gesellschaft am Friedensdenkmal morden ließ, und auch den diesem zu Hilfe eilenden Polizeioberwachmeister Wohlender durch Revolverschüsse tötete, zweimal zum Tode und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt.

Politische Uebersicht.

Stichwahl zwischen Ewald und Verhey.

Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis entfielen bei der Reichstagswahlwahl in Jauß-Bezirk von 22601 abgegebenen Stimmen auf den sozialdemokratischen Kandidaten, Genossen Ewald-Berlin, 13568 Stimmen, auf den Reichsparteiler v. Verhey 10988 und auf den freiständigen Volksparteiler Hermann-Bremen 7988 Stimmen. Für den ultramontanen Wahlkandidaten Erzberger wurden 80 Stimmen abgegeben. Eine Stimme war zerplittert. Das noch ausstehende Ergebnis aus fünf kleineren Landgemeinden wird nur noch unwesentliche Veränderungen der Stimmzahlen bringen. Es hat also Stichwahl zwischen v. Verhey und unserem Genossen Ewald stattzufinden.

Der Reichsparteiler vermochte nur dann den Sieg über den Sozialdemokraten davonzutragen, wenn sich eine erhebliche Zahl der freiständigen Wähler auf seine Seite schlug. Angesichts der ganzen politischen Situation halten wir das indessen für ausgeschlossen, zumal die fortschrittliche Volkspartei die Wahl Raumanns ja ausschließlich der sozialdemokratischen Hilfe zu verdanken hat.

Der Wahlausfall ist für uns erfreulich, weil sich die Zahl der diesmal abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen noch um circa 200 gegenüber der Hauptwahl von 1912 vermehrt hat, während v. Verhey seine bisherige Stimmzahl nicht völlig wieder erreichte und der Freisinn gar um 1268 Stimmen hinter der Stimmzahl zurückblieb, auf die er es 1912 gebracht hatte.

Leider muß auch diesmal wieder Einspruch gegen behördliche Willkür erhoben werden. Eine Anzahl von Arbeitern, die in den Wählerlisten standen, wurden deshalb an der Stimmabgabe verhindert, weil sie zurzeit nicht mehr inassen der Lungenheilstätte Veelth waren. Mit derselben Logik könnte man schließlich auch bei der Stichwahl solchen Wählern das Wahlrecht verweigern, die bei der Hauptwahl abstimmen durften, weil sie sich in Veelth befanden, aber inzwischen wieder Veelth verlassen haben. Unsere Genossen werden alles aufbieten, um den Sieg des Genossen Ewald trotz aller Wahlmache zu sichern!

Die Stichwahl soll, wie wir hören, am Sonnabend, den 12. Juli, stattfinden.

Amtliches Wahlergebnis aus Salzweber-Garbeslegen.

Bei der Ersatzwahl im Wahlkreise Salzweber-Garbeslegen erhielt v. Kröcher (kons.) 8899 Stimmen, Schulz-Riße (kons.) 4045 Stimmen, Dr. Boehme (Bauernbündler) 10754, Gewerkschaftsbeamter Bergemann (Soz.) 1619 Stimmen. Es muß also Stichwahl stattfinden zwischen v. Kröcher (kons.) und Dr. Boehme (Bauernbündler).

In der Stichwahl entscheiden die 1619 sozialdemokratischen Stimmen. 1912 erhielt der sozialdemokratische Kandidat 2407 Stimmen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden also die beiden Kreise den Konservativen abgenommen werden.

Neue Riesenkanonen für die deutsche Kriegsmarine.

Der Wettkampf zwischen den Kriegsmarinen der Seemächte wird nicht nur durch ständige Vermehrung dieser Flotten geführt, sondern auch durch fortwährende Steigerung der Dimensionen der Schiffkörper und der Schiffartillerie. Die Folge ist dann eine ungeheuerliche Steigerung der Kosten für jedes Schiff — Kosten doch die Schlachtschiffe, die in der Marinevorlage von 1900 noch mit 20 Millionen kalkuliert waren, heute mindestens 50 Millionen!

Nun geht wieder die für alle Panzerplatten- und Kanonenfabrikanten höchst erfreuliche Meldung durch die Presse, daß die deutschen Großkampfschiffe mit neuen Kanonen von weit stärkerem Kaliber ausgerüstet werden. Und zwar hat man gleich einen Riesensprung getan, indem man von 30,5-Zentimeter-Geschützen zu 38-Zentimeter-Geschützen übergegangen ist. Die Zahl der schweren Geschütze muß zwar infolge dieser Vergrößerung von zehn auf acht vermindert werden, dafür wird aber die Mittelartillerie von vierzehn auf sechzehn 15-Zentimeter-Schnellfeuerkanonen verstärkt. Auch bei den Panzerkreuzern sind an Stelle der bisherigen 28-Zentimeter-Geschütze 30,5-Zentimeter-Kanonen getreten.

Die Vergrößerung des Geschützkalibers bedingt nun wieder eine Verstärkung des Panzerschutzes, die dann wieder eine Vergrößerung des Kalibers der Geschütze nach sich zieht. Beides aber bedingt wieder eine Vergrößerung des gesamten Schiffkörper, eine neue gewaltige Steigerung der Baukosten!

Die Panzerplattenpatrioten streichen den Profit ein und das Volk muß immer mehr blechen!

Aus Byzanz.

Das Herzogtum Braunschweig besitzt eine Technische Hochschule und für jährlich 125 000 M. einen Regenten, der zum meist außerhalb Braunschweigs weilt. Rektor und Senat der Technischen Hochschule haben nun den Regenten zum Doktor-Ingenieur ehrenhalber — wie man es nennt — ernannt, nachdem die Hochschule vor einigen Wochen Wilhelm II. dieselbe Würde verliehen hat.

Der Rektor, Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Beckurts, überbrachte die Urkunde an Johann Albrecht und hielt dabei eine Ansprache in der es wörtlich heißt:

„Eurer Hoheit überaus erfolgreichster Tätigkeit als Förderer aller wirtschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen wird im ganzen Reich und über die Grenzen desselben hinaus in denkbar wärmster Anerkennung und Dankbarkeit gedacht. An der Entwicklung der braunschweigischen Industrie haben Eure Hoheit die lebhafteste Anteilnahme gezeigt. Die Herzogliche Technische Hochschule erfreut sich seit dem Tage, an welchem Eure Hoheit die Regierung des Landes übernommen haben, höchst lebhaften Fürsorge, die auf weite Kreise der Bevölkerung anregend und vorbildlich gewirkt und das Ansehen der Hochschule gemehrt hat. Die sechs Abteilungen der Herzoglichen Technischen Hochschule haben deshalb einstimmig beschlossen, Eure Hoheit die untertänigste Bitte zu unterbreiten, die Würde eines Doktors-Ingenieurs ehrenhalber, die höchste Auszeichnung, welche die Hochschule zu verleihen hat, huldvollst anzunehmen, als ein Zeichen dankbarer Anerkennung Eure Hoheit erfolgreichster Förderung technischer Wissenschaft und bildender Kunst.“

Nachdem Eure Hoheit diesem Wunsche der Hochschule in Gnaden entsprochen haben, haben Rektor und Senat von dem ihnen zustehenden Ehrenrecht Gebrauch gemacht und über die vollzogene Ehrenpromotion die Urkunde

ausgestellt. Ich verbinde mit dem Danke für diesen neuen Gnadenbeweis die Versicherung, daß der Lehrkörper der Hochschule stets bestrebt sein wird, sich dieser hohen Auszeichnung würdig zu erweisen, und richte nunmehr die untertänigste Bitte an Eure Hoheit, diese Urkunde aus meiner Hand entgegennehmen zu wollen.“

Kein Mensch weiß etwas von der Förderung der Industrie durch den Regenten. Nachdem man aber Wilhelm II. die Ehrendoktorwürde verliehen hatte, glaubte man auch dem eigenen Landesfürsten daselbst antun zu müssen. Gegen die übelduftende Hyazinthe des Rektors hatte merkwürdigerweise keiner der Lehrer der Hochschule etwas einzuwenden.

Der politische Meineidsprozeß.

gegen Angestellte unseres Waldenburger Parteiorgans hat mit einer Verurteilung zweier der Angeklagten geendet. Dem rachsüchtigen Denunzianten und seinen konservativen Helfershelfern ist es gelungen, zwei Genossen auf lange Zeit ins Zuchthaus zu bringen. — Der Mittwoch wurde ausschließlich mit den Blättern des Staatsanwalts, der Verteidiger und der Angeklagten ausgefüllt. Der Staatsanwalt ließ den Kronzeugen Köhler fast gänzlich fallen. Die rachsüchtigen Motive des Denunzianten, die auch der Staatsanwalt nicht zu leugnen imstande war, kamen am dritten Verhandlungstage selbst einem Zeugen, dem leitenden Redakteur der „Bergwacht“, Genossen Schiller, gegenüber zum Ausdruck. Er versuchte Schiller wegen Zeugenbeeinflussung in die Affäre zu verwickeln. Er benutzte dazu einen völlig harmlosen Brief, den Schiller vor längerer Zeit einmal an einen ebenfalls geladenen Zeugen geschrieben hatte.

Abends nach 10 Uhr wurde der Spruch der Geschworenen verkündet. Er lautete auf: Schuldig des wissentlichen Meineides bei Hoffmann und Weichelt. Osterroth wurde freigesprochen. Die Nebenfragen nach Fahrlässigkeit wurden verneint. Der Staatsanwalt beantragte gegen Hoffmann 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, gegen Weichelt 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, gegen Osterroth Freispruch. Das Urteil lautete für Hoffmann 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, für Weichelt 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre. Osterroth wurde dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß freigesprochen. Der Antrag der Verteidigung auf Haftentlassung der Angeklagten Weichelt und Hoffmann wurde abgelehnt.

Wahlprüfungen.

Nach der Vertagung des Reichstags ruht ein Teil der bürgerlichen Presse wegen der Richterledigung der Wahlprüfungen. Die „Braunschweigische Landeszeitung“ hat die Legende aufgebracht, es sei zwischen Nationalliberalen, Zentrum und Sozialdemokraten das Abkommen getroffen worden, alle Entscheidungen über ungültig erklärte Wahlen bis zum Herbst zu vertagen. Es läßt sich dabei besonders in Frage das Mandat des sozialdemokratischen Abgeordneten Haupt, des nationalliberalen Abgeordneten Köhler und des Zentrumsabgeordneten Kuchhoff. Durch die Vertagung habe man den Genannten die Freiarbeit für den Sommer teilen wollen. — Die ganze Erzählung ist natürlich blöder Unsinn; es kann von einem solchen Abkommen gar keine Rede sein, insbesondere hat die Sozialdemokratie mit solchen Dingen nichts zu tun. Die Erledigung der Wahlprüfungen scheiterte lediglich am Zeitmangel.

Proteste gegen das Erfurter Schreckensurteil.

Der Jörn über das furchtbare Urteil des Erfurter Kriegsgerichtes hat in einer Anzahl von Städten die Arbeiterschaft zu Protestversammlungen veranlaßt. Dabei wird natürlich nicht nur die Militärjustiz einer scharfen Kritik ausgesetzt, sondern das ganze militaristische System, wozu die Verabschiedung der Riesenheeresvorlage genug Anlaß gibt. Solche Protestversammlungen fanden oder finden noch statt in Bremen, Dessau, Erfurt usw. In Dresden protestierte die Arbeiterschaft in sechs Versammlungen. In allen Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen.

„Die heutige Volksversammlung bekundet ihre volle Zustimmung, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in monatelangen, heftigen Kämpfen den neuen Militärvermehrungen Widerstand geleistet hat und daß sie dafür Sorge getragen hat, daß die Kosten der neuen Militärvorlage diesmal wenigstens zum Hauptteile auf die Wohlhabenden und Besitzenden gelegt wurden.“

Die Versammlung erklärt ihr volles Einverständnis mit dem Kampfe der sozialdemokratischen Partei für Beseitigung der Klassenrechte und Herbeiführung demokratischer Reformen im Heereswesen. Die Versammlung erhebt empörten Protest gegen die ungeheuerlichen Zuchthausurteile der Militärjustiz, wie ein solches jüngst wieder vom Erfurter Kriegsgericht gefällt wurde. Sie begrüßt es, daß es der sozialdemokratischen Fraktion gelungen ist, ein Rotgesetz zu erzwingen, durch das wenigstens eine der schlimmsten Barbareien der Militärjustiz gemindert werden soll.

Die Versammlung erklärt es als die Aufgabe der Arbeiter aller Länder, mehr denn je die kapitalistischen und imperialistischen Bestrebungen der herrschenden Klassen zu bekämpfen, aus denen die unaufhörlichen Kriegsrüstungen und die Kriegsgefahren erwachsen.“

Die Landräte als Lotteriekollektoren.

Wilhelm II. hat bekanntlich dem Jungdeutschländbund einige Stüde der Festung Silberberg zum Geschenk gemacht. Um Geld für den Ausbau zusammenzuschuoren, ist der behördlich privilegierten Jugend die Veranstaltung einer Lotterie mit 300 000 Losen genehmigt worden. Das Geschäft mit den Losen scheint aber bis jetzt schlecht zu gehen, wenigstens läßt das folgende Bekanntmachung des Regierungspräsidenten zu Biegnitz im amtlichen Kreisblatt vermuten:

„Der Provinzialverband des Jungdeutschländbundes bittet die Herren Landräte, die Polizeiverwaltungen, die Herren Bezirksjugendpfleger, die Kreis- und Ortsausschüsse für Jugendpflege und sämtliche den Ausschüssen angeschlossenen Jugendvereine, den Bedarf an Losen, welche voraussichtlich abgesetzt werden können, baldmöglichst an die Geschäftsstelle des Verbandes, Breslau VII, mitzuteilen.“

Zahlarten werden zur Einfindung der Beiträge für verlaufende Lose überandt werden. Nicht abgesetzte Lose sind bis 1. Juli 1913 an die Geschäftsstelle zurückzusenden.

20 Exemplare dieser Vertagung zur Weitergabe an die Ortsausschüsse für Jugendpflege und die Jugendvereine liegen bei.

Wenn sich die Landräte, Polizeiverwaltungen usw. für den Vertrieb der Lose ins Zeug legen, dann kann ja der Erfolg nicht ausbleiben. Vielleicht geht man das nächste Mal schon einen Schritt weiter und bestimmt einfach, wieviel Lose jeder Untergebene zu nehmen und zu bezahlen hat.

Ausweisungsfieber in Straßburg.

In Straßburg wurde der englische Ingenieur Webb, der einen neuen Flugapparat auf dem dortigen Flugplatz vorführte

wollte, von den Straßburger Behörden ausgewiesen. Die Ausweisung scheint sehr schwach begründet zu sein. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ meldet, anscheinend behördlich inspiriert, daß das Ausweisungverfahren demütlich mit Ermittlungen zusammenhängt, die gegen W. vor einiger Zeit wegen Spionageverdachts schwebten. Es wurde damals allerdings kein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet; es sei den Straßburger Behörden aber nicht zu bedenken, wenn sie einen derartigen verdächtigen Mann innerhalb der Mauern einer der größten Festungen an der Westgrenze nicht dulden wollen. Im Kriegsministerium sei bisher ein offizieller Bericht über die Angelegenheit noch nicht eingelaufen. — Es ist sehr schlimm, daß man Ausländer kurzerhand ausweist und noch nach Tagen keinen triftigen Grund dafür angibt.

Außer dieser Ausweisung wird noch eine zweite gemeldet: Nach einem Telegramm des „Berliner Tageblatts“ wurde ein Schweizer namens Bruner, der seit 10 Jahren in Straßburg als Besitzer einer geachteten Buchhandlung ansässig ist, als lästiger Ausländer ausgewiesen, weil er einige gegen Esch-Lothringen gerichtete und deshalb jetzt verbotene Bücher, ehe sie verboten wurden, verkauft hatte, etwas, was die übrigen Straßburger Buchhandlungen auch taten. Der Schweizer Bundesrat verlangt eine Untersuchung der Angelegenheit.

Derartige Ausweisungen fördern gewiß nicht das Ansehen des Deutschen Reichs.

Frankreich.

Schwer bestrafte Demonstration.

Paris, 3. Juli. Aus Nancy wird berichtet: Das Kriegsgericht verurteilte den Soldaten Lucien Barres, der im Fort Willers-le-Sec „Nieder mit den drei Köpfen“ gerufen, die Internationale gesungen und mehrere Unteroffiziere beschimpft und bedroht hatte, zu vier Jahren Gefängnis.

Der Kampf um die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 3. Juli. Kammer. Die Besprechung der Heeresvorlage wird fortgesetzt; der Vizepräsident der Heereskommission bekämpft den Gegenantrag Messimy-Boncour. Montebello sagte, Messimy könne, nachdem er die Bedeutung der deutschen Rüstungen betont habe, nachher unmöglich zu seinem Gegenantrag kommen, durch den das Heer während eines Teiles des Jahres zu schwach gelassen würde. Redner setzte unter Beifall im Zentrum und auf verschiedenen Bänken der Linken die militärischen und ökonomischen Ungünstigkeiten des Gegenentwurfes Messimy-Boncour auseinander, der einen Umsturz des ganzen Militärwesens bedeuten würde. Er rief die Erinnerungen an 1870 auf und mahnte, die zu übernehmende Verantwortung wohl zu erwägen. Zum Schluß bat er die Kammer, dem Regierungsentwurf anzunehmen, um das Land nicht neuem Unheil auszusetzen. (Anhaltender Beifall im Zentrum und auf verschiedenen Bänken der Linken.) Messimy meinte, sein Gegenentwurf beseitige alle Besorgnisse, auch diejenigen vor einer zu geringen Truppenstärke von Oktober bis März, und gewähre das ganze Jahr hindurch Deckungstruppen, die jedem plötzlichen Angriff gewachsen seien. Redner erörterte dann Mittel, die Grenzgruppen zu verstärken, und trat dafür ein, daß die Kompanien der Regimenter im Innern aus hundertzwei Mann aktiver Mannschaften und hundertdrei Reservekräften zusammengesetzt würden. Redner sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Regierung beschlossen habe, die Vertrauensfrage zu stellen. Ministerpräsident Barthou erklärte darauf, er werde nicht nur wegen des Gegenentwurfes Messimy-Boncour die Vertrauensfrage stellen, sondern auch wegen aller Änderungsanträge, die über die von der Kommission und der Regierung gemachten Vorschläge, die Herabsetzung der Dienstzeit betreffend, hinausgehen. Darauf lehnte die Kammer mit 312 gegen 268 Stimmen den Gegenentwurf Messimy-Boncour ab und vertagte sich.

England.

Ein Wahlmanifest und seine Folgen.

London, 1. Juli. (Eig. Ber.) Das Wahlmanifest, das zu der am 27. Juni stattgefundenen Wahl in Leicester veröffentlicht wurde, dürfte für die Arbeiterpartei verhängnisvolle Folgen haben. Das Manifest, das angeblich von dem Parteivorstand der Arbeiterpartei ausging und in dem mit dem Rücktritt MacDonaldis gedroht wurde, da die Mitglieder der Arbeiterpartei in Leicester den Wünschen der Parteileitung entgegen für die sozialistische Kandidatur des Genossen Cartley eintraten, wurde plötzlich zwei Tage vor der Wahl, als die Liberalen am Siege verzweifelten, in den Wahlkampf geworfen und hat zweifellos dazu beigetragen, daß der Liberale gewählt wurde. Wir schreiben damals, daß das Schriftstück möglicherweise nichts als eine Erfindung der Liberalen sei. Leider trifft diese Vermutung nicht zu. Aus der in der Presse veröffentlichten Korrespondenz geht hervor, daß die Liberalen allerdings gelogen haben, als sie versicherten, daß ihnen das Manifest von dem Vorstand der Arbeiterpartei oder von einem nicht bestehenden Komitee der Arbeiterfraktion im Parlament eingehändigt worden sei. Doch daß einem liberalen Parlamentsmitglied zwei Tage vor der Wahl von einem Mitglied der parlamentarischen Fraktion der Arbeiterpartei eine Mitteilung gemacht worden ist, wird stillschweigend zugegeben. Das liberale Parlamentsmitglied Sir Maurice Levy behauptet nun, daß ihm ein hervorragender Parlamentarier der Unabhängigen Arbeiterpartei zwei Tage vor der Wahl das Manifest fast wörtlich diktiert und die Ansicht geäußert habe, daß die darin enthaltenen Anschauungen in Leicester bekanntgemacht werden müßten. Auch habe ihm dieses Mitglied der Arbeiterfraktion versichert, daß keine offizielle Ablehnung des Manifestes erfolgen werde. Sir Maurice Levy fügt hinzu, daß es die Pflicht des Führers der Arbeiterpartei gewesen wäre, noch vor der Wahl ein klares Dementi zu erlassen, wenn die Angaben in dem Manifest, das er sofort nach seinen Parteigenossen in Leicester telephoniert habe, in irgendeiner Weise unklar oder ungenau gewesen wären. Und dies ist eigentlich der Kernpunkt der ganzen Affäre. Auf diesen Vorwurf ist noch keine überzeugende Antwort erfolgt, und es ist auch schwer, wie man es rechtfertigen oder entschuldigen kann, daß man ein Manifest, dem die Liberalen die höchste Bedeutung zumahnen, das man heute als Unsinn bezeichnet, gerade in der kritischen Zeit, als es seine Wirkung ausübte und die Aussichten des sozialistischen Kandidaten schädigte, unwiderrprochen gelassen hat. Der Sekretär der Arbeiterpartei erklärte zwar, gleich nachdem die Liberalen das Manifest in 50 Wahlversammlungen in die Welt hinausposaunt hatten, daß das Schriftstück nicht von dem Parteivorstand der Arbeiterpartei stamme, aber er äußerte sich in einer Form, die die Frage der Urheberchaft offen ließ. Diese ganze verunglückte Dintertreppenspolitik kann der Arbeiterpartei nicht zum Segen gereichen. Sie trägt in sich die Keime der Auflösung und verurteilt Erbitterung gerade in den Kreisen, wo die treibenden Elemente der Arbeiterbewegung zu finden sind.

Das Massenstreikproblem.

VI.

Einer Artikelreihe der „Dreier Bürgerzeitung“ entnehmen wir folgendes:

Das Fortwärtsmarschieren auf Grund der alten erprobten besten Mittel entpuppte sich nicht nur als Stillstand in der Bewegung, sondern es zeigte eine Vergartheit, eine Minderung der Zuerstlichkeit. Obwohl ihr von mancher Seite mit der Versicherung entgegengebracht wird, daß wir schon zu stärkeren Mitteln greifen werden, wenn wir nur fähiger sein werden, wenn wir noch ein Stück organisatorischer und propagandistischer Arbeit geleistet haben werden, so klingen diese Versicherungen etwas höhl. Denn wir sind ja heute stärker als 1910, und trotzdem protestierten damals Jehntausende auf den Straßen, während die letzten Versammlungssaktionen sämtlich flau verliefen. Und zweitens: die Ermattungsstrategie behauptet doch, daß wir so lange warten müssen, bis der Staatsstreik von oben die Massen in Bewegung bringt. . . . Wenn aber die Reaktion, verschont hinter den Mauern des Dreiklassenwahlrechts, hinter dem Wall der infamen Verteilung der Reichstagswahlkreise, gemächlich weiter fortwärtelt, was dann? Sollen die Massen dann weiter die Zeurung über sich ergehen lassen und vielleicht zusehen, wie ein lächerlicher Jollart durchgeföhrt wird? Sollen sie zusehen, wie der Imperialismus die größten Gefahren heraufbeschwört? Sollen sie zusehen, wie die preussischen Junker von der Tribüne des Landtags dem Reichstag auf die Wade zu steigen drohen, wenn er es wagen würde, auch den geringsten Schritt nach vorwärts zu machen?

Die Partei muß nur bereit sein, die Kraft, über die sie schon verfügt, mit dem Nachdruck zu verwenden, den die Umstände erlauben. Sie kann, wo es notwendig ist und die Stimmung der Massen es erlaubt, zu StraßenDemonstrationen übergehen. Sie kann, wenn diese die entsprechende Spannung im Proletariat hervorgerufen haben und man sich davon politische Erfolge versprechen kann, zu kurzen Demonstrations- oder Proteststreiks greifen. Ob sie sich zu weiteren, mächtigeren Kämpfen, zu Zwangstreiks, auszuweiten werden, das wird von der Energie der Arbeiterklasse und dem Vorgehen der Gegner abhängen. Die Partei kann hier keine Bürgschaften übernehmen, weil sie keine Erklärerin, noch Gouvernante der Massen ist, aber sie braucht auch die Konsequenzen ihres Tuns nicht zu fürchten. Die Angst vor „verfühltem Loschlagen“ basiert auf dem bürgerlichen Gedankengang, als könnte man revolutionäre Bewegungen machen. Wir können solche Bewegungen nicht „herdorufen“. Kommt die Arbeitermasse aber so in Fühl, daß sie zu solchen entscheidenden Schlägen ausholt, so wird sowohl Sieg wie Niederlage die politische Situation Deutschlands, des am meisten entwickelten kapitalistischen Staates, nach vorwärts drängen: Entweder den Massen neue Positionen erobern, von denen sie ihre weiteren Kämpfe mit noch besseren Aussichten führen können, oder trotz momentaner Rückschläge die Kampfeslust und Kampfesnotwendigkeit vermehren. Riederlagen, die auf lange Zeit die Arbeiterklasse lahmlegen könnten, sind unmöglich, weil die Produktionsverhältnisse, die hohe Konzentration der Industrie eine Grundlage des Zusammenschlusses der Arbeiterschaft bilden, die kein „reaktionärer Wind“ wegblasen kann. Dies wissend, hat die Partei mit Ruhe und Entschlossenheit das zu tun, was jedwede Situation erfordert.

Nicht „Kriegspläne“, „Geschlüsse“ einer bestimmten Aktion sind uns also vorzuziehen, sondern die Erkenntnis, daß wir in eine Periode entscheidender Kämpfe eingetreten sind, denen man durch keine Taktik ausweichen kann, wenn wir nicht Rückschritt auf Rückschritt erleben wollen, die aber eine klare unzweideutige Taktik und eben solche Agitation erfordern. Die möglichst große Aktivität, politische Initiative und Entschlußkraft, die jeden Kampf mit unseren letzten Zielen verbindet, in der Arbeiterklasse Zuerstlichkeit, daß wenn auch die kapitalistische Welt uns Wunden schlagen kann, an diesen Wunden doch nur sie sterben wird, während wir selbst, wenn auch öfter zu Boden geworfen, doch stets mit immer neuen Kräften aufstehen und endlich den Sieg erringen — das ist es, was uns nützt.

Jahrzehnte können diese Kämpfe noch dauern. Es können in ihnen Störungen, ja, momentane Rückschläge erfolgen, es können nach Teilweisen Zeiten ruhiger Fortentwicklung folgen, die wieder von stürmischen Kämpfen unterbrochen werden.

In der „Nordhäuser Volkszeitung“ heißt es in drei Artikeln über „Die Bedingungen zum Gelingen des Massenstreiks“ unter anderem:

Wir haben, bestimmt durch den Einfluß der Auffassung der leitenden Instanzen, der wieder unterstützt wird von dem immer strenger werdenden Zentralismus in der Partei, in den letzten Jahren die Massenstreikidee nur in sehr verdünnter Form wirksam werden lassen. Nur ja läßtlich vorsichtig, war das immer wiederkehrende Leitmotiv jener Kreise für die Politik der Partei. Was Mittel zur Stärkung der Macht des Klassenkampfes sein soll, wurde unter diesem Gesichtspunkt Zweck des Parteilebens und seiner Erhaltung wurde alles untergeordnet. Die Politik der Partei wurde anstatt zu einer immer sozialrevolutionärer zu einer bloß radikalparlamentarischen, die von jenem, immer noch bittere Empfindungen auslösenden „Einheitsbefehl“ zur ersten Feier des ersten Mai, zur Wahlparole nur gegen Teile der Herrschenden, wie den schwarzbäuerlichen Block, zu Dämpfungsparolen und Wahlabkommen mit den Liberalen führte. Diese Auffassung war auch nicht zuletzt die Ursache des Verfalls in dem zu StraßenDemonstrationen gediehenen Wahlrechtskampf. Trotzdem diese kurze Spanne des Offenheitskampfes schon einen geradezu glänzenden Erfolg hatte: die Erringung des ungehinderten Rechts der demonstrierenden Masse auf die Straße.

Die Arbeit in unseren Organisationen muß endlich mehr revolutionären Geist in sich aufnehmen und weiter zu tragen sich zur Aufgabe machen. So daß sie nicht nur das Rückgrat des Klassenkampfes bilden, sondern auch seine weitauslangenden Arme zur Umfassung der Unorganisierten und Zusammenfassen in Massenaktionen. Heute fällt und durchzieht nur Weltlagestimmung unsere Versammlungen und sonstige Organisationsstätten. Das Große und Hehre der geschichtlichen Mission der Arbeiterklasse ist von den Kleinigkeiten des täglichen Lebens verdrängt, die als selbständige Dinge betrachtet werden und nicht in organischen Zusammenhang mit dem letzten großen Kampf um das Endziel, um den Sozialismus.

Nur die enge Umgrenzung der Ausklärungsarbeit, die Verschwommenheit im Propagieren unserer Grundsätze sind heute die Schranken, an denen sich die Latwerdung des Massenstreikgedankens bricht. Sind doch die Schranken des Klassenbewußtseins nach der sozialrevolutionären Seite hin von weiten Kreisen der Bewegung beengt und enger gezogen worden. Dieses in die engen Schranken einer opportunistischen Politik gepreßte Klassenbewußtsein bildet heute aber den Kristallisationspunkt im Verlesenen weiter Arbeiterkreise. Nichts führt von diesem Klassenbewußtsein aufwärts in die revolutionäre Gedankenwelt des Klassenkampfes, der doch nicht zuletzt auch in der Erkenntnis mündet, daß die Verweigerung der Arbeitskraft nicht nur zum Zweck der Möglichkeit gänstiger Vertragsabschlüsse, sondern auch zum Kampfe um die Erlangung, Erweiterung und Erhaltung von Staatsbürgerrechten eine Pflicht moderner Proletarier ist.

Die „Königsberger Volkszeitung“ schrieb: Wenn die Kampflust der Massen ein entscheidendes, losgeranntes Verhalten der Partei einmal hervorgerufen hat, dann kann die Wirkung zur Ursache werden und die Tatkraft der Partei kann die Kampflust der Massen erhöhen. Wenn die Genossen Lugenburg oder andere Redner, deren Temperament, Begeisterung, Begabung eben noch ausreicht, die Kampflust der Massen zu entfachen suchen, so steigt der Beifall mit dem Grade der Wucht, mit dem zu den Massen gesprochen wird. Aber diese Aufregung der Massen setzt sich in Taten nur um, wo die wirtschaftlichen und politischen Lebensbedingungen eine Kampflust erzeugen, deren Ausdruck jene Aufregung

der Massen ist. Die vom Redner entseelte Kampflust verfliegt, wie die Erschütterung durch ein tragisches Theaterstück bei dem Abendbrot, mit dem sich nachher die Zuschauer über ihr Mitleid mit den Soldaten des Trauerspiels profanisch hinwegtrösten. Die von den Massen entseelte Kampflust des Redners kann freilich die Kampflust der Massen verklären. Die Erbitterung des preussisch-deutschen Proletariats hat bisher nicht die Opferfähigkeit bewirkt, die den Ausbruch des Massenstreiks in der nächsten Zeit erwarten läßt. . . . In Preußen-Deutschland ist zu gleicher Kampfesenergie eine viel größere Zahl nötig wie in romanischen Ländern. Der Kapitalismus vermehrt ständig die Zahl des Proletariats, er steigert ständig den Unterschied in der Lebenshaltung zwischen Proletariat und großer Bourgeoisie, er rüttelt unaufhörlich die Massen auf, bis in einem Lande, dessen Regierung und bürgerliche Parteien förmlich die Preisfrage lösen, wie man das Proletariat am besten erhitzen kann, auch der politische Massenstreik wie ein Naturereignis ausbrechen wird. Diesen Zeitpunkt durch Aufforderung oder Anreizung herbeizuführen liegt nicht in der Macht der Partei.

Einstweilen bleibt uns kein anderer Weg, als durch die Presse, durch Versammlungen und ganz besonders durch die parlamentarische Tätigkeit dem Proletariat den Beweis zu erbringen, daß sie weder von der Regierung noch von den bürgerlichen Parteien etwas zu erwarten haben, sondern nur von sich selbst. Und die einzige Partei, die das Werk nur des Proletariats ist, ist die Sozialdemokratie.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Am letzten Sonntag tagte in Königsbütte der Parteitag für den ober-schlesischen Industriebezirk, der 9 Reichstagswahlkreise umfaßt. Delegierte hatten ebenfalls die Wahlkreise Pöppeln 2, Cöfel-Groß-Strehly 1, Gleiwitz-Rubinitz 2, Beuthen-Larnowitz 9, Rattowitz-Jabrze 9, Pleß-Rhynitz 7, Ratibor 2, Leobschütz 1. Unbetreten war Kreuzburg-Rosenberg. Außerdem waren anwesend neun Mitglieder der Bezirksleitung. Der Parteivorstand antwortend neun Mitglieder der Bezirksleitung. Eine Anzahl Genossen aus den verschiedensten Orten des Bezirkes wohnte den Verhandlungen als Gäste bei. Dem Geschäftsbericht, der sich über 9 Monate erstreckt und der vom Bezirkssekretär Genossen Höning-Beuthen erstattet wurde, ist folgendes zu entnehmen: In den 9 zum Bezirk gehörenden Wahlkreisen bestanden 20 Ortsvereine mit 3327 Mitgliedern, darunter 200 Frauen. Zumahre 263 Mitglieder. Mitgliederversammlungen fanden 21, Volksversammlungen 70 statt. Durch die fast über den ganzen Industriebezirk zentralisierte Abtreibung der Versammlungslokale mußte der Schwerpunkt der Agitation auf das mündliche und die Verteilung von Druckschriften gelegt werden. Insgesamt wurden verteilt 845000 Flugblätter und 100000 Broschüren. Volkswacht-Abonnenten sind zurzeit 2566 vorhanden. Die Einnahmen der Bezirkskasse balanzieren bei einem Bestande von 302,42 M. mit 13 419,02 M. Die Beitragsleistung hat sich im allgemeinen gehoben, dagegen hob der Berichterstatter hervor, daß der Mitgliederzuwachs ein viel zu geringer ist, was zum Teil auf die große Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. Die Fluktuation in der Mitgliederbewegung als auch bei den „Volkswacht“-Abonnenten ist eine ungeheure große. Die Tätigkeit der Bezirksleitung wurde ohne Debatte anerkannt.

Hierauf beschäftigte sich der Parteitag mit der Kampfesweise der P. P. S. gegen die deutsche Organisation und einem dazu von der Bezirksleitung vorliegenden, vom „Vorwärts“ erst kürzlich veröffentlichten Antrag an den deutschen Parteitag wegen Schaffung einer Einheitsorganisation und Aufhebung des Mannheimer Parteitagbeschlusses vom Jahre 1903. Höning-Beuthen führte hierzu folgendes aus: Trotz der gewaltigen Unterstützungen, die die P. P. S. und ihr Organ, die „Gazeta Robotnicza“, von der deutschen Partei in den letzten sieben Jahren erhalten haben — rund 198 000 M. inklusive 19 000 M. Ueberschuß des Geschäfts und 17 000 M. Kolportagezuschuß — habe es die P. P. S. im Höchstfalle nur auf 1100 Mitglieder in Oberschlesien und 200 Abonnenten der „Gazeta“ gebracht. Entgegen dem Wunsche des deutschen Parteivorstandes, aus der dreimal wöchentlich erscheinenden „Gazeta Robotnicza“ ein Wochenblatt zu machen, sei der täglich erscheinende „Dziennik“ entstanden. Und als der Parteivorstand deshalb die Forderung weiterer Mittel für das Blatt abgelehnt habe, sei er öffentlich des Galatimus beschuldigt worden, der in der Partei germanisieren wolle. Die schlimmsten Anschuldigungen würden von der P. P. S. und ihren Führern gegen die in der deutschen Arbeiterbewegung tätigen Genossen geschleudert und damit dem Zentrum und den Nationalpolen viel Material geliefert. Die ganze Taktik der P. P. S. gebe in Nationalpolonismus über. Von allen Delegierten wurden die Darlegungen Hönings bestätigt. Alle gaben der Meinung Ausdruck, daß es im Interesse der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Oberschlesiens liege, wenn der deutsche Parteitag durch Annahme des Antrages auf Schaffung einer Einheitsorganisation den jetzt unhaltbaren Zustand ein schnelles Ende bereite, zumal selbst die Wehrzahl der polnisch sprechenden Genossen dafür ist.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Personalen. Aus der Redaktion der „Altenburger Volkszeitung“ scheid Genosse Dikreiter aus. An seine Stelle trat Genosse Hermann Müller, langjähriger Redakteur an der Chemnitzer „Volksstimme“.

Genosse Wittrich von der Frankfurter „Volksstimme“ trat am Montag die viermonatige Gefängnisstrafe an, die ihm auferlegt ist, weil die „Volksstimme“ zur Rede Wilhelm II. im Landwirtschaftsstat in der er seine Erfolge als Landwirt rühmte und von dem hinausgeschweiften Pächter von Gadinen sprach, ein paar Bemerkungen gemacht hatte, in welchen das Gerücht eine Majestätsbeleidigung fand.

Auf drei Monate das Gefängnis bezogen hat auch Genosse Arno Reichard aus Weiswasser, weil er einen Generaldirektor beleidigt haben soll. Genosse Reichard ist so krank, daß der beauftragte Kreisarzt sogar den Strafausschuß aus § 487, III der Strafprozeßordnung empfahl. Das ist aber abgelehnt worden.

Daß bei sozialdemokratischen „Verbrechern“ die vielgerühmte Amnestie nicht zur Geltung kommt, ist im „Rechtsstaat“ Preußen selbstverständlich.

Letzte Nachrichten.

Eine serbische Aufregung.

Belgrad, 3. Juni. (W. T. V.) Nach Mitteilungen aus militärischen Kreisen belaufen sich die Verluste der Serben in den bis herigen Kämpfen auf 7000 Tote und Verwundete, die Verluste der Bulgaren auf 23 000 Tote und Verwundete sowie auf viertausend Gefangene. Im Laufe der Nacht und des Tages trafen gegen 2000 Verwundete hier ein.

Die Marinerrüstungen in Rußland.

Petersburg, 3. Juli. (W. T. V.) Der Reichsrat hat das Gesetz über die Anweisung von 58 780 000 Rubel für den Neubau von Kriegsschiffen, für ihre Ausrüstung und für die Anlegung von Staatswerften gemäß dem sogenannten Neinen Programm in der Fassung der Duma angenommen.

Verstrafung brandstiftender Suffragetten.

London, 3. Juli. (W. T. V.) Zwei Anhängerinnen des Frauenstimmrechts, Clara Gibson und Kitty Marion, wurden zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe verurteilt, weil sie die Züchtung auf der Rennbahn im Querspark in Brand gesteckt haben.



A. Wertheim



Leipziger Strasse König-Str. am Bahnhof Alexander-Platz Rosenthaler Strasse Oranien-Strasse

Freitag und Sonnabend, soweit vorhanden. * Artikel werden nicht zugesandt.

Speisenfabrikate

gefärbt

Eier-Pudding mit verschieden. Geschmack Paket 23 Pf.
 Stjerna-Pudding mit verschieden. Geschmack Paket 23 Pf.
 Krachmandel-Pudding Paket 23 Pf.
 Sultana-Pudding . . . Paket 23 Pf.
 Mandel-Rosinen-Pudding Paket 23 Pf.

Exquisite-Pudding . . . Paket 23 Pf.
 Saucen-Pulver mit Vanille-Geschmack kleine Pakete 25, große Pakete 18 Pf.
 Kunst-Gelee-Pulver mit verschieden. Geschmack . . . 2 Pakete 35 Pf.
 Rote Grütze-Pulver mit verschieden. Geschmack . . . 5 Pakete 30 Pf.

Roter Tischwein

(Naturwein)

Inkl. Flasche 1/2 Fl. bei 10 Fl.

1909 Saint Mathieu 65 Pf. 63 Pf.
 1909 Sainte Barbera 75 Pf. 73 Pf.
 1909 Almando . . . 80 Pf. 78 Pf.

Wurstwaren

*Rotwurst Pfund 55, 85 Pf.
 *Jagdwurst Pfund 1.10
 *Landleberwurst Pfund 1.00
 *Feine Leberwurst Pfund 1.20
 *Pasteten-Leberwurst Pfund 1.15
 *Teewurst Pfund 1.30
 *Pommersche Teewurst Pfund 1.25

Bauernmettwurst . . . Pfund 1.25
 Zervelat- und Salamiwurst Pfund 1.35
 Rollschinken ca. 6-8 Pfund schwer . . . Pfund 1.50
 Landschinken ca. 8-12 Pfund schwer . . . Pfund 1.35, 1.45
 Mausschinken ca. 2-3 Pfund schwer . . . Pfund 1.35
 Schinkenspeck in Stücken von 1/2-4 Pfund . . . Pfund 1.20
 Speck magerer Pfund 90 Pf. fetter Pfund 80 Pf.

Apfelwein

Inkl. Flasche 1/2 Fl. bei 10 Fl.

Borsdorf. Apfelwein 30 Pf. 29 Pf.
 Fein. Borsdorf. Apfelwein 36 Pf. 35 Pf.

Fruchtsäfte

Inkl. Flasche

garant. rein, mit Raffinade eingekocht

Himbeersaft 1/2 Fl. 85 Pf., extra 1.10
 Kirsch- u. Johannisbeersaft 1/2 Fl. 85 Pf.
 Kirschsaft extra, Ananassaft 1/2 Fl. 1.20
 Zitronensaft 1/2 Fl. 85 Pf., extra 1.20

Räucherwaren

Schleibücklinge St. 25, St. 10 Pf.
 Kieler Flundern Pfund 50 Pf.
 Nordsee-Schollen Pfund 70 Pf.
 Grosse Goldfische Stück 25 Pf.
 Makrelen Stück 15 Pf.
 Geräuch. Aale Pfund 1.10 Bund 40 Pf.
 Lachsstör Pfund 68 Pf.
 Sardellen Pfund 65, 85 Pf.
 Neue Matjes-Heringe
 10, 15, 20, 25 Pf. Versand-Flasch 2.50
 12 Stück Inhalt
 Neue saure Gurken Stück 10 Pf.
 Gewürz Gurken . . 4 Liter-Dose 1.35

Fische

Kabeljau ohne Kopf, in ganzen Fischen Pfund 11 Pf.
 Seelachs ohne Kopf, in ganzen Fischen, Pfund 11 Pf.
 Schellfisch Pfund 11 Pf.
 Hornaale Stück 18 Pf.
 Makrelen Stück 15 Pf.
 Lebende Aale Pfund 70, 90 Pf., 1.10, 1.30
 Lebende Schleie Pfund 1.03
 Lebende Krebse Mandel 30 Pf. bis 4.00

Geflügel

Junge Gänse Pfund 58, 75 Pf.
 Gänserümpfe Stück 3.35 bis 4.60
 Junge Enten Stück 1.85 bis 3.40
 Junge Hühner Stück 40 Pf. bis 1.50
 Suppen- und Brathühner Stück 1.45 bis 2.60

Frisches Fleisch

Roastbeef Pfund 1.00 ohne Knochen Pfund 1.40
 Brust u. Fehlrippe Pfund 80 Pf.
 Rinderkamm u. Querrippe Pfund 75 Pf.
 Talg roh Pfund 45 Pf., ausgelassen . Pfund 60 Pf.
 Schweinekamm u. Schuft Pfund 90 Pf.
 Schweinekotelettes Pfund 1.00
 Rücken fett . Pfund 60, Liesen 65 Pf.
 Kalbskeule u. -Rücken im Ganzen . Pfund 1.10
 Kalbskamm u. Bug Pfund 75, 80 Pf.
 Kalbsbrust Pfund 75, Spitze Pfund 90 Pf.
 Hammelkeule und -Rücken im Ganzen Pfund 90 Pf.
 Hammelkotelettes Stück 15 Pf.
 Dicke Rippe . Pfund 85, Dünnung Pfund 75 Pf.
 Kasseler Rippespeer 90 Pf. bis 1.05
 Rehwild: Keule von 5.50, Rücken von 6.00, Blatt von 1.50 an
 Wildschwein: Keule 1.00, Rücken 75, Blatt 90 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin C 54, Linienstr. 83-85.
 Verwaltung: Kassenr.: Arbeitsnachweis:
 Telefon: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1299, 9714.

Montag, den 7. Juli 1913:

Bezirks-Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin in folgenden Lokalen:

- Norden: Pharusalle, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: Obiglos Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: Voigt-Theater, Badstr. 58, abends 8 1/2 Uhr.
- Moabit: Prachtsäle Nordwest, Döbelerstr. 24, abends 8 1/2 Uhr.
- Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.
- Tegel: Wohlfahrts Festsäle, Reinickendorfer, Eichhornstraße 18, abends 6 Uhr.
- Westen und Schöneberg: Vereinshaus, Schöneberg, Hauptstr. 5, abends 8 1/2 Uhr.
- Osten: Comeniusalle, Memeler Straße 67, abends 8 1/2 Uhr.
- Lichtenberg: Restaurant Kurkowski, Pfarrstraße 74, abends 8 1/2 Uhr.
- Stralau-Rummelsburg: Café Bellevue, Hauptstraße 9, abends 8 1/2 Uhr.
- Weißensee: Prälaten, Lehderstr. 122, abends 8 1/2 Uhr.
- Städtbezirke: Gewerkschaftshaus, Engelauerstr. 15, Saal 4, abends 8 1/2 Uhr.
- Neukölln: Bartschs Festsäle, Hermannstr. 48/49, abends 8 1/2 Uhr.
- Steglitz: Albrechtshof, Albrechtstr. 1a, abends 8 1/2 Uhr.
- Köpenick u. Friedrichshagen: Restaurant Lindengarten, Friedrichshagen, Friedrichstr. 74, abends 8 1/2 Uhr.
- Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal u. Umg.: Prochowski, Rathausstr. 13 (gegenüber der Post), abends 8 1/2 Uhr.
- Spandau: Restaurant Dertz, Rurstr. 21, abends 8 1/2 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Bericht vom Verbandstag in Breslau.
 2. Stellungnahme zur außerordentlichen Generalversammlung.
- Ohne Mitgliedbuch kein Zutritt.
 Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.
 Die Ortsverwaltung.

121/6

Schmöckwitz, Wald-Idyll

hält sich den meisten Vereinen, Gewerkschaften und Schulen bei Ausflügen bestens empfohlen.

Tel.: Zenthen 81.

Dir.: Ernst Noack.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. In fernenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Verband der Kupferschmiede Deutschlands

Filliale Berlin.

Bureau: N 4, Gartenstr. 101. Norden 4513.

Sonnabend, 5. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1:

Oeffentl. Versammlung der Kupferschmiede

Tagesordnung:
 Vortrag über: „Kann man Kupfer autogenisch schweißen?“
 Referent: Kollege Richard Rudolph aus Dresden.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet.
 Der Filialvorstand. E. Röhl.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Sonnabend, den 5. Juli 1913, nachm. von 2-7 Uhr findet in folgenden Lokalen die

Wahl der Beisitzer und Revisoren zum Verbandsvorstand statt.

1. Gewerkschaftshaus, Saal 1.
2. Bierisch, Friedrichstr. 16.
3. Hippler, Hollmannstr. 16.
4. Bieme, Varnimstr. 13.
5. Edhart, Müllerstr. 163.
6. Wiemers, Bülowstr. 58.

Zu wählen sind 6 Beisitzer.

Vorgeschlagen sind: E. Brückner, P. Schade, O. Wienicke, L. Jänemann, L. Krzymin, Th. Tentscher, H. Sauer, K. Krüger, R. Dähne, R. Seemann und O. Winkel. Es sind mindestens 5 Namen zu streichen.

Revisoren sind 4 zu wählen.

Vorgeschlagen sind: Otto Röhl, Fritz Freudenreich, Max Schönfelder, Rudolf Loehr und Paul Riemer. Es ist also 1 Name zu streichen.

Der Name des Abstimmenden darf nicht auf den Stimmzettel geschrieben werden.
 Nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches resp. Karte kann gewählt werden.
 Der länger als 6 Wochen rezidiert, kann nicht wählen.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet.
 Die Ortsverwaltung. J. H. R. Würzberger.

24/6

Bevor Sie Ihre diesjährige Dampferpartie unternehmen, beachten Sie erst

Voigts Krampenburger

und Sie werden finden, daß es der schönste und passendste Ausflugsort ist.

R. Voigt, Post Schmöckwitz, Fernsprecher: Köpenick 227.



Zentralverband der Lederarbeiter.

Ortsverwaltung Berlin I.

Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Pringensallee 33:

Versammlung

Tagesordnung:
 1. Verhandlungsangelegenheiten. 2. Verschickenes. 134/9
 Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Kopfläuse

mit Brut vernichtet radikal Rademachers Goldgeist, Ges. gesch. Nr. 75198. Geruch- u. farblos. Reinigt die Kopfhaut v. Schuppen, befördert Haarwuchs, verbietet Zeugung von Parasiten. - Wichtig für Schulbinder, Tausende v. Anerkennungen. Fl. à 0.50 u. 1.00 M. in Apotheken und Drogerien. Man weise Nachahmungen zurück u. achte genau auf 4 Namen:

Goldgeist!

Hygienische Haar-Pflege

Thermal-Shampoo

flüssig

95%

naturliche Thermal-Mineralien

Mach einen Photogramm

Mach einen Photogramm

enthaltend, welche nach Angaben des Geheimrats Professor Dr. Stahlschmidt aus den seit Jahrtausenden als heilkräftig bekannten

Aachener Thermal-Quellen

gewonnen werden. Thermal-Shampoo gesundet kranke Kopfhaut und kranke Haare und verleiht nach wenigen Waschungen eine dauernde Haarfülle. Nur auf einer gesunden Kopfhaut gedeihen die Haare und bleiben gesund. Preis pro Flasche 30 Pf.

Zu haben in allen Drogeriehandlungen. Werrmann & Co., Berlin-Friedenau. Tel.: Uhlend 3700.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch Mann

der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma

Kohnen & Jöring, Berlin 49. Arbeitskleidung - Berufskleidung.

Größtes Spezialgeschäft dieser Art. Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 - Landsberger Allee 148 - Neukölln: Bergstr. 66.

Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Nachart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Gewerkschaftliches.

Streikjustiz unter dem gemeinen Recht.

In Stolp streikten feinerzeit die Maurer. Ein Streikbrechervermittler Maurer Paul Stricker holte aus Posen einen Trupp arbeitswilliger Maurer. Unter ihnen befanden sich einige, die mit den Maurern August Remus und Galspaw auf einer Eisenbahnfahrt Bekanntschaft gemacht hatten und von diesen auf den Streik in Stolp hingewiesen wurden. Bei dieser Gelegenheit gaben jene Maurer die Versicherung ab, daß sie in Stolp nicht so ohne weiteres Arbeit annehmen würden. Sie hielten nicht Wort. Als nun am Abend des 14. Mai die Maurer den Arbeitsplatz in Begleitung des Stricker verließen, wurden sie von Streikenden, unter ihnen Remus und Galspaw, auf ihr unkollegiales Verhalten aufmerksam gemacht. Stricker lehnte sich dagegen auf und es dauerte nicht lange, da war der Streit zwischen den Parteien fertig. Als Stricker sich immer wieder einmischte, wurde er von Galspaw etwas unfaßlich zur Seite geschoben. Hierauf griff Stricker zwei scharf geladene Revolver und hielt sie den Streikenden entgegen. „Feiger Hund“, „Streikbrecheragent“ und „elender Dummkopf“ waren nun die Bezeichnungen, die Stricker von der aufgeregteren Menge zu hören bekam. Zu Ausschreitungen weiterer Art kam es indessen nicht. Die Menge zerstreute sich auf die Anordnung eines herbeigerufenen Schutzmanns.

Die aufgeregten Rufe der Streikenden bildeten nun den Gegenstand einer Anklage. Neben den beiden Maurern Galspaw und August Remus mußten noch der Schuhmacher Hermann Remus, der Arbeiter Borowski und Frau Remus auf der Anklagebank Platz nehmen.

Bereits vor einer Woche stand Verhandlungstermin an. Die Angeklagten waren aber nicht erschienen, weil ihr Verteidiger am Erscheinen verhindert und ein gerichtlicher Aufschub des Termins nicht zu erreichen war. Sie wurden aber noch am selben Tage verhaftet und festgehalten.

Am Montag hat jetzt die Verhandlung stattgefunden. Der Amtsanwalt, ein früherer Intendanturrat G. u. L., beantragte eine exemplarische Strafe, weil die Angeklagten „Terrorismus“ auch gegenüber dem Gericht (!) verübt hätten! Dieser „Terrorismus“ bestand darin, daß die Angeklagten Verlegung des Termins wegen Behinderung ihres Verteidigers verlangt hatten und daß sie, als dieses nicht unbedingte Verlangen abgelehnt worden, zum Termin nicht erschienen. In dieser Selbsthilfe, die den Angeklagten noch acht Tage Untersuchungshaft kostete, sieht ein pommerischer Amtsanwalt „Terrorismus“!

Dieser Auffassung entsprach das gesamte Strafmaß: gegen Galspaw als Mädelstführer sechs Monate Gefängnis, gegen A. Remus wegen Beleidigung 60 M. Strafe, gegen Frau Remus 70 M. Strafe, gegen den Maurer Borowski, der einem Arbeitswilligen zugerufen hatte: „Dich treffe ich noch!“ vier Monate Gefängnis; nur H. Remus sollte freigesprochen werden. Das Gericht ging über diese Anträge zum Teil weit hinaus. Es erkannte gegen Galspaw auf neun Monate Gefängnis, gegen A. Remus auf drei Monate Gefängnis, gegen Borowski und Frau Remus auf je eine Woche Gefängnis. Hermann Remus mußte freigesprochen werden.

Der Gerichtshof folgte in der Hauptsache den Deduktionen des Rechtsanwalts Schüler, Vorsitzender des Stolper Nationalliberalen Vereins, der als Vertreter des Nebenklägers Stricker meinte: Die Angeklagten sollten dem Stricker dankbar sein, daß er den Revolver gezogen habe. (!) Denn sonst hätten sie sich vor dem Schwurgericht zu verantworten. Die Strafe sei viel zu gering; sie müsse bedeutend höher sein. Auch im vorliegenden Falle hätte es, wie in Stettin, sehr leicht Menschenleben kosten können, wenn Stricker nicht so große Vorsicht geübt hätte! — Also hätte wohl dem Revolverhelden gar noch eine Belohnung dafür gebührt, daß er die Streikenden, die in Wahrung ihrer sehr berechtigten Interessen handelten, mit dem Revolver bedrohte?

Henri Rochefort.

Der politische Sturmwind, den die große Revolution in Frankreich entfesselt hat, wirft auch die genießenden Dilettanten in die Wirbel des öffentlichen Lebens. Zu den Dilettanten gehörte Henri Rochefort ebenso wie die etwas jüngeren Clemenceau und Anatole France. Nur war er eine weniger komplizierte Natur, trotzdem es an scharfen Gegenfäden in seiner Natur ebenso wenig fehlte, wie an knatternden Paradoxen in seinen Artikeln. Blaublütiger Aristokrat und Demagoge, im Streik maßlos bis zur wüsten Verleumdung und doch ritterlich gegen bergewaltigte Gegner, ein gemäßigter Feuerwerker des Epigramms und voll nüchternen Etwertbunsinn im Privatleben, zeigt er doch einfache Grundlinien der Persönlichkeit.

Unter Franz I. wäre ein verarmter Ratikus von Luçon-Rochefort ein hübscher Turnierheld und in späteren Lebensjahren Marschall von Frankreich geworden, unter dem vierzehnten oder fünfzehnten Ludwig vielleicht ein kraftsprühender Abenteuerer, der in der Levante oder in Amerika seinen Ruhm, seinen Reichtum und seinen Harem gewonnen hätte, in dem zur Zentrale aller Gelegenheiten gewordenen kaiserlichen Paris mußte er Journalist werden. Ein Journalist im alten Sinne, der sein Gewerbe für das Fach aller Fächer ansieht — als eine Rechtskunst, die sich nach keinen Zwecken außerhalb ihrer selbst umsieht. Es hat wohl selten Menschen gegeben, die von einem so wüßigen Tanz von Erlebnissen zu erzählen hatten, wie Rochefort in seinen Memoiren. Aber es sind eigentlich doch nur Anekdoten, keine Ideen, die dieses Leben erfüllen. Ein dertouristischer Rastball von Begegnungen — in Zeitungs- und Parlamentssälen, in Gefängnissen und auf Turmflügen, in den Schreckensorten der Deportation und im Feilscherlarm des Versteigerungssamts, in Salons bigotter Gräfinnen und in dumpfigen Trödlerläden — unüberschaubar viel Intrigen, Kampf und Triumph, List und Witz, aber am Ende kein Erkennen, auch keine tiefere Liebe, ja nicht einmal ein tiefer Haß, trotzdem wohl kaum jemand einen größeren Vorrat von Schwärmungen aufgebraucht hat. Zu den bedeutenden Gedanken seiner Zeit hatte dieser Mann, der sich in sozial „Bedingungen“ betamtrieb, überhaupt kein Verhältnis. Er war ein hübscher, schwingvoller Kaufbold, kein Kämpfer. In seiner Jugend hat er für einen Revolutionär gepöhlte, weil er die napoleonische Dynastie in wilden Kampfbüchern blutig prüffte. Aber in seiner Opposition, die aus einem individualistischen Drang nach Elternhohenfreiheit und aus einer naiven Freude am Aufsehen entsprang, zuckte vielleicht der Trost des abgesehenen Reubalen gegen eine Gesellschaft auf, in der die Rotürten und stillen Emporkömmlinge triumphierten und ein junger, erfolgdrüsterender Mar-

Der nationalliberale Rechtsanwalt erörterte auch die Frage, ob es nicht notwendig sei, besondere Gesetze zum Schutze der Arbeitswilligen zu schaffen, wenn die bestehenden Gesetze nicht ausreichen. Das Stolper Urteil wird ihm wohl nun gezeigt haben, daß eine solche Notwendigkeit, selbst vom Standpunkte eines nationalliberalen Scharfmachers aus betrachtet, nicht vorliegt. Viel dringender erscheint uns, daß sich die Gesetzgebung recht bald einmal intensiv mit der Frage des Schutzes der Streikenden beschäftigt, des Schutzes sowohl gegen die Provokationen, Bedrohungen, Mordanschläge der Streikbrecher wie des Schutzes gegen die „harten Urteile der Gerichte“!

Berlin und Umgegend.

Die Firma L. Winiski-Berlin, Schönhauser Allee 8 (Zigarettenfabrik Herbstoli), ist wegen Nichtanerkennung des Tarifs für Zigaretten- und Zigarettenhilfs-Maschinenführer gesperrt. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Freizeugehilfen! In die Liste der Tarifgeschäfte sind noch nachzutragen: Stein, Lothringers Str. 41; Cardinal, Mantuffelstr. 75; Gärtner, Rigauer Str. 98; Szudkowski, Köppler Str. 5. Aufgelöst ist das Tarifverhältnis bei Rybicki, Waldstr. 24; Mortini, Bergmannstr. 112 und Luisenufer 21. Verband der Freizeugehilfen.

Deutsches Reich.

Die Schiffszimmerer der Werften Gebr. Weich und Gebr. Dröschner in Mathenow legten am 1. Juli die Arbeit nieder, weil ihnen ihre Forderung: Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Pf. für dieses Jahr und weitere 2 Pf. für nächstes Jahr abgelehnt wurden. Bisher wurden 45 Pf. gezahlt. Die Streikenden, welche sämtlich dem Zentralverband der Schiffszimmerer angehören, ersuchen um strikte Fernhaltung des Zugangs.

Der Streik der Metallarbeiter auf der Schiffswerft Wollheim in Kosel bei Breslau hat nach vierwöchentlicher Dauer mit einem Erfolge für die Arbeitnehmer geendet. Die wenigen Streikbrecher müssen sofort den Betrieb verlassen. Alle Streikenden werden wieder eingestellt und treten in ihre alten Rechte ein. 423 Arbeiter erhalten Lohnzulagen; die Akkordlöhne werden ebenfalls aufgebessert. Für die wegen der großen Aufträge dieses Jahr ausfallenden Ferien werden besondere Entschädigungen gezahlt. Der Erfolg ist lediglich den Umständen zu danken, daß alle Arbeiter des Betriebes mit wenigen Ausnahmen freigezweckeltlich organisiert sind.

Christliche Gewerkschaftssekretäre als Streikbrecherlieferanten.

Bei der Firma Langbein u. Co. in Karlstraße-Mehnhafen stehen die Arbeiter wegen Maßregelung des Vertrauensmannes seit drei Wochen im Streik. Die Arbeitseinstellung erfolgte einmütig, sogar christlich organisierte Holzarbeiter beteiligten sich an derselben. Inzwischen suchte die Firma im „Schwarzwälder Boten“ (Nr. 138 vom 15. Juni 1913) unorganisierte oder christlich organisierte Säger, anscheinend jedoch ohne Erfolg. Da übernahm es der Bezirksleiter August Kuhn vom christlichen Verband der Fabrik-, Verlehrs- und Transportarbeiter, die Streikbrecher zu liefern, und er begab sich zu diesem Zweck nach Jolgrim in der Pfalz, wo er eine Anzahl Leute unter dem Vorwande, es handele sich um keinen Streikbruch, nach Karlstraße zu locken suchte. Ein Teil der von christlicher Seite angeworbenen Arbeitswilligen konnte unterwegs schon aufgeklärt werden und diese kehrten sofort zurück. Die übrigen wurden am Mühlburger Bahnhof von den christlichen Funktionären Kuhn, Stöder und Langerer empfangen, welche sie zur Arbeitsstelle geleiten wollten. Doch auch diese weigeren sich sofort, als Streikbrecher tätig zu sein. Der christliche Fabrik- und Transportarbeiterverband hat sich schon öfter als Streikbrecherorganisation gezeigt, indessen wurde die Streikbrecherwerbung noch nie so offen betrieben. Der christliche Fabrik- und Transportarbeiterverband hat weder im Betrieb noch unter den Streikenden irgend ein Mitglied; es ist damit auch der beliebte christliche Einwand gefallen, daß es sich bei dieser Streikbrecherlieferung um die Existenz der christlichen Organisation gehandelt hätte.

Ausland.

Generalstreik in den afrikanischen Goldgruben.

Nach in London einlaufenden Berichten herrscht im südafrikanischen Goldgrubengebiete große Besorgnis wegen des Generalstreiks, den Gewerkschaftsorganisation und Bergarbeiterverband des Generalstreiks Freitag angekündigt haben. Schon stehen 5000 Goldgrubenarbeiter im Kampf und stündlich vermehrt sich die Zahl der Ausständigen.

Der Streik hatte seinen Ursprung in den Kleinfonteingruben, wo vor einiger Zeit der Unternehmer die Sonnabendnachmittagsfrist einiger Mechaniker verlängern wollte. Die Arbeiter der ganzen Grube traten darauf in den Streik. Die Unternehmer zogen dann ihre Forderung zurück, weigerten sich aber, die inzwischen eingestellten Streikbrecher zu entlassen. Nun zogen die Streikenden von einer Grube nach der anderen und betrogen ihre Kameraden mit-zusteuern. Auch die Arbeiter der großen elektrischen Kraftzentrale, welche die Pumpen der Gruben versorgt, schlossen sich ihnen an. Die weißen Bergarbeiter in den Randgruben sind durchweg Aufseher der Schwarzen oder Mechaniker. Viele der Schwarzen wollen nun ohne den weißen Meister nicht arbeiten. Viele von ihnen sind schon nach Hause gewandert. Ob die Eisenbahner, die Staatsangestellte sind, mitmachen werden, ist noch nicht sicher. Was die Lage besonders gefährlich macht, ist die Tatsache, daß die Regierung infolge der zehnprozentigen Profitsteuer in großem Maße von der Produktion der Goldgruben abhängig ist. Daher hoffen die Londoner Goldgrubenherren, daß die südafrikanische Regierung den Streik schleunigst niederknüppeln wird. Englisches Militär rückt auf die Goldminen aus allen Landesteilen heran. Man holt Polizisten aus anderen Orten und bewaffnet die Beamten und Schreiber der Gesellschaften.

Auf dem Geldmarkt dürften sich die Folgen des großen Kampfes bald bemerkbar machen, da die 800 000 Pfund Sterling Gold ausbleiben werden, welche die Randgruben wöchentlich liefern. Besonders der Londoner Markt ist zurzeit noch mit nicht aufgenommenen Emissionen überladen. Man wird sich deshalb auf eine allgemeine Einschränkung des Kredits gefaßt machen müssen.

Militärboykott vor dem Reichsgericht.

Vergeblich hat noch jüngst die sozialdemokratische Fraktion für ein ausdrückliches gesetzliches Verbot eines Militärboykotts gekämpft. Wie solcher Militärboykott unlauteren Wettbewerbs großzieht, zeigte eine Zivillage, die am 1. Juli vor dem Reichsgericht verhandelt wurde.

Der Direktor des Böhmisches Brauhauses in Jasterburg und ein Reisender dieser Brauerei vertrauten wohl wenig der Güte ihrer Brauerei im Wettkampf gegen das Bürgerliche Brauhaus in Jasterburg. Sie griffen zu dem Mittel der unlauteren Konkurrenz durch Verbreitung unwahrer Behauptungen. So teilte der Direktor B. des Böhmisches Brauhauses dem Kommandeur der 2. Division mit, seine Konkurrentin habe das furchtbare Verbrechen begangen, die Sozialdemokratie zu unterstützen. Darauf erging von der Militärbehörde der 2. Division im Sommer 1910 das kaum glaubliche Verbot an die Militärkantinen und Militärkasinos, Bier aus dem Bürgerlichen Brauhaus zu beziehen.

Das Bürgerliche Brauhaus klagte nun auf Grund des § 14 des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb gegen das Böhmisches Brauhaus in Jasterburg, die Verbreitung solcher unwahrer Angaben die detailliert angegeben wurden, zu unterlassen und eventuell den Schaden zu ersetzen, der aus solchen Angaben entliehe. Das Landgericht Jasterburg verurteilte die Beklagte in vollem Umfang. Das Oberlandesgericht Königsberg wies die Klage insoweit ab, als sie die Unterlassung der Verbreitung verlangte, die Klägerin habe die Sozialdemokratie unterstützt, denn das Bürgerliche Brauhaus habe in der Königsberger „Volkzeitung“ inserieren lassen. Das sei aber eine Unterstützung!

Dagegen legte die Klägerin mit Erfolg Revision ein. Das Reichsgericht hob das Urteil des Oberlandesgerichts auf und wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Berufungsgericht zurück. Zur Begründung führte das Reichsgericht aus, daß es an und für sich zwei ganz verschiedene Tatsachen sind, ob jemand die sozialdemokratische Partei unterstütze oder ob er lediglich in einer sozialdemokratischen Zeitung inseriere. Das habe das Oberlandesgericht nicht genügend beachtet, obwohl es bei Anwendung des § 14 des Wettbewerbsgesetzes gerade darauf ankomme, welche Tatsachen von der beklagten Partei behauptet worden sind. Außerdem sei das Oberlandesgericht nicht auf einen Beweisantrag der Klägerin eingegangen, die sich auf das Zeugnis eines Majors berufen habe, der erklärt habe, daß der Militärboykott darauf zurückzuführen sei, daß dem Kommandeur v. S. ausdrücklich die wahrheitswidrige Tatsache berichtet worden sei, das Bürgerliche Brauhaus zahle Beiträge an die sozialdemokratische Parteikasse. (Mitteltage II. 143/13.)

Der Jasterburger ist nicht der einzige Fall, daß die Möglichkeit der Verhängung eines Militärboykotts unmoralische Handlungen Dritter züchtet.

quis aus dem Uraedel obdure Schreiberdienste in einer Amtsstube besorgen mußte. Rein, ein Revolutionär ist er nicht gewesen — kein Umwälzer, sondern höchstens ein „Umstürzler“ im Polizeisinn und darum läte man ihm bitter unredt, wollte man ihn um der Kampfstellung willen, die er in seiner zweiten Lebenshälfte gewährt hat, des politischen Verrats beschuldigen. Er ist, trotz seiner zehn-tausend oder zwanzigtausend politischer Artikel überhaupt kein Politiker gewesen, denn ihm fehlte der Wille zur Aktion, zur persönlichen wie zu der einer Klasse oder Partei. Er war und blieb ein Feuilletonist, dem die Politik der liebste Gegenstand war, weil sie das zahlreichste und am meisten impressionable Publikum hat. Als er in das Heerlager der Reaktion abgewandte, ist er auch nicht wie anders zum Verräter, traditionalistischen Snob oder Sophisten des Gottesgnadentums geworden — schon darum, weil er für den steifen konservativen Dogmatismus zu quacksilbern, lebensföndig, pacifistisch und schließlich zu ehrlich war, um über Dummköpfe feierlich zu sprechen.

Er war ein Mann der Knalleffekte, der öffentlich nur im Fortissimo zu reden wußte und aus dieser Eigenschaft ein bürgerliches Meier machte, dessen Früchte er halb in einem isolierten Amateurleben, halb in stillen Werken reiner Herzengüte verbrauchte. Von den Befreiungsgeanken, die im Chaos der Kommune eine neue Welt vorbildeten, hat er nichts begriffen, und nur die tolle Nachgie der Sieger kann seine Deportation nach Neu-Kaledonien erklären, deren Qualen er sich durch eine berühmte, in Gemeinschaft mit den Kommuneminieren Jourde und Paschal-Grouffet und anderen unternommene Flucht entzogen hat. Der Boulangismus hat dann dem Widerstandnis ein Ende gemacht, das ihn ein paar Jahre lang unter dem Namen des Blanquismus mit echten Revolutionären wie Vaillant zusammenhielt. Aber er bewachte den Genossen auch seiner älteren Sturmzeiten eine redliches Gedenden und half ihnen, wenn es notat, ohne die Gabe kleinlich zu messen. Nicht nur der gütigen Louise Michel, mit der ihn einmal engere Bande verknüpf hatten und die auf ihn immer rechnen durfte, wenn es galt, Tränen zu stillen und Dürftigen Brot zu reichen. Gar mancher alter Kommunar hat seine Greisenjahre dank einer Rochefortschen Pension gefristet, u. a. der General W r o b l e w s k i. Und für die Freiheit der Presse und zum Protest gegen politische Vergewaltigung hat er sich allezeit erhoben. Der achtzigjährige Ehrenpreis der Patriotenpartei ist ohne Scheu für die angeklagten Herbeisten und Syndikalisten an die Zeugenbarre getreten. O. P.

Berliner Luft. Die Berliner Luft erfreut sich bei Hygienikern weder eines besonders guten noch eines schlechten Rufes. Sie ist so, wie sie in einer Millionenstadt nur sein kann. Unangenehm wird es, wenn man sich in die Tiefe, in die Schächte der Unter-

grundbahn begibt. Dort wehen Dünste entgegen, die einem das Atmen benehmen möchten. Die mannigfachen Klagen, die über die verdorbene Luft von seiten des Publikums erhoben wurden, haben nun zu einem interessanten Versuch Anlaß gegeben, den Dr. Arnoldi vom Medizinisch-Poliklinischen Institut der Universität ausgeführt hat. Wie der Forscher in der „Klinischen Wochenschrift“ berichtet, hat sich auffallenderweise gar keine Anreicherung der Kohlenäure in der Atmosphäre der Bahnhöfe wie der Wagen im Vergleich zu normalen Verhältnissen nachweisen lassen. Die Grenzwerte, die für eine gute, mit Ausatmungsluft, die bekanntlich viel Kohlenäure enthält, vermengte Luft von den Hygienikern angegeben werden, schwanken beträchtlich, nämlich zwischen 0,07 und 0,3 Prozent Kohlenäure. Die frische Luft enthält nur 0,02 bis 0,05 Prozent Kohlenäure. Die Luft in den Untergrundbahnhöfen war mit 0,04 bis 0,12 Proz. Kohlenäure belastet, in den Wagen mit 0,05 bis 0,44 Proz. Dabei unterschieden sich in ihrem Gehalte deutlich die Morgen- von den Abendstunden, die leeren Wagen von den besetzten, die höhere Klasse von der niederen, die Nichtraucherabteile von den Raucherwagen. Am schlechtesten war die Luft in den Raucherabteilen 3. Klasse mit 0,18 Proz. Fast alle anderen Berliner Verkehrsmittel schneiden schlechter ab. Die Stadtbahn hat gegenüber der Untergrundbahn in ihren besetzten Abzügen einen Ueberschuß von 0,07 bis 0,18 Proz., die Daimbusse einen solchen von 0,01 bis 0,9 Proz. Nur die Straßenbahnwagen stehen wegen der ausgiebigeren Lüftung etwas besser. Viel schlechter ist die Luft der Schulstuben mit 0,8 Proz. In großen Versammlungen, stark frequentierten Kollegs kann sie auf das Vierfache dieser Zahl ansteigen. In den Berliner Restaurants und Cafés weht auch nicht die frische Luft des Hochgebirges. Zugleich mit dem Zigarettenrauch atmen wir an diesen Stätten des Vergnügens noch 0,333 Proz. Kohlenäure ein.

Die Störche und die modernen Erfindungen. Dem „Tierfreund“ schreibt Dr. A. Fischer-Sigwart in Jostingen: Unseren Störchen droht ein neues Unheil durch die Luftfahrt. Als der Flieger Kravre in Jostingen seine Flugübungen machte, flog er auch in der Nähe von Brittnau vorbei. Das Storchenvater dieser ältesten bekannten Storchensstation des Kargaus hatte schon seit einiger Zeit von seinem Reife Besitz genommen, geriet aber beim Vorbeifliegen des raselnden Niesenbogens in Angst, flog hoch auf und verschwand. Nach etwa vierzehn Tagen kam einer der beiden Störche auf kurze Zeit zurück, verschwand aber wieder, wahrscheinlich, weil er in der Ferne wieder eine Flugmaschine hoch in den Lüften sah und hörte, da nämlich gerade der Flieger Wiler nach Karau einrückte. Seither sind die Störche in Brittnau verschwunden, und es bleibt abzuwarten, ob sie im nächsten Jahre oder überhaupt in Zukunft wiederkommen und sich an die Flugmaschine gewöhnen werden, oder ob letztere den Storch ganz aus der Schweiz und aus anderen Ländern

Aus Industrie und Handel.

Frankreichs Eisenerzproduktion im Jahre 1912. Nach Mitteilungen im „Economic Français“ hat die Ausbeutung der in Frankreich gelegenen Eisenerzfelder einen gewaltigen Aufschwung genommen.

Die Ausbeute stieg in den Jahren 1907 bis 1911:

	Normandie	Anjou	Bretagne
1907	826 700	8 418	125 301
1911	619 019	92 456	189 700

Etwa ein Drittel des in der Normandie gewonnenen Erzes wird in französischen Werken verarbeitet, die zwei anderen Drittel werden nach England und Deutschland verkauft. Das Erz aus dem Anjou und der Bretagne geht nach Nantes und Saint-Nazaire, wo etwas über ein Drittel in einem französischen Hüttenwerk verarbeitet wird und von wo der Rest zur Ausfuhr gebracht wird.

Die Ausfuhr des normannischen Erzes erfolgt, von einem kleinen Teil abgesehen, über Granville geht, von Caen aus, das durch einen Kanal mit der See verbunden ist. Am Anfang des Jahres 1913 ist beschlossen worden, den Kanal zu verbreitern und ihn in der Nacht elektrisch zu erleuchten. Auf diese Weise wird der deutsch-französische Verkehr erleichtert werden, der Stolz nach Frankreich bringt und Erz dafür nach Deutschland nimmt.

Die Erzeugung in den Lothringischen Bassins ist dieser Produktion weit überlegen; sie beträgt gegenwärtig allein in Briey-Bassin mehr als das zehnfache und wächst in den letzten neun Jahren sehr beträchtlich, von 1908 durchschnittlich um 2 Millionen Tonnen, wie nachstehende Tabelle zeigt:

1904	1 647 000 Tonnen
1908	4 968 423
1912	12 678 889

In Nancy-Bassin wurden außerdem im Jahre 1912 etwa zwei Millionen im Longwy-Bassin etwa 2 1/2 Millionen Tonnen Erz gewonnen, so daß im französischen Osten allein unter Einschluß aller Erzgruben 17,235 Millionen Tonnen im Jahre 1912 (gegen 15,034 Millionen Tonnen im Jahre 1911) gefördert wurden. Endlich geht man auch in den Pyrenäen an die Ausbeutung von Gruben, aus denen man hofft, bald etwa 1/2 Millionen Tonnen zu gewinnen.

Kriegswirkungen. Ein interessantes Schlaglicht auf die wirtschaftliche und Geldmarktlage im ersten Halbjahr 1913 wirft eine von der Finanzzeitschrift „Die Bank“ veröffentlichte Zusammenfassung der Gründungen und Kapitalerhöhungen. Während im ersten Semester 1912 248 Aktiengesellschaften ihr Kapital um 493 905 000 M. erhöhten, betrug das von 190 190 Aktiengesellschaften in der gleichen Periode 1913 beanspruchte Kapital nur 210 587 000 M. Die Gründungen von Aktiengesellschaften weisen ebenfalls einen Rückgang, wenn auch keinen so starken auf. Es wurden nämlich 92 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 119 885 000 M. gegründet gegen 88 mit 148 706 000 M. Kapital im Vorjahr. Eine kleine Steigerung ist nur bei den Kapitalerhöhungen der Gesellschaften m. b. H. zu verzeichnen. 530 G. m. b. H. erhöhten ihr Kapital um 57 838 000 M. gegen 494 G. m. b. H. mit 7 784 000 M. im Vorjahr. Die Gründungen von G. m. b. H. haben ebenfalls nachgelassen und zwar sind 2180 Gesellschaften m. b. H. mit 171 965 000 M. Kapital gegründet worden gegen 2214 Gesellschaften mit 198 059 000 M. im Jahre 1912.

In Ungarn hat der Ultimo wiederum eine Reihe von Zahlungsschwierigkeiten, besonders in der Manufakturwarenbranche, zur Folge gehabt, darunter in Budapest bei den Firmen Kollinger u. Deutsch sowie Forus, Sinfur u. Reich mit je über 100 000 Kronen Passiven und in Marmaros-Eszgoth bei der Manufakturwarenfirma Salomon Steinmeyr und Großmann Straß mit 256 000 Kronen Passiven.

Soziales.

Alkohol und Schule.

In einem Vortrag, den der Universitätsprofessor Heder im Münchener Verein alkoholgegenerischer Ärzte hielt, stellte er fest, daß er in drei Münchener Volksschulen mit einem Gesamtmaterial von 4588 Schülern folgende Zahlen fand: 58 Proz. genossen regelmäßig, 30 Proz. manchmal, 14 Proz. nie Alkohol. Seine eingehenden Untersuchungen ergaben weiterhin, daß Alkoholgenuß zu körperlicher Fröhlichkeit führt. Die psychische Wirkung hat bereits Kraepelin nachgewiesen. Auch Heder kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Er hat bei Schülern dreier Volksschulen und einer Mittelschule (höheren Schule) den Alkoholgenuß zu den Fortgangs- und Kleinknoten in Beziehung gesetzt. Er fand bei den Abstrinenten, daß ihr Anteil an den schlechtesten Noten geringer wird, während Alkoholgelehrte sich an den verschlechtesten Noten in zunehmender Anzahl beteiligen. Auch führte Heder aus, daß nicht das verschlechten Milieu der gebildeteren und einfacheren Schichten an sich ausschlaggebend ist, sondern daß jener Unterschied zwischen Abstrinenten und Trinkern innerhalb des gleichen Milieus auftritt. Es wurde auch hervorgehoben, daß in den letzten Jahren durch

vertreiben wird. Die Abnahme der Störche ist eine rapide geworden und dauert immer noch fort. Vor wenigen Jahren blieben zum erstenmal die Störche in Lenzburg, ebenfalls einer uralten Storchkolonie, weg und kamen seitdem nie wieder, weil die Starkstromleitung einen alten und zwei junge Störche getötet hatte. In Schöffland, der dritten seit Menschengezeiten bestehenden Station im Kargau, fiel im August letzten Jahres ein alter Storch ebenfalls der Starkstromleitung zum Opfer. Infolge dieses Storchmordes blieb die Station Schöffland dieses Jahr (1913) unbefestigt. In Jofingen sind aus dem gleichen Grunde die Störche seit einigen Jahren weggeblieben, nachdem sie länger als zehn Jahre dort gebauet hatten. Noch eine Reihe weiterer Storchstationen ist durch die Starkstromleitungen beschädigt oder vernichtet worden. Wenn zu den heimlichen Anfeindungen und den Starkstromleitungen als Schädigern der Storchkolonien und wohl überhaupt der Storchwelt nur auch noch die Flugmaschinen kommen mit ihrem starken Geräusch und ihrem gespinnnen Erscheinens, so wird in kürzester Frist der Storch in der Schweiz nur noch ein Märchen aus vergangenen Tagen sein.

Notizen.

Die Berliner Nationalgalerie hat aus dem Nachlaß des Berliner Landschafters Albert Hertel zwei Werke erworben: „Die Mädchen in Capri“ und „Der alte Hof in Scheveningen“, beide aus den 70er Jahren.

Die Berliner Medizinische Gesellschaft hat es abgelehnt, eine Kommission zur Prüfung des Friedmann'schen Tuberkulosemittels einzusetzen. Es bleibt Friedmann freigestellt, sein Mittel, dessen Wert vielfach angezweifelt wird, Kliniken zur Verfügung zu stellen.

Ein Schriftsteller, der sich nicht feiern lassen will. „An meine Freunde und Leser und alle, die mir gut sind“, schreibt Peter Rosegger im „Heimgarten“, „richte ich eine innige Bitte: Mir ist angetragen worden, daß man gelegentlich meines hiesigen Geburtstages auf meinem Sommerhause mit persönlich mancherlei Ehrungen plant. Schon die Absicht erreicht ihren Zweck und erfüllt sich mit Dankbarkeit. Aber ich muß von Herzen bitten, die Absicht nicht zu verwirklichen.“

Der Maler Karl Gaidler soll in Schliersee ein Denkmal erhalten. Die Freunde und Verehrer des Naturpoeten sollten wirklich etwas Besseres erkennen, um den Meister der Andacht zur Natur zu ehren.

Professoren für die Anatomie. In einer Versammlung des Pariser Leichenverbrennungsvereins erklärte Professor Binard, ein Mitglied der medizinischen Gesellschaft, daß er seinen Leichnam nach dem Tode zu operativen Zwecken hergeben werde im Einverständnis mit seiner Familie. Nach dieser Mitteilung erhob sich auch Professor Barriat, der Vorsitzende des Vereins und erklärte, daß er diesem Beispiel folge

die lebhafteste Wander- und Bezirksbewegung die Enthaltensamkeit bei den Knaben erhebliche Fortschritte gemacht habe, weniger bei den Mädchen, denen der Sport im allgemeinen eben nicht so zugänglich sei.

Gemeinschaftlichkeit des Privateigentums am Grund und Boden.

Wie die Boden speculation das Allgemeinwohl schädigt, wurde in einer Versammlung der Schönauer Baugenossenschaft von deren Vorsitzenden, dem Gemeindevorstand Schulze, an der Hand der in dieser Gemeinde herrschenden Verhältnisse wie folgt beleuchtet: Seit 1890 hat sich die Zahl der von der Industrie in Schönau beschäftigten Arbeiter um 300 Proz. erhöht, die Einwohnerzahl ist aber die gleiche geblieben und sogar in der Zeit von 1905 bis 1910 eine fallende Tendenz gezeigt. Im Jahre 1912 überstieg die Zahl der in Schönau beschäftigten Arbeiter die Einwohnerzahl Schönaus. Das ist ein ungeheures Verhältnis. Warum blieb das Wachstum der Gemeinde zurück? Grundstückspekulationen kauften die Flächen der Gemeinde auf, in deren Händen sich fast ganz das Gelände befindet. Die Gemeinde verfügt nur über einen schmalen Streifen. Die Spekulationen halten das Gelände zurück. Dafür nur ein Beispiel: Ein Gutsbesitzer verlangt jetzt für einen Quadratmeter Land 9 Mark, das ihm vor 20 Jahren, also vor nicht allzulanger Zeit, 17 1/2 Pfennige gekostet hat. Der Bodenwucher war es, der die Entwicklung der Gemeinde Schönau zurückgehalten hat.

Lehrlingsausbeutung.

In Spremberg in der Niederlausitz sind sieben Schlosserbetriebe, welche insgesamt neben 17 Gehilfen 33 Lehrlinge beschäftigen. Diese Lehrlinge werden in geradezu unerhörter Weise von den Meistern ausgenutzt. Es haben in der letzten Zeit, in einem Zeitraum von vier Wochen, 21 Lehrlinge zusammen 158 1/2 Ueberstunden arbeiten müssen. Daran nicht genug, halten es auch die „Lehrherren“, welche sicherlich gute Patrioten und fromme Christen sind, für statthaft, die jungen Leute Sonntag für Sonntag für sich kranken zu lassen. An sieben aufeinanderfolgenden Sonntagen (mit Ausnahme des Pfingstsonntags) haben alle 33 Lehrlinge der sieben Betriebe insgesamt 600 1/2 Stunden gearbeitet. Einige haben 5, andere 6, einer hat sogar 7 Sonntage hintereinander arbeiten müssen. Und es handelt sich bei der Sonntagsarbeit keineswegs um nur einige Stunden, sondern um Arbeitszeiten von 5, 6, 7 bis 11 und 11 1/2 Stunden. Ein 15jähriger Lehrling hat an einem Sonntage 11 Stunden, am darauffolgenden 11 1/2 Stunden arbeiten müssen. Ein anderer 15jähriger Lehrling arbeitete vier Wochen lang Ueberstunden und außerdem an den darwischen liegenden vier Sonntagen je 5 Stunden. Ein weiterer 15jähriger Lehrling arbeitete an 8 aufeinanderfolgenden Sonntagen. Sogar ein 14jähriger Lehrling mußte 6 Wochen hintereinander Sonntags arbeiten.

Warum schreitet gegen solche Ausbeutung jugendlicher Arbeitskräfte die Aufsichtsbehörde nicht ein.

Gerichts-Zeitung.

Freigesprochener Streikposten.

Anfang Januar d. J. brach in der hiesigen Glaswarenfabrik Rosenberger, Reichenberger Str. 79/80, ein Streik aus. An dem Streik waren auch viele Frauen beteiligt. Die Arbeiterin Anna Riesalla stand Streikposten. Es wurde ihr aber sehr bald von dem Kriminalschuttmann Wepel der Aufenthalt in der unmittelbaren Nähe des Fabrikgebäudes verboten. Einige Tage später, am 9. Januar, fand Anna Riesalla wieder an der verbotenen Stelle. Wepel trat in Begleitung des Schutzmanns Franke an die Riesalla mit den Worten heran: „Ich habe Sie doch schon verwarnt, sich hier aufzustellen.“ Da die Riesalla stehen blieb, wurde sie von den Polizeibeamten zur Wache geführt. Sie erhielt ein Strafmandat über 30 M., „weil sie infolge ihres Stehenbleibens die Ordnung und Sicherheit des Straßenverkehrs abträglich gestört habe.“ Das Schöffengericht Berlin-Mitte trat der Auffassung des Polizeipräsidenten bei, ermäßigte aber die Strafe auf 6 M. Die Berufung der Angeklagten wurde vom Landgericht zurückgewiesen. — Rechtsanwält Dr. Kurt Rosenfeld legte Revision ein. Der erste Strafsenat des Kammergerichts erkannte, wie unseren Lesern erinnerlich, auf Aufhebung des Urteils.

In der gestrigen Verhandlung vor der Strafkammer wies der Vertreter darauf hin, daß in der Reichenberger Strafe im allgemeinen wenig Verkehr sei, daß mithin die Angeklagte durch ihr Stehenbleiben oder Auf- und Abgehen vor der Fabrik den Verkehr nicht stören konnte. Zum mindesten hat sich aber die Angeklagte dadurch, daß sie die Aufforderung des Schutzmanns, die einige Tage vorher an sie erging, nicht beachtete, nicht strafbar gemacht. Er beantragte daher die Freisprechung und Uebernahme der Verteidigungskosten auf die Staatskasse.

Der Staatsanwalt schloß sich dem Antrage auf Freisprechung an, beantragte aber die Ablehnung des Antrages, die Verteidigungskosten auf die Staatskasse zu übernehmen. Die Angeklagte hätte zur Objektivität des Gerichtshofes so viel Vertrauen haben müssen, daß ihr auch ohne Verteidiger ihr Recht werde. — Der Vertreter führte aus: Wenn auch die Angeklagte an der Objektivität des Gerichtshofes nicht zweifelt, so war sie doch jedenfalls genötigt, sich für die Revision einen Anwalt anzunehmen. Angesichts des Erkenntnisses des Kammergerichts ist es geboten, der Angeklagten die Verteidigungskosten zu ersetzen.

Nach kurzer Beratung des Gerichtshofes verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Scharwey: Der Gerichtshof erachtet es nicht für festgestellt, daß die Aufsichtsbeamten am 9. Januar 1913 an die Angeklagte eine erneute Aufforderung erlassen haben, sich aus der unmittelbaren Nähe der Fabrik zu entfernen. Die einige Tage vorher ergangene Aufforderung ist nicht ausreichend und kann auch das Bewußtsein der Strafbarkeit der Angeklagten nicht begründen. Die Angeklagte war daher freizusprechen. Die Kosten des Verfahrens und auch die Verteidigungskosten sind der Staatskasse aufzuerlegen.

Durch Anidrigkeit einer Stadtvertretung zum Verbrecher geworden.

Mit welcher Euphorie und Anidrigkeit die sozialistischen Vertreter in manchen kleinen Städten die kommunale Tätigkeit betreibt und welche schwere Schuld sie dadurch auf sich laden kann, hat eine Gerichtsverhandlung erwiesen, die sich am Dienstag vor dem Aelter Landgericht abgespielt hat.

Angeklagt war der Bürgermeister Rohde des hollsteinischen Städtchens Bad Bramstedt. Rohde hatte nach und nach 43 000 M. amtlicher Gelber unterschlagen, war dann nach Argentinien geflüchtet, aber bald wiedergekommen und hatte sich dann der Staatsanwaltschaft gestellt. Er war im Jahre 1910 zum Bürgermeister von Bad Bramstedt gewählt worden, vorher war er Stadtkreisrat von Herbede i. W. Sein Gehalt sollte 1500 M. jährlich betragen, ferner sollte eine Dienstaufwandsentschädigung von 1500 M. gezahlt werden, diverse Nebenämter sollten 2000 M. einbringen. Bei seinem Amtsantritt erfuhr aber Rohde zu seiner Ueberraschung, daß die Nebenämter von seinem vermögenden Vorgänger, der sich von dem Amte zurückgezogen hatte und von seinem Gelde lebte, weiter vermarktet wurden. Rohde mußte deshalb von dem Gehalt von 1500 M. leben, davon sogar noch etwas zu den Dienstaufwendungen auflegen, weil die dafür ausgeschriebenen 1500 M. nicht reichten. Alle Anträge auf Gehaltserhöhung scheiterten an der Euphorie der Spieker, die in der Stadtvertretung saßen. Als dem auf einen solchen Etat gefassten Bürgermeister auch noch kurz nacheinander zwei Hypotheken auf seinem Hause, das er sich in Herbede hatte erbauen lassen, gelündigt wurden, wurde die Not so groß und die Verlockung so stark, daß er sich an amtlichen Geldern

vergriff. Eine Unterschlagung zog dann die andere nach sich. Der Angeklagte, der in verschiedenen Ämtern vorher tätig war und vorzügliche Zeugnisse besaß, führte zu seiner Verteidigung an, daß er mit seiner Frau und seinen fünf Kindern manchemal von trockenen Kartoffeln und Brot habe leben und in ungeheizter Wohnung habe wohnen müssen. Die Stadt Bad Bramstedt besoldete ihre Gemeindebeamten unerhört schlecht. Ein Polizeiergeant habe sein Amt aufgegeben, weil er nicht hungern oder Schulden machen wollte. Der Stadtkassierer habe anfangs 400 M., später 800 M. Jahresgehalt erhalten. Schließlich habe die Regierung sein Gehalt zwangsweise auf 1400 M. festgesetzt. Der Kassierer der Spar- und Leihkasse erhalte nur 800 M. Jahresgehalt. Alle Verrichten der Beamten auf Gehaltserhöhung seien an der Kleinlichkeit und Engherzigkeit der Stadtvertretung abgeprallt. — Der Staatsanwalt beantragte 2 Jahre Gefängnis. Das Gericht ging aber noch über diesen Antrag hinaus und beurteilte den Angeklagten wegen Unterschlagung im Amte und Untreue zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis. Der Vorsitzende des Gerichts, Herr Landgerichtsdirektor Dr. Dahn, der wegen seiner Äußerungen freierischer Agitation weit bekannte Vorsitzende des deutschen Vereins in Nordhildesheim, sagte in der Begründung des Urteils, dem Angeklagten sei wohl seine Not zugute zu halten, aber preussische Beamte mühten treu wie Gold sein. Wenn man den Beamten nicht mehr vertrauen könne, dann breche der Staat zusammen, eher nicht.

Ob Herr Dr. Dahn sich schon hat mit trockenem Brot, trockenen Kartoffeln und ungeheizter Stube begnügen müssen? Es wäre doch wohl eine gewagte Sache, die Gelbtreu der preussischen Beamten, besonders der mittleren und höheren, damit zu erproben, daß man sie auf einen Trockenbrockel setzt. — Bemerkenswert sei noch, daß es in Bad Bramstedt recht viele steuerkräftige Einwohner gibt und dem Reichsverbande zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sei zur Veruhigung mitgeteilt, daß in der Bramstedter Stadtvertretung noch kein Sozialdemokrat sitze.

Ein eigenartiges Liebesabenteuer.

hatte der Kellner Wiegert zu bestehen gehabt, der gestern als Zeuge vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I. erscheinen mußte. Auf der Anklagebank mußte der Damenimitator und Kellner Karl Köstler Platz nehmen.

Am 5. April d. J. ging Wiegert durch die Gipsstraße. Als er an einem Fenster der ersten Etage eines Hauses eine lächelnde junge Dame sah, grüßte er im Scherz hinauf. Er war angenehm überrascht, als dieser Gruß durch ein freundliches Nicken erwidert wurde. Der abenteuerliche junge Mann unternahm nun einige Zeit lang eine Fensterpromenade, bis er durch ein leises Zeichen der holden Schönen dazu ermuntert wurde, die Treppe hinaufzusteigen. Oben öffnete ihm die junge Dame, die ihm hold erröthend zulächelte, daß „Nana“ nicht zu Hause sei. Als W. nach etwa einer Stunde wieder die Gipsstraße entlang ging, schien er eifrig über dieses kleine Abenteuer nachzudenken. Dann begab er sich plötzlich, einer Eingebung folgend, in die nachfolgende Polizeiwache hinein. Dort äußerte er gewisse Vermutungen. Von zwei Schutzleuten begleitet, suchte W. nochmals die Wohnung jener jungen Dame auf. Sie wurde trotz heftigen Sträubens eingelassen, den Gang zur Polizeiwache anzutreten. Hier gab es ein allgemeines Gelächter, als einer der Beamten mit schnellem Griff der jungen Dame den eleganten Pleureusenhut samt der blonden Perrücke abnahm und darunter der fahlschorene Schädel des — jetzigen Angeklagten Köstler auftauchte, der schon viermal wegen Ähnlichkeit unter den § 176 fallenden Dinge verurteilt ist. — Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf die Vorstrafen des Angeklagten auf 3 Monate Gefängnis, der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt.

„Ich soll die Leiche abholen.“

Ein Bierull, der beinahe sehr üble Folgen gehabt hätte, lag einer Anklage wegen Diebstahls im straffärfenden Rückfalle zugrunde, welche gestern die 4. Strafkammer des Landgerichts I. beschloß. Unter der Anklage, einen wasserdichten Zellplan im Werte von 40 M. gestohlen zu haben, hatte sich der Arbeiter Hans Nigula vor dem Strafgericht zu verantworten.

Am späten Abend des 2. März d. J. beobachtete die in der Köppler Straße wohnhafte Ehefrau des Dachbedeckers Schulze einen Mann, der sich in verdächtiger Weise in ihrem Lagereller zu schaffen machte. Als sie sah, daß der Unbekannte mit einem großen Zellplan verschwinden wollte, hielt sie ihn an und fragte, was er mit dem Plan wolle. Sie erhielt die Antwort: „Ich soll die Leiche abholen.“ Auf eine weitere Frage erklärte der Unbekannte, der später als der jetzige Angeklagte festgestellt wurde, daß sich in dem Hause jemand aufgehängt habe und er solle nun die Leiche wegschaffen. Es wurde nun die Polizei geholt und der Angeklagte als auf frischer Tat ertappter Dieb hiltiert.

In der gestrigen Verhandlung lärtete sich diese „Diebstahls-geschichte“ recht harmlos auf. Ein Freund des Angeklagten hatte in einem vis-à-vis gelegenen Schanklokal des Guten zu viel getan und lag dort auf einer Bank, föhnmühlenartige Geräusche von sich gehend. Da alle Versuche, ihn aufzuwecken, scheiterten, war man auf den Gedanken gekommen, den Trunkenen als „Leiche“ zu behandeln und nach der nächsten Infallstation zu bringen. Als Transportmittel sollte dabei jener Plan dienen. Dieser Bierull kam jedoch infolge des Dazwischentreitens der Frau Schulze nicht zur Ausführung. — Da das Gericht dem Angeklagten Glauben schenkte, daß er den Plan nach Gebrauch wieder an Ort und Stelle gelegt hätte, lautete das Urteil auf Freisprechung.

Grundlose Prozesse.

Vor dem Stettiner Schöffengericht wurde am Mittwoch gegen vier Arbeiter verhandelt, die nach einem fruchtlosen Streik auf dem Boplomer Kornfeld der pommerischen landwirtschaftlichen Genossenschaften einige Streifbretter beleidigt und verprügelt haben sollen. Die Angeklagten bestritten entschieden, einer Straftat sich schuldig gemacht zu haben. Sie gehörten zu den nach unglücklichem Verlauf des Streiks Gemahregelten. Sämtliche Belastungszugungen erklärten, sie könnten nicht bezeugen, daß die Angeklagten die Täter seien. Dasselbe hätten sie bereits im Ermittlungsverfahren bezeugt. Das Gericht sprach dem Antrage des Anwalts entsprechend die Angeklagten frei.

Weshalb ist bei dieser Sachlage Anklage erhoben? Die Erhebung einer Anklage trotz der bezeugten entlastenden Angaben der „Belastungszugungen“ ist typisch für die Wichtigkeit, mit der Arbeiter auf die Anklagebank gebracht werden. Es ist bedauerlich, daß das Gesetz nicht zuläßt, den anklagenden und die Anklagerhebung beschließenden Beamten in solchen Fällen die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.

Spiel und Sport.

Turner.

Sonabend, den 5. Juli: 3 Männerabtl., 11 Männerabtl. des Turnvereins „Licht“ und Freie Turnerklub Tempelhof-Mariendorf: Nordische Wettkämpfe, Stufenlauf, Fußball, auf dem Tempelhofer See (Wette). Anfang 7 Uhr. Anschließend Beisammensein im Wilhelmshofgarten, Tempelhof.

Am Sonntag, den 6. Juli, veranstaltet der 1. Kreis des Arbeiter-Turnerbundes eine Oerchau seiner Lehrlings-Abteilungen. Das Ziel für den 1. Bezirk (Berlin) in Pflanz-Graben, während schon vormittags die Einzelkämpfe bei Restaurant, Saboma, während schon vormittags 1/4 Uhr zu Rennen vorjünglingen, treten die „Jungen“ nachmittags 1/4 Uhr zu Rennen vorjünglingen an.

Die Freie Turnerschaft Waldmannsdorf will am Ort das Turnen aller Herren pflegen. Sie ladet zu diesem Zwecke Freunde und Gönner der Sache ein, am Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Schwelgerhaus, Dianastraße, sich einzufinden. Am Sonntag, den 6. Juli, veranstaltet der 1. Kreis (Großing Brandenburg) des Arbeiter-Turnerbundes seine diesjährige Kreis-Jugendturnfahrt. Dasselbe findet in der Woche statt, daß sich die Lehrlingsabteilungen der verschiedenen Vereine beizusammeln an einem Ort treffen, um leistungsfähige Wettkämpfe (Dreikampf), verschiedene Wettspiele in Fußball, Fußball, Handball und Staffettenläufe aufzutragen. Von Jahr zu Jahr hat diese Veranstaltung

an Bedeutung gewonnen. Je mehr der preussische Kultusminister und sein Stellvertreter, die Deutsche Turnerschaft, versuchte, den Arbeiter-Turnvereinen die Jugend zu rauben, desto mehr Gehallen fanden die jungen Turner an der Kreis-Jugendturnfahrt. Letzteres beweist besonders das viele Wachsen der Beteiligung. Im Jahre 1910 nahmen 1100 Jugendliche teil, 1911 waren es fast 1800 und 1912 schon 1600.

Für die Groß-Berliner Vereine finden dieses Jahr die Turnfahrten nach folgenden Orten statt: 1. Bezirk nach Sadowa, Beginn der Weltkämpfe vorm. 9 Uhr. 2. Bezirk nach Segel-Deilingen. Treffpunkt vorm. 8 1/2 Uhr in Reinickendorf-Eich. Lokal Waldschützen. 3. Bezirk nach Kaputh. Treffpunkt vorm. 7 Uhr Bahnhof Charlottenhof bei Potsdam. 4. Bezirk nach Rössen. Treffpunkt morgens 7 1/2 Uhr Bahnhof Wapstraße (Schöneberg). 5. Bezirk nach Rössen. Turnplatz des dortigen Arbeiter-Turnvereins. Die Arbeiterschaft der betreffenden Orte und deren Umgegend wird ersucht, ihre Anteilnahme an dieser Veranstaltung der Jugendlichen durch regen Besuch zu zeigen.

Radfahrer.

Arbeiter-Radfahrerband „Solidarität“ (Ortsgruppe Berlin). Touren zum Sonntag, den 6. Juli: Emsilische Abteilungen zum Gaufest in Lichtenberg (Rentes Volksgarten). Start 2 Uhr an den bekannten Stellen. 11. Abt. am 9. Juli 9 Uhr Streifzüge durch den Blumental. Start: Große Hamburger Str. 18/19. (Ortsgruppe Charlottenburg.) Am 6. Juli: Lichtenberg zum Gaufest. Start 1 Uhr. (Ortsgruppe Lichtenberg.) Am 6. Juli: Lichtenberg (Rentes Volksgarten), Gaufest. Start: 1 1/2 Uhr Wapstr. 74. (Ortsgruppe Wilmersdorf.) Am 6. Juli zum Gaufest in Lichtenberg. Start 2 Uhr. (Ortsgruppe Reinickendorf.) Start 2 Uhr nachmittags bei Hämig, Schillingstraße, zum Gaufest. (Ortsgruppe Neukölln.) Sonntag, 6. Juli: Beteiligung am Gaufest in Lichtenberg. Start: 1 Uhr Idealpavillon. Diejenigen Mitglieder, welche am gleichen Tage die Ausfahrten beim Sommerfest des Bahvereins mitmachen, treffen sich zur Probe vormittags 10 Uhr in der Vereinskammer, Hermannstraße. (Ortsgruppe Ober-Schöneweide.) Sonntag, den 6. Juli, in Rentes Volksgarten, Inhab. Schröder, Lichtenberg, Gaufest. Start: Mittags 1 Uhr bei Theodor Schäffer, Siemensstr. 22.

Arbeiter-Radfahrerband Groß-Berlin. Am 6. Juli früh 5 Uhr nach Sandlitz und Lepnitzsee, nachmittags 2 Uhr nach Reinickendorf, Seebad.

Wanderer.

Arbeiter-Wanderband „Die Naturfreunde“. Sonntag, den 6. Juli: I. Chorinchen-Flow-Saltenpuff-Berckelmeier (Rachtour). Bei ungünstigem Wetter fährt bis Chorin und Rachquartier in Groß-Rietzen. Abf. Stettiner Fernbahnhof Sonnabend 7.46 Uhr abends. II. Rietzenberg-Steinlinder-Steinlinder-Rietzenberg (Rachtour). Abf. Stettiner Fernbahnhof Sonnabend 10.17 Uhr abends. III. Drantenberg-Grabowsee-Richtengrund. Abf. Stettiner Fernbahnhof 5.48 Uhr vorm. IV. Chorinchen-Forstenersee (Sandersee)-Freienwalde. Abf. Stettiner Fernbahnhof 5.59 vorm. V. Bernau-Neonitzsee-Bernau. Abf. Stettiner Fernbahnhof 6.06 vorm. VI. Ahrenssee-Rehrow-Nahlsdorf. Abf. Schleißer Bahnhof (Erlanger Bahnsteig) 6.41 vorm. VII. Hennigsdorf-Badenberg-Spandau. Abf. Stettiner Fernbahnhof 12.55 Uhr nachm. VIII. Rinderoewanderung. Spandau-Stadtförst-Spandau. Treffpunkt letzter Fernbahnhof (Haupteingang) 7 Uhr vorm. Gäfte stets willkommen.

Arbeiter-Wanderband Berlin. Sonntag, den 6. Juli: I. Unterpreewaldfahrt. Abf. 6.45 a. Klasse bis Hütten vom Gültiger Bahnhof. Von Hütten Bahnjahrt über Salsburg durch den prachtvollen Erlenwald Mollenhauerhütte-Bußl Hüttenberg-Groß-Ballerburg. Von hier Wagenfahrt über Wendisch-Buchholz bis Halbe. Teilnehmerfahrten a 2,50 R. für Bahn und Wagenfahrt und nur bis heute abend in untenstehenden Bahnhöfen zu haben. Für Mitglieder 1,90 R. — Unterpreewaldwanderung. Derselbe Tour wie oben, nur zu Fuß. Weglänge circa 30 Kilometer. Abf. 6.45 Gültiger Bahnhof. III. Untere nähere Oberspreewaldfahrt findet am Sonntag, den 13. Juli statt. Teilnehmerfahrten a 5,75 R. für Bahn und Wagenfahrt a Klasse sind bis zum 10. Juli in unseren Bahnhöfen: Reich Böhlich, Staller Str. 22 und Georg Wehnacht, Grünstr. 21, zu haben. Gäfte stets willkommen.

Arbeiter-Touristverband „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 6. Juli: Wanderungen. I. Königs-Bücherhansen-Wolzgersee-Stortom. Abf. nach Königs-Bücherhansen Gültiger Bahnhof

6.10. — II. Reichow-Tophienstadt-Siefenthal. Abf. nach Reichow Stettiner Fernbahnhof a) Sonnabend abend 8,58, b) Sonntag früh 5,59. Gäfte stets willkommen.

Schwimmer.

Das am Sonntag stattgefundene Schwimmfest des Arbeiter-Schwimmervereins „Neukölln“ hatte, wie nicht anders möglich, sehr unter der Beteiligung zu leiden. Dennoch hatten sich wohl etwa 200 Schwimmer eingestellt, welche den Vorführungen mit sichtbar regem Interesse folgten. Nachfolgend die Resultate:

I. Krausschwimmen (42 Meter) 1. Hans Bergemann in 37 1/2 Sekunden. 2. Max Wapke in 37 1/2, 3. Walter Gendler in 38 Sek. — II. Mädchen-Schwimmen (42 Meter) 1. Käthe Juhauer in 52 Sek., 2. Erna Hildebrand in 57 Sek., 3. Luise Medin in 59 Sek. — III. Damentafelwimmen (84 Meter, 14-10 Jahre) 1. E. Bralle in 1,45 1/2 Min., 2. B. Schömp in 1,51 1/2, 3. G. Schipper in 2,01 1/2, 4. Min. IV. (16-18 Jahre) 1. Ag. Boer in 1,50 1/2, 2. E. Schmidt in 2,29 1/2, 3. Min. — V. Damentafelwimmen (210 Meter) Schröder, Neptun-Becken, in 3,23 1/2, 2. Min., B. Rühle, K. S. R. Neukölln, in 3,28 1/2, 3. Min. — VI. Jugendwimmen 1. E. Meier, Freie Schwimmer, Potsdam, 2. H. Bralle, K. S. R. Neukölln, 3. H. Adler, K. S. R. Neukölln. — VII. Damentafelwimmen (4x42 Meter) 1. K. S. R. Neukölln in 3,08 1/2, 2. Freie Schwimmer, Charlottenburg in 3,15 1/2, 3. Min. — VIII. Männerwimmen 1. Otto Beder, K. S. R. Neukölln, mit 19 Punkten, 2. H. Bergemann, K. S. R. Neukölln, mit 17 1/2, 3. Punkte, 3. Knopfnabel, K. S. R. Berlin I. mit 15 1/2, 4. Punkte. — IX. Damentafelwimmen (4x42 Meter) 1. K. S. R. Neukölln in 2,11 Min., 2. Neptun-Becken in 2,22 Min. — X. Schwimmwettbewerb für Damen über 30 Jahre (42 Meter) 1. Frau Hirsch in 53 1/2, 2. Frau Rabendorf in 63 Sek., 3. Frau Wagner in 64 Sek. — XI. Schwimmwettbewerb (42 Meter) 1. Fr. Schade in 1,04 Min., 2. H. Hirsch in 1,12 1/2, 3. L. Schreiber in 1,18 1/2, 4. Min. — Ein an Zuschauerstellen reiches Wasserballspiel zwischen der Abteilung I des Arbeiter-Schwimmervereins Berlin und der Mannschaft des Neptun-Beckens, sowie ein Dankspringen und Hinderniswimmen lösten wahre Lachsalen im Publikum aus. — Ein gut ausgeführtes Gruppenwimmen bildete den Schluß des Festes!

Die Arbeiter-Schwimmervereine „Nord“, „Freiheit“, „Welle“ und „Südost“ halten am kommenden Sonntag im Seebad Reinickendorf, Reichenstraße 49, gemeinschaftlich ein Sommerfest ab. Durch die Mitwirkung von Radfahrern, Sängern, Turnern usw. verspricht das Fest ein recht gutes zu werden.

Arbeiter-Schwimmerverein Berlin. (Mitglied des Arbeiter-Schwimmerbundes.) Sonntag, den 6. Juli, Agitationstour nach Freibad Wannsee. Treffpunkt der einzelnen Abteilungen: Abt. I 8 Uhr am Schleißer Bahnhof (Untergrundbahn), Abt. II 8 Uhr am Reichelplatz, Abt. III 8 Uhr am Bahnhof Bellevue, Abt. IV 8 Uhr am Rosenhäger Tor, Abt. V 8 Uhr am Bahnhof Groß-Börschenstraße.

Ruderer.

Die dem Freien Ruderband, Berlin, angeschlossenen Vereine N. B. Collegia, Kiewersee-Brandau, R. B. Freiheit und R. B. Vorwärts-Stralau halten am Sonntag, den 6. Juli, ihre diesjährige Regatta ab. Beginn mittags 12 Uhr. Start: Uferbahnbrücke, Reptow. Ziel: Reptow, Schwandenberg. Dabeist im Anziehung an die Regatta Sommerfest.

Märkische Spielvereinigung. Am kommenden Sonntag treffen sich Victoria-Tempelhof und Reinickendorfer Ballspielklub zum zweiten Male im Reiselplatz für die erste Klasse in Reichensee, Rennbahnstr. 40. Anfang 5 Uhr. Im Gesellschaftsspiel begegnen sich Speder-Neukölln und Vorwärts-Friedrichshagen in Neukölln, Grenzallee. Die 2. Mannschaften beginnen um 3 Uhr, die 1. Mannschaften um 5 Uhr.

Arbeiter-Touristverband, Kreis Brandenburg. Gehradend haben in dieser Woche (Beginn 8 1/2 Uhr): Berlin, 5. Abt. Neukölln, Freitag, den 4. Juli, Reichelstr. 8, Idealcasino.

Reinickendorf, Montag, 7. Juli, Chausseestr. 27, Restaurant Büro. Sonntag, 6. Juli, Uebung im Freien.

Potsdam, Montag, 7. Juli, Wilhelm-Edel-Friedrichstraße, bei Schmidt. Abf. Potsdam Mittwoch, 9. Juli, Kaiser-Wilhelm-Straße bei Gleis.

Schöneweide, Montag, 7. Juli, Siemensstraße 12 bei Schulz.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 40. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Stimmung der Masse und der Massenstreik. Von Dr. Rud. Freilich. — Ruffale und Marx. Von R. Rautsch. — Der Strafrechtsentwurf. Von Siegfried Weinberg. — Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Jahre 1912. Von Paul Barthel. — Die Stellung der Frau in Japan. Von S. Katayama (Tokio). — Literarische Rundschau. — Notizen: Hundsmansch Jahre bayerischer Entwidlung. Von J. Sädler. — Zeitschriftenchau. Von J. Röttgen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

„Der Kampf.“ Sozialdemokratische Monatschrift. Wien, Jahrg. VI. Heft 10. Karl Renner: Ein unangenehmes Instrument! — Friedrich Adler: Währische Wahlen. — Emil Strauß (Wien): Die Politik der österreichischen Bourgeoisie. — Anton Reischl: Die österreichische Jugendorganisation. — Reinhard Mittel (Wien): Die Gelben. — Ernst Rabenbacher: Privatangelegenheit und Klassenkampf. — Karl Renner: Der Kredit und die Arbeiterklasse. — Gustav Sietow: Das proletarische Theater.

Witterungsübersicht vom 3. Juli 1913.

Stationen	Barometer humb. mm	Wind- richtung	Witterung	Temp. u. d. d. g. = 6 Uhr	Stationen	Barometer humb. mm	Wind- richtung	Witterung	Temp. u. d. d. g. = 6 Uhr
Stettin	757	SW	bedeckt	16	Fabraranda	758	S	2wolkenl	19
Hamburg	759	SW	Regen	14	Petersburg	759	SW	Dunst	20
Berlin	759	SW	bedeckt	13	St. Petersburg	767	SW	bedeckt	15
Frankf. a. M.	760	SW	1 wolkl.	15	Überbeem	767	SW	bedeckt	13
München	762	W	bedeckt	12	Paris	768	SW	bedeckt	14
Wien	761	SW	Regen	13					

Wetterprognose für Freitag, den 4. Juli 1913.

Stetig kühl, vorherrschend wolkl mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Aus den Gutachten und Anerkennungen

über „Boa-Lie“

Nahrungsmittel-Untersuchungsamt der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg.

... Sein Genußwert übertrifft den der landläufigen billigen Erfrischungsgetränke, wie Selters und der unzähligen Arten von Draufselmonoden. Im Hinblick auf die natürliche Gewinnungsweise der Kohlensäure und des Aromas dürfte auch die Bekömmlichkeit von Boa-Lie im Vergleich zu den erwähnten künstlichen Getränken eine weit günstigere sein. Meines Erachtens bedeutet die Erfindung von Boa-Lie einen großen, längst herbeigewünschten Fortschritt auf dem Gebiete der Herstellung alkoholfreier bzw. alkoholarmer Getränke.

Berlin, 3. 2. 13.

gez. Dr. Baier, Direktor.

Boa-Lie ist zu beziehen durch alle einschlägigen Geschäfte oder durch Boa-Lie G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2, Charlottenburger Ufer 70 / Fernspr.: Ami Sietplatz 1904, 4661



Preiswerte Condor-Reise-Schuhe u. -Stiefel für Mädchen und Knaben
Wunderbar bequeme Formen

Schnürstiefel Boxleder, Derbyschnitt, durchgenähte Handsohle, sehr preiswert.	25-26	27-30	31-35	Strandschuhe zum Schnüren, braun, grau, weiß	25-26	27-29	30-35	36-42			
	295	375	425		120	140	170	2-			
Schnürstiefel Weiß Leinen	25-26	27-28	29-30	31-33	34-35	36-42	43-46				
	325	360	4-	440	490	2-	230	260	290	320	350
Für kleine Kinder! Schnürstiefel braun Chagrindleder				18-21	22-24	25-28					
				145	195	245					

Schuh-Fabrik Conrad Tack & Cie. Akt.-BURG bel Ges., Magdeburg

129 Verkaufsstellen im Reich, davon 21 in Berlin und Umgegend:

- C. Spittelmarkt 15
- C. Rosenthaler Straße 14
- W. Potsdamer Straße 50
- W. Schillstraße 10
- NW. Wilmnacker Str. 22
- NW. Turmstraße 41
- NW. Beusselstraße 29
- N. Friedrichstraße 127
- N. Möllerstraße 3
- N. Reinickendorfer Str. 23
- N. Brunnenstraße nur 37
- N. Danziger Straße 1
- O. Andreasstraße 90
- O. Frankfurter Allee 125
- SO. Oranienstraße 32
- SO. Oranienstraße 2a
- SO. Wrangelstraße 49
- SW. Friedrichstr. 240-241
- Neukölln: Bergstraße 30-31
- Charlottenburg: nur Wilmersdorfer 122-123

Potsdam: Brandenburger Straße 54

Fordern Sie Katalog!

Henkel's Bleich-Soda
Eine Qualitätsmarke ersten Ranges! Allbewährt, überall beliebt und unübertroffen!
Man achte ausdrücklich auf den Namen Henkel und weise minderwertige Nachahmungen zurück!
Henkel & Co. Düsseldorf.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 4. Juli 1913.

Prater. Das Bummelmädchen.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kroll-Oper. Lohengrin.
Anfang 8 Uhr.

Irania. In den Dolomiten.
Schiller O. Die Jüdin.
Berliner. Königsauber.
Kleines. Professor Bernhardt.
Thalia. Puppchen.
Metropol. Die Kino-Königin.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stehener Sänger.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Komödienhaus. Hofherrschafliche Wohnungen.
Friedr. & Wilh. Schauspielhaus. Das Parmermädchen.
Lustspielhaus. Der lustige Katada.
Kolie. Tagebuch einer Verlorenen.
Luise. Die Kilmörbens.
Poltes Caprice. Ein Vespugel.
Die Kramplaffe.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Deutsches. Die Schiffsbrüder.
Deutsches Schauspielhaus. Eine Vergangenheit.
Theater am Kollendorfsplatz. Der Mann mit der grünen Maske.
Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Eisballet: Hüt in St. Moritz.
Sternwarte. Invalidenstr. 87-82.

Schiller-Theater O.
Wagner-Theater.
(Sachse-Oper.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Jüdin.

Deutsches Schauspielhaus
8 1/2 Uhr: Eine Vergangenheit.

Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.

Theater am Kollendorfsplatz
Täglich 8 1/2 Uhr: Kurioseste Spiele.
Der Mann mit der grünen Maske
- Varieté - Kino
3 Sommerreisen gratis!

Kroll-Oper
7 1/2 Uhr:
Lohengrin.
Sonnenabend:
Carmen.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Ensembl.-Gastsp. Hedak-Lutz
Tagebuch einer Verlorenen.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Auf der Gartendüne:
Achtung! Es geht los!
Anfang 4 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.
abends 8 Uhr:
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Jul. Freund
und G. Dronowski.
Musik von Jean Gibert.
In Szene gesetzt v. Dr. Rich. Schulz.

Passage-Panoptikum
Der persische Augenfakir
in seinen sanft.
Derwisch-Martern
(hebt u. a. mit den Augen schwere Gewichte).
3 Schwestern Liliput,
die kleinst. Schwest. der Welt.
- Alles lebend! -
Ohne Extra-Entree!

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
„Künstler der Landstraße“.
Eine Musikanten-Barleske
von Moysel.
Anfang 8 Uhr.



Arbeiter-Radfahrer-Bund 'Solidarität', Gau 9

Sonntag, den 6. Juli 1913, in Mentos Volksgarten, Berlin-Lichtenberg, Roederstr. 28-29:

13. Gau-fest

Großes Konzert, Ersklassige Spezialitäten, Lichtspiele, Kunst- u. Reigenfahren, Preis-kegeln, Großer Ball

Eintritt 20 Pf., ohne Nachzahlung.
Bei eintretender Dunkelheit: Kinderfackelzug, Gr. Brillant-Feuerwerk (Kinder erhalten eine Glotlaterne und Dons zum Karussell oder Schautel gratis). Die Fackelzüge ist von 2 Uhr an geöffnet.
1 Liter 80 Pf., 1/2 Liter 40 Pf.

Fahrverbindungen zum Festlokal: Vom Alexanderplatz ca. 15 Minuten Linie 64, Linie 67, 71 Roederplatz, Linie Kurze Straße-Roederstr. -Hohenschönhausen, Stadtbahn: Landsberger-Allee Ringbahnhof. Stadt. Straßenbahn: Haltestelle Landsberger Allee. [11/7]

Einem Kaffeestrauch sieht entgegen Das Festkomitee.

Bundsgenossen, Radfahrer, Berücksichtigt bei Euren Einkäufen unsere Genossenschaft, **Fahrradhaus Frisch auf**, Offenbach a. M. Zentrallager für Nordostdeutschland: Berlin N. 58, Eberswalderstr. 30-31. Filialen: Berlin R., Brunnenstr. 33, Berlin E. 59, Rottbuhlerdamm 22, Berlin W.B. 87, Beusselstr. 19.

Volksgarten-Theater.
Badstr. 8 und Bollermannstr. 20, 25.
Freitag, den 4. Juli:
Muttersegen.
Schauspiel mit Musik in 5 Akten.
Und der herrorragende Bariton-Tal.
Vorabend! Sonntag, den 6. Juli:
Unsere Don Juans.
Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.

Admiralspalast - Eis-Arena
Angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich das gr. erfolgreiche Eisballett **Flirt in St. Moritz.**
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenspreise.
Restaurant I. Ranges.
Wein- und Bier-Abteilung.

Brauerei Friedrichshain
Am Königst. Cel.: Ernst Liebing.
Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-frei-Vorstellung
der Norddeutschen und Apollo-Sänger
bei freiem Entree. Freitags: Frei-Konzert.

:: Arbeiter-Schwimmvereine ::
Nord, Freiheit, Welle und Süd-Ost.
Sonntag, den 6. Juli 1913:
Großes Sommerfest
im Seebad Reinickendorf, Residenzstr. 49
Fahrverbindungen 32, 35, 41.
Großes Konzert. Volksbelustigungen aller Art.
Radfahrer □ Sänger □ Turner.
Abends:
Großer Fackelzug.
Im Saale: TANZ.
Anfang 3 Uhr. 3432b Eintritt 25 Pf.
- Ausführliches Programm an der Kasse gratis. -

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark, von 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Voigt-Theater
Badrstraße 38.
Freitag, den 4. Juli 1913:
Nur noch zweimal!
Der Bettelstudent.
Volksstück mit Gesang und Tanz in 5 Bildern.
Volkt. neue erkl. Spezialitäten.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.

LUNA PARK
Japan,
Witching Waves, Oceana
Tanzrad, Ballhaus usw.
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Teppiche! (fehlerrichte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn. Gedeckter Markt 4, Bahnhof Börse. (Leier des Vormärts) erhalten 5 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet!
Herrnhüte zum Ausführen 1 Mt. Rügen 10, 20 und 30 Pf. bei Herrmann Schleifinger, Turmstraße 38.
Vorjährige elegante Herrenanzüge und Valetots aus feinsten Stoffen 20-40 Mark, Hosen 6-14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.
Gardinen! Steppdecken! Vorhänge! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vormärtsleier 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brunn, Gedeckter Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet.
Herrnanzüge, Röperdreil für 1 Mark, Burschenhosen (Sommer) für 75 Pf., Arbeitskleid für Burschen 90 Pf., blaue Jacken, Drell und Pilot 2,40 und 3 Mt., jetzt kleinere Größen (46 und 48) nur 1,50. Leinen, alle Größen 1,50. Weiße Herrenanzüge 1,50. Weiße Hosen 5, 6, 7 Mt., jetzt zum Ausführen 3 Mt., nur im Ausverkauf bei Herrmann Schleifinger, Turmstraße 38. 867R
Pfandleihan Hermannplatz 6. Spottbilliger Verkauft. Pfandleihan. Gardinenverkauf. Teppichverkauf. Goldwaren. Kleideranzüge Herrenanzüge. Sonntagsverkauf ebenfalls.
Herrenanzug 9. Brunnenstraße 70, im Keller. 13006R
Teppich Thomas, Dramenstr. 126, verkauft farbfeinere Teppiche spottbillig; Gardinen, Steppdecken, Tischdecken halben Preis. Vormärtsleier 5 Prozent Extrarabatt. 7858R
Sehen Sie, Sie haben nicht glauben wollen, Schleifinger ist doch der Beste, da können noch 10 Konkurrenten kommen, für 25 Mt. einen halbaren Herrenanzug, für 30 Mt. hochlegant. Sehen Sie sich mal das wo anders, das gibt's eben nur Turmstraße 38. 8689R
Verkauf billige, gute freie Baukelle, 10 Pf. Stadtbahn, 4000 Mark, nehme Müllers, Umbau, Einrichtung, Pianino in Zahlung. Lagerstraße 161, Postamt 12. 14223R
Wandertarten und Bücher, Reisebücher, Kunstbücher hält stets am Lager. Buchhandlung Vormärts, Lindenstraße 69.

In Freien Stunden. Wochenlohn für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnement monatlich 10 Pf. nehmen alle Ausgabenstellen des „Vormärts“ entgegen. Probehefte gratis.
Weißejacken 2,00, 2,50, 3,00, in allen Größen bei Schleifinger, Turmstraße 38. 8255R
Leihhaus Morinplatz 58a! lauten Sie (spottbillig) von Kapitalisten wenig getragene sowie im Verkauf gewogene Fadentanzüge, Kostanzüge, Valetots, größtenteils auf Seide gearbeitet 9-18 Mark. Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarde, enorm billig. Kleiderposten Kleider, Kostüm, Mäntel, auf Seide gearbeitet, früher bis 150, jetzt 30-35 Mark. Extrarabatt in Lombard gewollter Teppiche, Gardinen, Vorhänge, Betten, Tische, Uhren und Goldwaren enorm billig nur Morinplatz 58a L. 1948R
Nähmaschinen, gebrauchte, in allen Systemen billig, (fast von 10 Mark an. Bellmann, Holzmöbelstraße 26. 2988R
Teppiche, Farbenleier, spottbillige Kleiderposten, Vorhänge, Gardinen, Tischdecken, Divandeken, Möbelstoffe, Läuferstoffe. Potsdamerstr. 109, Conrad Jäger. Vormärtsleier Extrarabatt. 6188R
Aber halten Sie sich doch von, solche Schleiferei dauert doch nicht lange. Anzüge fast für halbe Geld bei Herrmann Schleifinger, Turmstraße 38. 8238R
Wohnsanzüge und Sommerpaletots von 6 Mark sowie Hosen von 1,50, Bettrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für torpulenten Figuren. Neue Garderobe zu Hause mit billigen Sachen, aus Pfandleihan verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Kap. Pulachstraße 14.
Kinderwagen. Geschäftsaufgabe Klappwagen, Kinderbetten (spottbillig). Rottbuhlerdamm 90. 758R
Tamengarderobe kaufen Sie spottbillig bei Schleifinger, Oberbahnstraße 9. 8948R
Geschäftsverkäufe.
Reiseur-Geschäft, Herren und Damen, 16 Jahre bestehend, verzugsweise für 500,- sofort veräußert. Näheres Oberbahnstraße 46/47, I rechts. 7116R
Ränderwarengeschäft, Götting. Zu erlangen Kommandantenstraße 14.
Kofal, Broschüre, Fortschrittliche Erziehung, Fabrikation, Kraftbewegung. Näheres Adolfstraße 12, Restaurant. 7107R

Fahrradgeschäft (Osten Berlins), sechs Jahre bestehend, verbunden mit Reparaturwerkstatt, wegen Bezug nach Kusterhals für den billigen aber letzten Kasapreis von 4000 Mark zu verkaufen. Offerten L. 3. Hauptexpedition des „Vormärts“. 14415R
Tischerei mit zwei Sägen sofort oder zum Oktober zu verkaufen, mit guter Kundschaft. In erfragen Berlin-Lankwitz, Hauptstraße 20. 14365R
Möbel.
Möbel ohne Geld! Bei keiner Anzahlung geben wir Ihnen und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Preisliste u. Co., Roppenstraße 4 (Schleiferei Bahnhof).
Dreihundert Bettstellen, Kavatzen von 5, Kleiderstühle, Veritös 12,-, Kommoden, Küchenspinde, Waschtiseltische, Spiegelspinde 10,-, Tische 3,-, Sofatische 7,50 an usw. Neue Möbel sehr billig. Möbel-speicher Prinzenstraße 71, Stargardt u. Jabel. 6658R
Möbel auf bequeme An- und Abzahlung. Großes Lager jeder Art. Möbel-Ledner: 1. Gehäuf: Brunnenstraße 7, 2. Gehäuf: Müllerstraße 174. Sonntags 8-10 geöffnet. 8008R
Wer Möbel reed und dabei billig kaufen will! Rein Spezialgeschäft für Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen bietet Ihnen vorzügliche, geschmackvolle Musterwohnungen, auch gute gebrauchte sowie zurückgesetzte Möbel. Bequeme Zahlungsweise gestattet. Kasapreis Jüngererstraße, keine Anzahlung. Bekannte Rückzahlung bei Kaufzeit, Auslieferung im. Tischlermeister Gabbert, Adersstraße 54. 24520R
Zentrale für Arbeitermöbel liefert Möbel-Einrichtungen in gebiegener Arbeit an Reibende auch auf Teilzahlung und bietet Parteimitglieder um Besuch der großen Lager. Niedrige Anzahlung, Jüngererstraße. Gelegenheitskäufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schö. Brunnenstraße 160, Eingang Anklamerstraße.
Ruhbaumwirtschaft, bildsamer Stube, herrliche Kucheneinrichtung, für jeden annehmbaren Preis veräußert. Händler verboten. Dauer, Große Frankfurterstraße 85, eine Treppe. 11211/2R
Kinderdrabett, Klappporlängen. Rosalind, Frankfurter Allee 128, III.
Möbelhandlung Mariannestraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vormärts“ leier 3 Prozent Rabatt. 8908R

Kleine Wohnungseinrichtung, noch neu, sehr billig zu haben bei Glas, Rosenfelderstraße 57, vorn III.
Schweres Barock-Herzengzimmer, edle Eiche, innen Mahagoni, Bibliothek, dreiflüchtig, Diplomaten mit Jagen, Umbau mit Schränken, Rouletoletto, Schreibstisch, 2 Lederstühle, Herrenstuhl, komplett 780,-. Enorm preiswerte Gelegenheit. R. Dirschowitz, Stallingerstraße 25, Hochbahn Rottbuhlerstr. 8728R
Musikinstrumente.
Pianino 150,-, mit Stuhl, große Tonhöhe, Hanel, Alexanderstraße 14.
Pianino (erklaulich), freizügiger Eichenbau, 190,-. Händler verboten! Krüger, Neue Königstraße 31 (Alexanderplatz).
Bilder.
Bilder. Sie kaufen Bilder nirgendso billiger als direkt Fabrik bei Bilderverlag, Weinmeisterstraße 2 2248R
Fahrräder.
Gebrauchte Damenfahrräder, Herrenfahrräder, Rennräder, außerordentliche Gelegenheit, außerordentlich billig! Weinmeisterstraße nur Nr. 2, Gausstraße 92, Große Frankfurterstraße 144, Neulöh, Hermannplatz 6, Vergstraße 4, bei Kap.
Kaufgesuche.
Fahrräderverkauf, allerhöchste Preiszahlung. Weberstraße 42.
Münzen, Briefmarken kauft Großmann, Spandauerbrücke 2.
Goldschmelze kauft Silber, Platinabfälle, Zahngebisse, Quecksilber, Stanniol, alte Metalle, höchstgibtend. Witwe Marie Ripper. Nur Köpenickerstraße 157. 4795R
Platinabfälle, Gram 5,70, Kilogramm, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft höchstgibtend. Hämmer, Schmelzerei, Auguststraße 19 III. 1111R
Zahngebisse, Goldschmelze, Silber, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstgibtend. Schmelzerei Christian, Köpenickerstraße 20 a (gegenüber Manteuffelstraße). 1111R
Zahngebisse, Platinabfälle, Goldschmelze, Silber, Quecksilber, Stanniol höchstgibtend. Schmelzerei Müller, Teltowerstraße 10. 13825R
Glöhols, Komiser, Gropiusstraße 6. 14266R

Vermietungen.
Wohnungen.
Eine Stube und Küche, 30, 23, 20 Mark, zu vermieten. Dramenstr. 2a.
Gartenstraße 26 Gartenhaus zwei Stuben, Küche. 14375R
Bismarckstraße 9 Gartenhaus zwei Stuben, Küche. Sofort oder später. *
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle, 10,00, vermietet Hartung, Bauherstraße 3, vorn I. 716R
Schlafstelle allein, Schlafstelle zwei Herren, Woche 3,00, Hoffmann, Dragonerstraße 18. 14355R
Mietsgesuche.
Möblierte Zimmer gesucht, Sonnig gleich. Offerten Herrmann, Rieternstraße 50, Holzmarktstraße 50d.
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Junger Mann, 25, sucht Arbeit gleich welcher Art. Falman, Weihensee, Westendstraße 29, bei Arzengin. 7105R
Stellenangebote.
Kolonnenführer auf Schaufelstern und eiserne Fenster verlangt Schlosser, Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 94. 8938R
Schlosser auf Gitter und Bauholz verlangt Heimrich, Tempelhof, Ringbahnstraße 42. 14406R
Maschinenführer, tätig, kräftig, verlangt Marcorver, Lienenstr. 11a.
Heimarbeit (Nähmaschinen-Arbeit) zu vergeben. Chemische Werke Morian u. Co., Berlin-Orly, Chausseestraße 68. 8928R
Kartonnagearbeitern. Geübte Kartonnagearbeitern finden dauernde Beschäftigung. Kartonnagefabrik Marxflusstraße 21. 8658R
Jüngeren 112/14
Sattlergehilfen, der flott und sauber arbeitet, sucht Friedrich Richter, Reichshausstr., Köpenicker Str. 108.

Aus der Frauenbewegung.

Die Angst vor der Frau.*)

Den Gegnern der politischen Frauenbewegung ist die Angst in die Glieder gefahren. Ihre festeste Stütze, die konservative Partei, wankt. Sie beginnt die Frauen zu organisieren. Welch verhängnisvoller Schritt!

Es muß alles geschahen, um wenigstens das Tempo zu verlangsamen, da man der Tatsache, daß eine konservative Frauenorganisation im Anschluß an die Partei gegründet worden ist, ohnmächtig gegenübersteht. Gott sei Dank gibt es noch aufrechte Männer in den Parteien der Rechten, die sich nicht unter das Joch der politisierenden Frau beugen. Die müssen aufgerichtet und zu stärkerem Widerstand angespornt werden. Und warum muß man die vielen anderen, die zwar noch nichts von Frauenwahlrecht wissen wollen, die aber nichts darin finden, daß konservative Frauen den Männern helfen wollen in der Vertretung konservativer Gedanken und Grundsätze. Als ob es so nicht immer anfinge! Zuerst wollen sie nur helfen, und sie stürzen sich auch mit redlichem Eifer in die Arbeit. Man muß sogar zugeben, daß sie dabei gar nicht ungeschickt vorgehen. Aber dann, wenn ihre Arbeit anerkannt worden ist, wenn man sich an ihre Hilfe gewöhnt hat und sie nicht mehr entbehren kann, dann kommen die Frauen mit ihren Forderungen. Dann haben sie ihr Spiel gewonnen, denn die Partei, die Frauen zur politischen Mitarbeit heranzieht, die sie für reif hält zur Propagierung politischer Ideen, kann wohl die Gewährung des Frauenwahlrechts hinausschieben, aber ernsthaft dagegen ankämpfen kann sie nicht mehr. Sie hat ihre Trümper alle aus der Hand gegeben.

So argumentieren die konservativen Gegner der Frauenbewegung, und sie haben bis zu einem gewissen Grade recht. Aber sie bleiben auch nicht untätig; was in ihren Kräften steht, tun sie, um die Partei vor dem sicheren Verderben zu bewahren. In der „Deutschen Tageszeitung“ richtete Pfarrer Julius Werner eine ernste Mahnung an seine Parteifreunde, und es geht nicht ohne einen leisen Tadel an die Adresse der Parteileitung ab. Es erscheint ihm „eigentlich nicht so ganz natürlich, wenn in einem Zeitpunkt, wo in allen bürgerlichen Parteien der Widerspruch gegen die politischen Frauen erwacht (?), der konservative Parteivorstand durch die Gründung einer politischen Frauengruppe glaubt einem dringenden Zeitbedürfnis gerecht zu werden“. Die sanft ist Herr Werner geworden, seit er nicht mehr gegen Paula Müller vom Evangelischen Frauenbund allein zu kämpfen hat, seit ihre Haltung gedeckt wird von den konservativen Führern! In seinem Schmerz und seiner Trauer über das Entgegenkommen der Männer appelliert er noch einmal an die Frauen selbst, und er hofft, daß sie „so politisch aufgeklärt werden, daß sie in ihrem eigenen Interesse und zum Wohle des Vaterlandes auf eine aktive Betätigung in der Politik verzichten“. Es ist begreiflich, daß Herr Werner in tiefer Seele betrübt ist und nur schwer die Enttäuschung zu überwinden vermag, die ihm von seiner Partei bereitet wurde. Er konnte ja nicht ahnen, daß so rasch sich eine Wandlung in den Ansichten der Leitung vollziehen würde. Denn noch im vergangenen Herbst hatte nach seinem Referat über die Frauenfrage der weitere Vorstand der Partei eine Resolution angenommen, in der die Erweiterung kommunaler und kirchlicher Berechtigungen für die Frau abgelehnt wird, und in der nichts von der Notwendigkeit der parteipolitischen Organisation gesagt war.

Herrn Werner eilt eine andere Größe des Antifeminismus, Herr Oberlehrer E. Oberfohren-Kiel zu Hilfe. Er weiß, wie er die seinen politischen Ansichten Rahmestehenden am leichtesten gewinnen kann. Und da gerade jetzt die Konservativen im Kampfe um die Heeresvorlage Niederlagen erleiden, so ist es nicht ungeschickt, vor dem „Antimilitarismus“ der Frauenbewegung Angst zu machen. Das Argument ist zwar nicht ganz neu, und die Beweisführung paßt auch nicht auf die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland, aber hier und da macht es doch Eindruck, wenn man als die logische Konsequenz des Frauenwahlrechts die militärische Schwächung und den schließlichen Untergang des Staates bezeichnet.

Der kriegerische Oberlehrer, für den der Krieg „nicht nur ein Faktor, sondern der Hauptfaktor, nicht nur der Schöpfer, auch der Erhalter wahrer, echter Kultur ist“, scheint tatsächlich anzunehmen, daß die bürgerliche Frauenbewegung antimilitaristisch sei. Er kennt sie schlecht; und auch der Aufsatz „Rüstungsfeier“ aus der Zeitschrift „Die Frauenbewegung“, auf den er Bezug nimmt, bestätigt unsere Auffassung. Wenn auch ein Teil der bürgerlichen Frauen mit der in dem Artikel geäußerten Ansicht, daß die gegenwärtige Heeresvorlage nicht notwendig sei und daß die Millionen, die sie verschlingt, besser angewendet werden könnten, einverstanden sein mag, so ist das noch lange nicht die bürgerliche Frauenbewegung. Durch den Artikel geht recht deutlich der Vorwurf hindurch, daß die bürgerliche Frauenbewegung bisher kein Wort des Protestes gefunden hat. Es wird gerade bedauert, daß ein Verständnis für die Friedensidee nur bei den Arbeiterinnen und nicht bei den Frauen der „gebildeten Kreise“ zu finden sei.

Das ist auch ganz natürlich, und wenn Herr Oberfohren noch mehr Beweise dafür will, daß die Frauen im Bürgertum genau so denken und gegebenenfalls genau so bewilligungsfreudig sind wie die Männer ihrer Gesellschaftsschicht, so möge er nur an Maria Ushnewska — auch Flottenmaria genannt — denken, der es an Surrapatriotismus kaum ein Mann gleich tut. In Neu-Seeland agitierten Frauen für die Ausrüstung eines Kriegsschiffes für das britische Reich, und in Norwegen hat die einzige Frau, die bisher im Parlament saß, die liberale Lehrerin Anna Rogstad, für die Rüstungsvorlage gestimmt, die eine konservative Regierung eingebracht hatte.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß die bürgerlichen Frauen, die sich ganz allgemein für Friedensideen begeistern, so lange sie an gesetzgebender Arbeit nicht teilnehmen können, in der Tendenz ihrer Abstimmung um nichts von der ihrer Partei- und Klassengenossen abweichen würden. Sobald sie an der Macht teilhaben, wird auch bei ihnen Klasseninstinkt und Klassenbewußtsein erwachen. Es will uns aber auch scheinen, als ob manche Frauen, die vor nicht allzu langer Zeit noch den Zusammenhang von Frauenbewegung und Friedensbestrebungen betonten, schon jetzt gern von der Notwendigkeit einer starken Rüstung reben. Nicht weil sie über-

zeugt wären, daß Deutschland bedroht und zu wenig gerüstet sei, sondern weil sie glauben, daß es von politischem Verständnis zeuge, wenn Frauen für Heeresverstärkungen eintreten.

Die Antifeministen in Deutschland brauchen wirklich nicht zu verzweifeln. Träte nicht die Sozialdemokratie immer wieder für das Frauenwahlrecht ein, es würde kaum jemand davon reden. Den Frauen, die stundenlang im entsetzlichen Gedränge ausharren, um das Brautkleid der Prinzessin zu sehen, die sich für den Kronprinzen begeistern, der ganz gewiß nicht zu den Antimilitaristen gerechnet werden kann, denen ist es höchst gleichgültig, ob sie das Wahlrecht haben oder nicht. — Die Sozialdemokratie stützt sich auf andere Schichten. Und sie ist der Überzeugung, daß die Arbeiterinnen, wenn sie die politische Gleichberechtigung erhalten, ihr Wahlrecht als Waffe zu gebrauchen wissen. Von den sozialdemokratischen Wählerinnen können wir allerdings eine Stärkung der Friedensbestrebungen erwarten.

Frauenarbeit.

Simulanten? Aus London wird uns geschrieben: Noch ist die staatliche Krankenversicherung keine sechs Monate vollständig in Kraft, da liest man in der bürgerlichen Presse Englands auch schon Klagen über die Masse der Simulanten, die das neue Gesetz in betrüblicher Weise ausnutzen sollen. Kommt es nicht, daß man die Arbeiterinnen an sich krank zu stellen, um das Krankengeld zu erhalten. Tatsächlich ist die Erkrankungshäufigkeit der Arbeiterinnen nach den Ergebnissen der letzten fünf Monate weit größer als man vorher berechnet hat. Bei den Weibern in Lancashire erhalten 9 Proz. der männlichen, aber 15 Proz. der weiblichen Mitglieder Krankenunterstützung. Am größten ist die Krankheitshäufigkeit bei den verheirateten Frauen, die in der Industrie beschäftigt sind. Sehr lehrreich sind in dieser Hinsicht die von dem Allgemeinen Arbeiterinnenverband ermittelten Differenzen. Dieser Verband hat nach dem Muster anderer Gewerkschaften eine Krankenkasse gegründet, die 22000 Mitglieder zählt. Die Kasse fand, daß die Ausgaben in gewissen Gegenden so unverhältnismäßig groß waren, daß sie einen Vertreter dorthin schickte, um die Ursache zu ergründen und den „Simulanten“ nachzuspüren. Es kamen namentlich zwei Distrikte in Betracht: das berühmte Cradley Heath, wo verheiratete Frauen am Amboss stehen und für 2 1/2 Pence die Stunde Ketten schmieden, und der Londoner Vorort Acton, wo verheiratete Frauen in den großen Wäschereien beschäftigt werden und 8 bis 9 Schilling die Woche verdienen. In Cradley Heath hat die Verbandskasse 1700 weibliche Mitglieder; 180 dieser Frauen beziehen Krankenunterstützung. Nach den Berechnungen der Kassare sollte die Krankenunterstützung wöchentlich für ein Mitglied 2 1/2 Pence betragen; in Cradley Heath beträgt sie aber 5 1/2 Pence. Der Vertreter des Verbandes, der die Verhältnisse genau untersuchte, berichtet, daß wohl ein paar Fälle von Simulation vorlämen, daß aber die große Masse der krank gemeldeten Frauen wirklich arbeitsunfähig seien. Diese bis aufs Blut ausgebeuteten Frauen, die nicht allein ihre Pflichten als Mütter und Haushälterinnen verrichten müssen, sondern auch noch die schwerste Erwerbsarbeit leisten, bilden ein ernstes Problem der jungen englischen Krankenversicherung. Die Folgen der grenzenlosen Ausbeutung treten jetzt in der Krankensituation deutlich zutage; sie sind schlimmer, als man geahnt hat. Ein großer Teil der Mütter des Volkes geht in den Fabriken, den Schmieden, den Ziegeleien und Waschanstalten physisch zugrunde. Und da reden die englischen Militäristen von der Einführung der allgemeinen Dienstpflicht, die dem Staate kräftige und gesunde Menschen geben soll! Natürlich muß etwas geschehen, um den finanziellen Zusammenbruch der Kassen zu verhindern, die einen großen Prozentsatz verheirateter Frauen als Mitglieder haben. Nach dem englischen Gesetz kann eine Gemeinde, die durch die Vernachlässigung der sanitären Einrichtungen Krankheiten verursacht, von den Versicherungsausschüssen zur Leistung von Entschädigung herangezogen werden. Dieser weniger nützlich wäre eine Bestimmung, nach der die Kapitalisten zur Entschädigung verpflichtet werden könnten, die die am wenigsten widerstandsfähigen Mitglieder der Arbeiterklasse auslaugen, um sie dann wie eine ausgedröckte Zitrone in den Müllkasten zu werfen.

Eine Dienstmotorschule.

In der Londoner Vorstadt Southwark ist, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, unter dem Protektorat des englischen Unterrichtsministers die erste Dienstmotorschule eröffnet worden. Sie besteht aus fünfzehn kleinen Landhäusern, in denen je vier „Studentinnen“ wohnen. Sie haben den ganzen Haushalt in vollendeter Ordnung zu halten und sich selbst zu versorgen. Je acht dieser Häuser unterstehen der Aufsicht und der Leitung von zwei Lehrerinnen. Die Häuser sind mit allen modernen Haushaltungs-, Küchen- und Wäschemaschinen ausgerüstet, deren Betrieb die jungen „Studentinnen“ zu erlernen haben. Daneben wird der körperlichen Ausbildung Aufmerksamkeit gewidmet, denn die Mädchen sollen die nötige Zähigkeit und Ausdauer für die Arbeit, außerdem auch angenehme Umgangsformen erhalten. Die Ausbildung wird nicht spezialisiert. Jede Schülerin hat sowohl die Küchen-, wie die Zimmer- und Haushaltungsgarbeit von Grund auf zu erlernen. In den Lehrplan sind auch Literatur- und Geschichtsstunden aufgenommen worden.

Frauenstimmrecht.

Wie die Gegner arbeiten. Ueber die Versammlung der nach Budapest reisenden ausländischen Delegierten für den Frauenstimmrechtskongreß hat die „Tägliche Rundschau“ einen Bericht gebracht, der neben objektiven Unrichtigkeiten einige alberne Bemerkungen über die deutschen „Wahlweibchen“ enthält. Verfasser des Artikels ist Herr Adolf Petrenz, der sich bei jeder Gelegenheit in platten Bemerkungen über die Sozialdemokratie gefällt. Als nun Dr. Gertraud Bäumer, wie sie in der „Frauenfrage“ erzählt, eine Verächtigung und Entgegnung einsandte, gab die Schriftleitung der „Täglichen Rundschau“ (H. Hüls) beides zurück, wofür das nationale Kriegsbegehrblatt sich folgende Antwort von Gertraud Bäumer gefallen lassen muß:

„So entzieht sich eine verbreitete deutsche Zeitung der einfachen Ehrlichkeitspflicht, offensbare Unwahrheiten, die ein Mitarbeiter ihren Lesern mitteilt, zu berichtigen! Unerhörter aber als diese falschen Angaben und die gemüßliche Weigerung, sie zu berichtigen, ist es, daß die „Tägliche Rundschau“ den Frauen zumutet, die unverschämten Angriffe ihres Mitarbeiters schweigend hinzunehmen.“

Wir können Herrn Petrenz und der „Rundschau“ diese wohlverdiente Abfuhr von Herzen.

Norwegen. Wie wir bereits meldeien, hat die Demokratisierung Norwegens einen guten Schritt vorwärts gemacht, indem das Parlament im Juni d. J. die Ausdehnung des politischen Frauenwahlrechts beschlossen hat. Bisher war das politische Stimmrecht der Frauen eingeschränkt und an gewisse Bedingungen geknüpft, die für die Männer nicht bestanden. Das fällt für die Zukunft fort; Frauen und Männer haben bei der Wahl zum Parlament künftig die gleichen politischen Rechte.

An und für sich bedeutet der Beschluß nicht so sehr viel. Einmütig hat das Storting dem Antrage zugestimmt, womit dokumentiert ist, daß es sich lediglich um eine längst reife Frucht

handelt. Dagegen hat man den Antrag der Sozialdemokratie abgelehnt, der das Wahlberechtigungsalter auf 21 Jahre herabsetzen wollte. Vor dem Frauenstimmrecht fürchten sich weder Konservative noch Liberale in Norwegen; das bisherige Experiment mit dem eingeschränkten Frauenwahlrecht hat ihnen eher Vorteile als Nachteile gebracht. Und das erweiterte Frauenstimmrecht wird im Gleichgewicht der Parteien kaum eine Veränderung herbeiführen. Der sozialdemokratische Antrag dagegen hätte dem Wählerkörper neue Massen, die auch für neue Ideen empfänglich wären, zugeführt. Und das hat die Mehrheit abgelehnt.

Mit diesen Einschränkungen kann man im übrigen aber nur den Beschluß des Stortings begründen. Die politische Gleichberechtigung der Frau marschiert; nach Finnland folgt unter den skandinavischen Ländern Norwegen, und in Dänemark ist eine Regierungsvorlage in der vorigen Tagung der Zweiten Kammer angenommen worden, wonach Frauen und Männer in der Wahlrechtsfrage gleichgestellt werden sollen. Diese Vorlage ist allerdings noch nicht Gesetz, aber alle Parteien scheinen sich bezüglich des Frauenstimmrechts einig zu sein, so daß bei der Lösung der Verfassungsreform den Frauen das gleiche Recht zuerkannt werden dürfte. Dann fehlt in Skandinavien nur Schweden, dessen politische Geschichte viel zu sehr mit dem Junkertum verwickelt ist, als daß es in der demokratischen Entwicklung in Skandinavien an der Spitze marschieren könnte.

Bürgerliche Bewegung.

Schwärmerei. Im „Tag“ äußert sich Frau Gnaud-Rühne über die Arbeiten und Absichten der deutschen Frauenbewegung. Sie glaubt nicht daran, daß die Gesamtheit des deutschen Volkes aus dem Eintritt der Frauen in die Politik einen Gewinn ziehen würde, denn jede Partei würde einen Zuwachs von Frauen erhalten und die Wirkung der weiblichen Stimmen sich auf diese Weise gegenseitig aufheben. Sie meint dann weiter: „Wieviel großzügiger hätte die Entwicklung sein können! Eine wirkliche Neuerweckung von großer Stohkraft hätte eintreten können, wenn die organisierte Frauenbewegung die Bildung einer einzigen umfassenden Frauenpartei zur politischen Vertretung ihrer Ansichten im politischen Leben gewollt und in tätiger, unermüdlicher Geduld erreicht hätte. Das wäre eine Tat von historischer Bedeutung gewesen, eine Tat, die Achtung und Beachtung auch dem Gegner abgewungen und zu einer politischen Mitarbeit geführt haben würde, bei der die Frauen als Vollgenossen gezählt worden wären.“

Sonderbare Schwärmerin! Frau Gnaud-Rühne verliert sich in Utopien. Wie kann man nur annehmen, daß die Bildung einer einzigen großen Frauenpartei überhaupt möglich sein könnte. Frauen die aus den verschiedensten Gesellschaftsschichten kommen, haben selbstverständlich auch voneinander abweichende Interessen zu vertreten. Die Agrarierin wird eine andere Auffassung von den wirtschaftlichen Notwendigkeiten haben als die Fabrikarbeiterin oder die Handlungsgehilfin. Eine gemeinsame Frauenpartei würde schon bald nach der Gründung in die verschiedensten Gruppen zerfallen oder man könnte nur solche Gebiete behandeln und nur solche Forderungen nach außen vertreten, bei denen sich für alle Strömungen ein gemeinsames Ziel finden ließe. Eine solche Politik des Ausgleichs um jeden Preis führt aber mit Notwendigkeit zu einer Politik der Schwächlichkeit.

Die Frauen gehören in die Parteien, und wenn die bürgerlichen Frauen in ihren politischen Vertretungen nicht die Unterstützung finden, die sie erwarten zu können glauben, so mögen sie energischer auftreten über sich anders organisieren. Die politischen und wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterin sind die gleichen wie die des Arbeiters, und wo für die Frau besonderer Schutz notwendig wurde — Mutterschutz, kürzere Arbeitszeit usw. — da ist die Sozialdemokratie noch immer tatkräftig für sie eingetreten. Die proletarierin braucht keine Sonderorganisation.

Gesundheitspflege des Kindes.

Die Errichtung von Säuglingsflegematerial- und Wäschedepots fordert Dr. D. Reimach-München in der „Münchener medizin. Wochenschrift“. Die bestehenden Säuglingsfürsorgeeinrichtungen sind sehr wertvoll, doch fehlt es den Müttern belanlich oft am materiellen Können. Wenn ein Säugling jeden Tag 15—20 Bindeln braucht und die Mutter besitzt diese Zahl nicht, so bleibt der Säugling entweder nah liegen oder die Bindeln werden in halbgewaschenem und halbgetrocknetem Zustande wieder verwendet, zum Schaden der Kinder. So geht es mit der übrigen Körper- und Bettwäsche. Andere, zur Pflege und Wartung der Kinder notwendigen Utensilien sind oft nur in einem Exemplar vorhanden. Ganz besonders in den Tagen der Krankheit fehlt es am Nötigsten zur Durchführung der ärztlichen Verordnungen. Private Vereine leisten nun zwar schon manches auf dem Gebiete der Wäscheverteilung, doch hält Dr. Reimach es auf Grund praktischer Beobachtungen für notwendig, eine weitere Verbesserung der Pflege des Säuglings anzubahnen dadurch, daß man der Belehrung hinzusetzt: die dauernde systematische Unterstützung mit Wäsche und anderem Pflegematerial.

Säuglingssterblichkeit in Bayern im Jahre 1912. Nach den Zusammenstellungen des Hl. Statistischen Landesamtes sind im Jahre 1912: 87008 Kinder unter einem Jahr gestorben (ohne die Totgeburten). Dies bedeutet gegenüber dem vorausgegangenen Jahre eine Minderung um 9659 = 20,7 Proz. Setzt man die Zahl der im Jahre 1912 gestorbenen Säuglinge in Beziehung zu der Zahl der in diesem Jahre Geborenen, so stellt sich die Säuglingssterblichkeitsziffer im Jahre 1912 auf 17,7 gegen 22,8 Proz. im Jahre 1911. Bei den ehelichen Säuglingen ist die Sterbeziffer von 21,3 auf 18,9 Proz. und bei den unehelichen von 29,3 auf 23,4 Proz. gesunken. Auf dem Lande haben verhältnismäßig mehr Säuglinge (62,5 Proz.) als seinem Prozentanteil an der Gesamtmasse aller Lebendgeborenen (50,7 Proz.) entsprechen würde. Ungefähr ein Drittel der im ersten Lebensjahr verstorbenen Kinder lebte nicht einmal einen Monat, mehr als die Hälfte nicht ein Vierteljahr.

Bunte Mappe.

„Der Turmhahn“. Im Feuilleton des „Vorwärts“ wurde kürzlich mitgeteilt, daß im Verlag L. Staadmann, Leipzig, eine neue Zeitschrift, betitelt: „Der Turmhahn“, erscheinen solle, die „alle bejahenden und lebensmutigen Kräfte unseres Geisteslebens sammeln und allen Erscheinungen unserer Kunst und Kultur vom Standpunkte eines zukunfts- und schaffensfrohen Volkstums gerecht werden soll“. Wenn man aber alle bejahenden und lebensmutigen Kräfte unseres Geisteslebens sammeln und allen Erscheinungen unserer Kunst und Kultur vom Standpunkte eines zukunfts- und schaffensfrohen Volkstums gerecht werden will, dann kann man auch die Frauen nicht als Mitarbeiter entbehren. Und wie stellt sich der Verlag L. Staadmann, Leipzig, zur geistigen Frauenarbeit? Das möge folgendes illustrieren. Eine deutsche Schriftstellerin ließ mehrere Abzüge eines kleinen Romans herstellen, die sie verschiedenen Verlegern einsandte. Das Begleitfahreiben sollte am nächsten Tage folgen. Aber ehe die Schriftstellerin es noch abeschriftet hatte, empfang sie den nachfolgenden Bescheid des Verlags L. Staadmann, Leipzig:

„Sehr geehrtes Fräulein! Für Ihr freundliches Anerbieten sage ich Ihnen meinen besten Dank, bedauere aber — ohne erst Ihren Brief abzuwarten — das Manuskript gleichzeitig zurückgeben zu müssen, da ich prinzipiell nur Werke männlicher Autoren in meinem Verlage veröffentlichen. Hochachtungsvoll ergebent L. Staadmann, p. pa. J. Biese, p. pa. Günz.“

*) Der Artikel lag der Redaktion bereits Ende Mai vor.

14. Generalversammlung des Verbandes der Maler und Weißbinder.

Dritter Tag.

Halle, 2. Juli.

Die heutigen Verhandlungen haben sich mit dem wichtigsten Punkte der Tagesordnung zu beschäftigen, nämlich den

Unterstützungseinrichtungen

und den damit zusammenhängenden Satzungsänderungen. Die vorbereitende Kommission ist seit Freitag täglich in langen Sitzungen damit beschäftigt gewesen, den vom Verbandsvorstand ausgearbeiteten Entwurf und die von den Zahlstellen gestellten Anträge durchzuberaten. Zweifellos hat sie gründliche Arbeit geleistet, aber in Betracht der wichtigen Materie scheinen es sich die Delegierten mit der Kommissionsberatung nicht genügen zu lassen, denn als der Berichterstatter Weniger-Hamburg über die Beratung referierte, hatten sich in kurzer Zeit 50 Diskussionsredner eingezeichnet lassen. Trotzdem ist die Meinung der Delegierten ziemlich geklärt und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Kommissionsvorschläge zum Beschluß erhoben werden.

Weniger-Hamburg ging in seinem Referate davon aus, daß der Malerverband jetzt nur den Weg verfolge, den andere große Verbände längst gegangen sind. Eine Reihe Organisationen haben schon früher die Erwerbslosenunterstützung geschaffen; auch bei den Malern besteht das Verlangen danach schon lange und seit 1898 hat sich fast jeder Verbandstag mit diesen Fragen beschäftigt. Wenn auch bisher die Erwerbslosenunterstützung stets abgelehnt wurde, so waren die Minoritäten doch immer so groß, daß die Frage nicht zur Ruhe kommen konnte. Es darf nicht übersehen werden, daß die Arbeitslosigkeit im Malerberufe eine außerordentlich große ist; aber nicht nur aus diesem Grunde ist die geplante Erwerbslosenunterstützung nötig, sondern auch, weil sie den Arbeitern zur Rückgratstützung gegenüber den Unternehmern mitberühmt.

Wären die Maler aus ihrer Generalversammlung in München 1911 bereits die Erwerbslosenunterstützung eingeführt, dann wären sie nach Ansicht des Referenten heute in ihrem Interesse weiter. Zwar haben sie bisher eine freiwillige Arbeitslosenunterstützung gehabt, doch haben die Mitglieder, wie dies bei fakultativen Einrichtungen stets der Fall ist, nur geringen Gebrauch hiervon gemacht. Einige Schwierigkeit wird wohl durch die Erhöhung der Beiträge verursacht, aber es sei klar, daß die Maler höhere Beiträge nehmen müssen, wenn sie nicht nur die Unterhaltungen ausbauen, sondern auch an Kampfmitteln zunehmen wollen. Die vorgeschlagene Erwerbslosenversicherung soll an eine Karenzzeit von 104 Wochen gebunden sein, während die einfache Krankenunterstützung nach 14wöchiger Beitragsleistung gezahlt werden kann. Zur Beurteilung der Wichtigkeit der Karenzzeit mag folgende Statistik dienen: Am 30. September 1910 gehörten 19 651 Mitglieder — 44 Proz. weniger als zwei Jahre dem Verbande an und 25 135 = 58 Proz. mehr als zwei Jahre. Die entsprechenden Zahlen für 1912 sind 21 225 = 42 Proz. bzw. 29 148 = 58 Proz. Die Fluktuation nimmt etwas ab, das ist wohl mit auf die eingeführte Arbeitslosenversicherung zurückzuführen. Wir wollen nicht sprunghaft vorgehen, sagt der Referent, sondern langsam und vorichtig. Deshalb sehen wir fürs erste nur den Maximalbetrag von 27 M. vor, d. h. 18 Unterstützungstage à 1,50 M. Dagegen soll als Krankengeldanspruch in der ersten Klasse 75 Pf. pro Tag, in der zweiten Klasse 1,50 M. und in der dritten 2,25 M. gewährt werden. Weiter schlägt die Kommission vor, wenn ein unterstützungsberechtigtes Mitglied ein oder mehrere Jahre keine Erwerbslosenunterstützung bezogen hat, erhöht sich die Unterstützung pro Jahr um 13,50 M. Vollständig neu ist die Umzugsunterstützung, die man bei anderen Organisationen schon lange kennt. Für die Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit, die nach einjähriger Mitgliedschaft beansprucht werden kann, sind 30 bis 240 Unterstützungstage vorgesehen, je nach der Dauer der Mitgliedschaft.

Was den Mitgliedsbeitrag betrifft, so beantragt die Kommission, von der bisherigen Gespinntheit, einen Unterschied zwischen der Beitragsleistung in den Sommermonaten und den in den Wintermonaten zu machen, abzugeben und künftighin einen einheitlichen Beitragsfuß für Sommer wie Winter vorzuschlagen. Der seitherige Beitrag betrug für 35 Sommerwochen mindestens je 60 Pf., für 17 Winterwochen mindestens je 20 Pf. (für weibliche Mitglieder je 20 Pf.). Der Vorstand hatte in seiner Vorlage eine Staffelung gewünscht, dergestalt, daß für 40 Sommerwochen 70, 80 und 110 Pf., und für 12 Winterwochen 35, 55 und 75 Pf. gezahlt werden. Die Kommission vertritt dagegen den Standpunkt, Sommer und Winter dieselben gestaffelten Beiträge von 80, 90 und 100 Pf. zu erheben, wozu noch ein Ortszuschlag von wenigstens 10 Pf. pro Marke kommt. Die Kommission empfiehlt, diese Beitragsstaffelung sowie die beantragten Unterstützungseinrichtungen gutzuheißen. (Beifall.)

In der

Diskussion

traten die Redner, besonders die aus den Großstädten, warm für die Vorlage ein; aus kleineren Städten sowie von einigen Delegierten aus Rheinland-Westfalen wurde Widerspruch laut.

Deile-Stuttgart: Die Einrichtung kommunaler Arbeitslosenversicherungen nach dem Genier System einzurichten, ist auf dem Vormarsch; schon im Hinblick auf die Konsequenzen, die sich hieraus ergeben, empfiehlt sich, daß wir der Vorlage zustimmen.

Thonn-Hamburg: Wesentlich ist, daß wir durch die geplanten Änderungen unsere Kampffähigkeit erhöhen; weiter ist zu beachten, daß durch die Einführung der gleichen Beiträge für alle Monate die Verwaltungsgeschäfte wesentlich vereinfacht werden.

Riff-Köln hat prinzipielle Bedenken gegen die Unterstützungseinrichtungen. Wir können damit nicht die Wunden heilen, die die kapitalistische Wirtschaftsordnung schlägt, es ist Pflicht des Staates, einzugreifen. Zu unserer Stellungnahme veranlassen uns aber auch die besonderen Kölner Verhältnisse. Unsere Kollegen können auf Grund des wöchentlichen Beitrages von 15 Pf. bei der kommunalen Erwerbslosenunterstützung im Jahre 60 Tage lang 1,50 M. Unterstützung erhalten, also viel mehr, wie wir aus unserer Tasche bieten können.

Dollbaum-Krefeld wünscht, daß die Mitglieder durch Abstimmung ihre Meinung zum Ausdruck bringen können. (Widerspruch.)

In der weiteren Aussprache, an der sich Delegierte aus fast allen Bezirken beteiligten, wurde die Vorlage durchweg günstig besprochen und wozu wir Annahme empfohlen.

Die Fortsetzung der Diskussion wird sodann auf Donnerstag vertagt.

Verbandstag der Töpfer.

Leipzig, den 2. Juli 1913.

Die heutige Sitzung nahm zunächst das Schlusswort des Korreferenten Witzholz-Hamburg entgegen. Der Redner beschäftigte sich in der Hauptsache mit einer Polemik, die er gegen die Anhänger der Verschmelzung richtet und erläuterte nochmals die Vorteile eines Anschlusses an den Bauarbeiterverband. Der Bauarbeiterverband habe erst wieder bei der lehrerlosen Bewegung seine Schlagkraft erwiesen. Durch die Aussperrung im Handwerke hätten gerade in Hamburg die kleineren Gewerkschaften Vorteile erlangt. Am besten sei, die Frage der Verschmelzung zurückzustellen.

Der Referent Barisch erwähnt in seinem Schlusswort, daß der Korreferent wenig zum Statut, desto mehr aber für den Bauarbeiterverband gesprochen habe. Die Frage der Verschmelzung sei geklärt. Die gegen den Bauarbeiterverband gerichteten Ausführungen verschiedener Diskussionsredner hätten sich nicht gegen die Organisation gerichtet. Verschmelzungen Einzelner könne man nicht der Gesamtorganisation zur Last legen. Die Gründe der Ofsener gegen den Keramarbeiterverband seien nicht durchschlagend, im Metallarbeiterverband seien circa 75 000, im Holz-

arbeiterverband circa 30 000 Bauarbeiter organisiert; ihre Interessen würden dort genau so gut gewahrt als im Bauarbeiterverband. Genau so ginge es auch den Ofsenern im Keramarbeiterverband. Das dabei gefachene Verhältnis einer gewissen Rückversicherung sei ein glückliches. Die Diskussion habe erwiesen, daß der größte Teil der Delegierten für diesen Anschluß sei. Mögen also die Bedenken fallen. Jedenfalls habe sich jeder der Abstimmung zu fügen.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung vorläufig erledigt. Der Delegierte Striep aus Hamburg gibt eine Erklärung zu Protokoll, wonach die Hamburger Töpfer trotz grundsätzlicher Gegnerchaft, falls die Abstimmung für den Keramarbeiterverband entscheidet, geschlossen dem Keramarbeiterverband beitreten werden.

Hierauf wird der

Rechenchaftsbericht des Vorstandes

entgegengenommen. Der Vorsitzende Drunzel ergänzt den gedruckt vorliegenden Vorstandsbericht und erwähnt dabei, daß trotz ungünstiger Konjunktur auch in der verflochtenen Periode gute Lohnfolge erreicht wurden. Der Leipziger Streik habe, weil nicht genehmigt, Differenzen zwischen Zentralvorstand und Leipziger Zahlstelle gezeitigt. Der Zentralvorstand verlange jetzt eine Direktive, die ihn beauftragt, unter allen Umständen das Statut hochzuhalten. Eine Reihe Zahlstellen habe seinerzeit dagegen opponiert, weil der Vorstand das Statut hochhalten und den Leipziger Streik nicht unterstützen wollte. Stellung müsse auch genommen werden zu einem Antrage des Ofsenfabrikantenverbandes, der einen einheitlichen Ablauftermin der Werkstattdienste beantragt habe. Weiter sei zu beschließen, ob der Verband dem Umlageverfahren bei schweren Kämpfen anderer Berufe zustimmen wolle. Redner berichtet noch zum Schluß über Grenzstreitigkeiten mit dem Fabrikarbeiterverband. Redakteur Schmidt beschränkt sich bei seinem Tätigkeitsbericht auf die Erörterung einer Brehpolemik mit Leipzig. Im übrigen berichtet der Redakteur über seine Tätigkeit in jeder Nummer des Hochorgans, auch sei ein kurz gedrangter Bericht im Rechenchaftsbericht vorhanden. Kassierer Lohrer gibt Aufschluß über die Kassenverhältnisse, die er als günstig bezeichnet. Die derzeitige Bilanz gebe zu Befürchtungen für die Zukunft keinen Anlaß.

In der Nachmittagsitzung gibt der Revisor Mantje-Berlin den Revisionsbericht. Bei allen Kassenrevisionen sei die Kasse stets in bester Ordnung gewesen. Bei der Schlussrevision am 27. Juni befanden sich 813 423,63 M. in der Hauptkasse. Er beantragte für die Gesamtwartung die Entlastung.

In der Diskussion der gesamten Berichte verteidigen die Leipziger ihre Haltung, eine Reihe Redner erklärt jedoch ihr Verhalten als fatalen- und disziplinwidrig. Zwischenredner werden die größeren Ausgaben für Bureauhilfe bemängelt, auch wird gefordert, daß der Redakteur im Hochorgan seinem Temperament nicht zu sehr die Zügel schießen lasse, wenn es sich um Polemiken gegen die Kollegen handelt. Ueber die Schaffung eines einheitlichen Tarifablaufs in den Ofsenfabriken sind die Meinungen geteilt. Das Umlageverfahren bei schweren Kämpfen anderer Gewerkschaften wird gutgeheißen. Besonders einschneidende Bemängelungen an der Geschäftsführung des Vorstandes werden nicht erhoben, eine Reihe Delegierter drücken darüber ihre Befriedigung aus.

Die Beratung, die bis 7 Uhr abends wüthet, wird nicht zu Ende geführt und auf später vertagt. Morgen werden zunächst die Verbände der Glas-, Porzellanarbeiter und Töpfer zu gemeinsamer Beratung des Statutenkurses für den Keramarbeiterverband zusammenzutreten und abgeänderte Vorschläge der gemischten Kommission entgegenzunehmen.

11. Generalversammlung der Glasarbeiter.

Leipzig, 2. Juli.

Dritter Verhandlungstag.

Für den Ausschuss berichtet heute Weig-Dröbden, der einige Beschwerden erörterte und dann für den Vorstand Entlastung beantragte.

Die

Debatte über die Geschäftsberichte

war sehr ausgedehnt. Verschiedene Delegierte übten Kritik an der Tätigkeit des Vorstandes, und zwar besonders über die bei Lohnbewegungen. Der Vorstand besitze bei Lohnbewegungen nicht die notwendige Energie. Er bewillige Bewegungen und wufe dann später sehr oft zurück. Der Verbandsvorsitzende dürfe bei Lohnbewegungen nicht allein mit den Unternehmern verhandeln. In der Glasindustrie müßte etwas geschehen, man müsse untersuchen, wie es am besten möglich sei, gegen das Großkapital vorzugehen. Weiter wurde verlangt, die Agitation noch intensiver zu betreiben. Wenn der Vorstand sich mehr mit den Agitationskommissionen beschäftigen würde, könnte leicht mehr geschehen. Die Abhaltung von Lichtbildervorträgen, wie im Bauarbeiterverband, sei empfehlenswert. Bei der Agitation müsse besonderes Gewicht darauf gelegt werden, die Heimarbeit der Organisation zuzuführen. Um die Frauen besser zu gewinnen, wäre es angebracht, für diese niedrigere Beitragsklassen festzusetzen. Angeregt wurde auch die weitere Anstellung von Beamten, so im besonderen für die Oberstufe. Für die Weiterbildung der Funktionäre tue der Verband zu wenig, andere Organisationen könnten vorbildlich sein. Das Zwischenmeistersystem sollte mehr beibehalten werden. Kritisiert wurde auch die geringe Entlohnung der weiblichen Hilfskraft auf dem Verbandsbureau. Bezüglich des „Fachsenossen“ wurde gewünscht, daß dieser die Alkohol- und Jugendbewegung mehr beachte.

Gauleiter Dirscherl-Fürth wandte sich entschieden gegen die Taktik des Vorstandes bei Bewegungen. Den Gauleitern seien bei Streiks zu sehr die Hände gebunden man müsse ihnen mehr Bewegungsfreiheit geben. Unter Zustimmung kritisierte Dirscherl, daß der Vorstand vor Beratung der Ausnahmestimmungen über die Beschäftigung von Jugendlichen und Frauen in der Glasindustrie im Reichstag keinen außerordentlichen Kongreß einberufen hat, in dem laut und deutlich ausreichender Schutz für die Arbeiter in den Glashütten hätte gefordert werden sollen. Redner ist es unangenehm, daß die in Gemeinschaft mit Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion ausgearbeitete Resolution, in der die Forderungen der Arbeiter aufgestellt waren, im Reichstag abgelehnt wurde. Er ist eingedrückt worden ist. Ganz besonders bedauerlich sei es, daß kein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion die Resolution im Reichstag vertreten habe, obwohl dies vorher versprochen worden sei.

Reichstagsabgeordneter Horn erklärte, daß die Abänderung der Resolution von dem sozialpolitischen Ausschuss der Fraktion angenommen worden sei, der zu der Meinung gekommen wäre, daß das Geforderte allgemein für die Glasindustrie nicht durchführbar sei. Für die Tafelglasindustrie müßte man eine Ausnahme machen, da könnte man die Befreiung der Nacht- und Sonntagsarbeit nicht verlangen. Ich habe es deshalb abgelehnt — sagte Horn — die Resolution zu begründen, weil ich eine Resolution nicht begründen kann, die nicht meiner innersten Ueberzeugung entspricht. Der Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses, Robert Schmidt, auf den die Abänderung zurückzuführen ist, hatte sich zum Wort gemeldet, aber anscheinend nachträglich wieder streichen lassen. So ist die Resolution nur mit Hilfe des Zentrums ohne Begründung zur Annahme gelangt. Danach hat sich auch der Bundesrat gerichtet. Was durch die neue Bundesratsverordnung herausgekommen ist, ist nichts als ein Sammelsurium von Bestimmungen, die den Unternehmern einen weiten Spielraum lassen, die Bestimmungen zu hintergehen.

Von weiteren Rednern wurde ebenfalls bedauert, daß die Resolution abgeändert und im Reichstag nicht einmal begründet worden ist.

Verbandsvorsitzender Wirbig erklärte, daß er im Verbands-

sammlung eingetreten sei, hoch habe sie der Vorstand der Kosten halber abgelehnt. Redner betonte dann, daß Robert Schmidt zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit in der Tafelglasindustrie aus technischen Gründen nicht verlangt werden könne. Er (Wirbig) habe dann gesagt, wenn die Fraktion das nicht vertreten könne, so solle sie es lassen; Schutz für die Jugendlichen müsse aber verlangt werden. Außerordentlich erkaunt sei er gewesen, als er sah, daß die Fraktion im Reichstag keine Begründung der Resolution gegeben habe.

Im weiteren Verlauf der Diskussion brachte Dirscherl folgende Resolution zu dieser Frage ein, der die Generalversammlung einstimmig zustimmte:

In Bezug auf die Resolution betr. den Arbeiterchutz in den Glashütten spricht die Versammlung ihr Bedauern darüber aus, daß der sozialpolitische Widerspruch des Genossenschaftlichen Reichstagsausschusses entgegen dem Widerspruch des Genossenschaftlichen Reichstagsausschusses eine Bestimmung aufgenommen hat, wonach für die Tafelglashütten die Ausnahme gemacht werden soll, daß in diesen Betrieben die Nachtarbeit für die Jugendlichen, sowie die Sonntagsarbeit weiter fortbestehen kann.

Die Generalversammlung spricht ferner ihr Bedauern darüber aus, daß die genannte Resolution nicht begründet worden ist. Sie billigt den Standpunkt des Genossenschaftlichen Reichstagsausschusses, den er gegen die Ausnahmestellung der Tafelglashütten eingenommen hat.

Die weitere Debatte über die Geschäftsberichte wurde am Abend durch Schlußantrag beendet. In den Schlußworten gingen die Referenten ausführlich auf die vorgebrachten Einwände ein.

Abends 8 Uhr wurden die Verhandlungen vertagt. Morgen wird in gemeinsamer Sitzung die Statutenvorlage beraten.

Außerordentliche Generalversammlung der Porzellanarbeiter.

Leipzig, 2. Juli 1913.

Dritter Verhandlungstag.

Der Verbandstag trat erst am Nachmittag zusammen. Wai-Mann-Charlottenburg berichtet über den Stand der Kommissionsarbeiten. Nach ziemlich schwierigen Beratungen habe sich die Kommission der drei Verbände auf einer Grundlage verständigt, die eine Abänderung der Statutenvorlage in der Beitrags- und Unterstützungssache darstelle. In einer gemeinsamen Sitzung der drei Generalversammlungen wäre erst über diese neuen Grundlagen zu sprechen. Würden die Grundlagen angenommen, dann könne weiter verhandelt werden.

Die Generalversammlung stimmt ohne Diskussion dem Vorschlag über die Gestaltung der weiteren Verhandlungen zu.

Schramm-Selb erstattete sodann den Bericht der Beschwerdebekämpfungskommission. Die Beschwerden sind außerordentlich genau geprüft worden. Sie sind interner Natur und betreffen zum meist verwaltungstechnische Fragen. Die Generalversammlung befähigt in allen Fällen das Urteil der Beschwerdebekämpfungskommission.

Nach der Erledigung einiger geschäftlicher Fragen vertagte sich die Generalversammlung bis morgen.

Eingegangene Druckschriften.

Schluß der Arbeiterversicherungsbekämpfung. Herausgegeben von Geh. Med. R. Prof. Dr. J. Gumprecht, Geh. Oberreg. R. G. Garius und Dr. O. Koler. 24 M., geb. 2,50 M. J. A. Barth, Leipzig.

Die Unternehmerorganisationen. (Separatdruck aus Archiv für Sozialwissenschaft u. Sozialpolitik, Bd. 39 Heft 3.) J. G. B. Mohr, Tübingen.

Die Musik. Heft 19. Halbmonatsschrift. Herausgegeben von B. Schuster. Verlag Schuster u. Seiffert, Berlin W. 67.

Der Lehrer von Kirchdorf. Schauspiel in 4 Akten von E. Braun. 2 M. B. Götzel u. Co. Nachf., Leipzig.

Todes-Anzeigen

Verband der Gastwirtsgehilfen. Cröverwaltung Berlin I.

Am 1. Juli starb nach langem schweren Leiden unser Mitglied

Max Fiebig

im Alter von 63 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 3. Juli, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Elisabeth-Gemeinde, Weingarten, statt.

31/15 Der Vorstand.

Dienstag, den 1. Juli, verchied nach schweren Leiden meine liebe Frau und gute Mutter

Minna Steffen

geb. Padrek. 24K Dies zeigt uns betrübt an

A. Steffen und Kinder.

Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Grabenkirchhofes, Dorststraße, aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meiner lieben

Berta Riek

sage ich allen Verwandten, Freunden, Bekannten, Genossinnen und Genossen sowie den Kollegen der Firma Dittmar meinen aufrichtigsten Dank. 14K Im Namen der Hinterbliebenen

Otto Riek, Neukölln.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harleiden.

Prinzenstr. 41, nicht am Moritzplatz

10-2. 5-7. Sonntags 10-12.

Spezialarzt für Hals-, Lungen- und Syphilis. Ehrlich-Holz-Kuren Blutuntersuchung. Schnelle, sichere Heilung. Sehr mäß. Preise.

Dr. med. Weckenfuß, Friedrichstr. 125, Oranienb. Tor. Spr. 8-8, Sonnt. 8-11.

Landparzellen bei Budow hinter Br. 10 Min. v. d. elektr. Straßenbahn verkauft spottbillig Geier, Sandwin, Dersingerstr. 4. Sonntags von 10 Uhr ab Restaurant Störbed, Budow. 266/14

Orts-Krankenkasse

der Bildhauer, Stukkateure und verw. Gewerbe zu Berlin.

Am Freitag, den 11. Juli 1913, abends 6 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 5, eine

außerordentliche

General-Versammlung

statt. Tagesordnung:

Stellungnahme zu der Entziehung des Ueberversicherungsamtes betreffend Nichtzulassung unserer Kasse als besondere Ortskrankenkasse.

Der Vorstand. H. A.: Fritsch-Walcher, Vorsitzender.

300 Mark 104/4

Umsatz an verl. Verz. von 2000 M. an 10 W.-Lour. elektr. Bahn. Linie 164. Hofenstraße, Hauptstr. 17, Of. 21.

Ziehung 15. und 16. Juli

Jubiläums-Lose à 1 Mk.

Flug in Berlin

11 Lose für 10 Mk. (Porto u. Liste mit vollständigen Tabellen 15 Pf. extra)

20000 Lose, 4000 Gewinne, Gesamtw. M.

60000

20000

10000

Lose in allen Lotteriegeschäften, Loseverkaufsstellen u. durch Generaldebit

Lud. Müller & Co.

in Berlin W., Werderscher Markt 10.

Telegr.-Adr. Götzenhäuser.

Monatsgarderobenhaus

von Wilhelm Schnurmacher jetzt nur im Laden

108 Skalitzer Straße 108 empfiehlt sein reichhaltiges Lager in wenig getragenen sowie neuen Herren-garderoben für jede Figur passend zu sehr billigen Preisen. 112/8

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Kreis. Am Sonntag, den 13. Juli, findet bei Fritz Wille, Seebastianstr. 39, im schönen Naturgarten das Sommerfest des Wahlvereins statt.

Charlottenburg, 7. Gruppe. Sonntag, den 6. Juli 1913: Ausflug nach der Jungfernhöhe. Treffpunkt nachmittags 3 Uhr bei Schön, Tegeler Weg 40.

Zeuthen. Heute abend von 5 Uhr an vom Genossen Barnack aus wichtige Flugblattverbreitung.

Sonntagnachmittag 4 1/2 Uhr findet im Restaurant des Herrn Lindemann, Zeuthen, Dorfstr. 15 eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Abgeordnete Genosse Adolf Hoffmann über kirchliche Angelegenheiten referiert.

Berliner Nachrichten.

Das verlassene Bergwerk bei Teupitz.

Wenn man vom Restaurant „Lornows Idyll“ bei Teupitz kurze Zeit die nach Norden führende Chaussee in der Richtung nach Spitzendorf verfolgt, sieht man beim Kilometerstein 14,9 in nordöstlicher Richtung einen einsamen hohen Schornstein über die Kornfelder hinausragen.

Man erkennt, gerade hier eine Art von Fabrikanlage mit mächtigem Schornstein zu erblicken; aber kein Rauch entweicht ihm, kein Stampfen, Zischen, Sämmern der Maschinen stört die Waldesandacht.

Hier wurde vor zirka 30 Jahren nach Braunkohle gegraben im Tagesbau! Ein großes Loch war schon gegraben. Da wurde eine unterirdische Wasserader angebohrt.

Man erkant, gerade hier eine Art von Fabrikanlage mit mächtigem Schornstein zu erblicken; aber kein Rauch entweicht ihm, kein Stampfen, Zischen, Sämmern der Maschinen stört die Waldesandacht.

Wir gehen wieder nach der Chaussee zurück, um auf gleichem Wege, wie gekommen, nach „Lornows Idyll“ zurückzukehren. Von der Chaussee führt auch ein Weg nach Restaurant „Waldfrieden“.

Wir gehen wieder nach der Chaussee zurück, um auf gleichem Wege, wie gekommen, nach „Lornows Idyll“ zurückzukehren. Von der Chaussee führt auch ein Weg nach Restaurant „Waldfrieden“.

Abreise der Ferienkolonisten.

Auf dem Steintiner Bahnhof herrschte gestern früh großer Ferientrübels. Schon um 7 Uhr fanden Knaben und Mädchen mit Rucksäcken und anderem Gepäck sich mit ihren Angehörigen ein.

Die Ungültigkeit des § 8 der Berliner Gemeinde-Grundsteuerordnung

hat am Donnerstag nunmehr auch das Kammergericht, erster Strafsenat, ausgesprochen. Der § 8 der Gemeinde-Grundsteuerordnung für Berlin vom 20. April 1907 bestimmt:

Das Landgericht sprach K. frei, weil der § 8 ungültig sei. Das Kammergericht hat nun gestern — Donnerstag — die Revision des als Nebenkläger zugelassenen Berliner Magistrats zurückgewiesen und zur Begründung folgende prinzipielle Ausführungen gemacht:

Mit der zitierten Bestimmung werde nicht nur verlangt die Bestellung eines Zustellungsbevollmächtigten, sondern eines Bevollmächtigten, der den Eigentümer in den das Grundstück betreffenden Angelegenheiten vertritt, somit also eines Bevollmächtigten, der auch rechtsgeschäftliche Erklärungen, die für den Vollmachtgeber bindend sind, für ihn abzugeben hat.

Viehändler und Großschlächter.

Mehrere Viehhändler beabsichtigen mit Umgehung der Großschlächter auf dem Zentralvieh Hof selbst schlachten zu lassen. Das Fleisch wollen sie dann direkt an Ladenschlächter absetzen.

Von den Uraniasäulen.

Der Berliner Polizeipräsident hatte der Reklamegesellschaft „Kollero“ zur Anbringung automatisch wechselnder Reklame an den Uraniasäulen die Genehmigung widerrufen.

Das Oberverwaltungsgericht hob das Urteil auf und wies die Klage der Gesellschaft ab. Gründe: In Betracht käme § 94 der Berliner Straßenpolizeiverordnung in Verbindung mit § 93.

Wieder mal Verkehrsstörung in Südbende! Den vielen in Berlin beschäftigten Bewohner der Vororte Südbende, Lankwitz und Lichterfeld-DfI sowie den Leuten, die mit der elektrischen Vorortbahn nach Nordstraße, Pappestraße und im Anschluß an sie nach Teltow, Madnow, Stahnsdorf wollten, wurde am gestrigen Donnerstagvormittag die peinliche Ueberraschung, daß die Bahn wieder einmal nicht ging.

Falsche Hinweise auf Feuermelder.

Die öffentlichen Anschlagssäulen enthalten bekanntlich Hinweise, wo der nächste Feuermelder zu finden ist. Dabei laufen ganz grobe Fehler unter. Ein Leser schreibt darüber: „Vor dem Hause Vorhrieger Straße 51, Ecke Weinbergsweg, ist ein Säule aufgestellt, die angibt, daß der nächste Feuermelder Schönhauser Allee 181, Ecke Fehrbelliner Straße, zu finden ist.“

Die vor dem Hause Hofstr. 1, Ecke Münzstraße stehende Säule trägt den Hinweis: Brenzlauer Str. 5, Ecke Linienstraße. Der öffentliche Feuermelder steht vor dem Hause Münzstr. 14, Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße.

Diese Blütenlese, welche anscheinend nur einen Teil dieser Ungenauigkeiten darstellt, sollte das königliche Polizeipräsidium, Abteilung für Feuerwehr, veranlassen, eine umfassende Remedur einzutreten zu lassen.

Opfer des Spielteufels.

Ein Opfer seiner Spielleidenschaft ist der 25 Jahre alte Freireugehilfe Walter König aus Alt-Moabit geworden. König, der schon seit drei Jahren bei seinem Meister war, opferte fast seinen ganzen Lohn dem Spielteufel, so daß er selbst kaum das Nötigste besah.

Die Kindesleiche im Klosett.

Unter dem Verdacht, ihr neugeborenes Kind getötet zu haben, wurde das bei Hausfeld in der Friedenstr. 19 bedienstete Dienstmädchen in Haft genommen. Das Kind wurde im Klosett tot aufgefunden.

Ein Kind von einer Waise erschlagen. Der Schiffseigentümer Schulze aus Sachsenhausen kam mit seinem Kohlenkahn hier an und machte in der Nähe der Goyfowsky-Brücke fest um dort auszuladen.

Schwer verunglückt ist auf der Flucht vor Polizeibeamten ein junger Mann Hugo Wegner. Wegen verschiedener Delikte verfolgt, setzte Wegner über einen Zaun in der Gneisenaustraße. Hierbei verunglückte er jedoch schwer, indem er mit dem Unterleib in einer Eisenspitze hängen blieb.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes wurde gestern vormittag an der Schloßbrücke aus der Spree gefischt. Sie war in braunes Packpapier gehüllt und mit Bindfäden verschmirt.

Wer sind die Toten?

Aus der Spree gefischt wurde gestern nachmittags bei Trepow die Leiche eines unbekannt, ungefähr 45 Jahre alten Mannes, dessen Persönlichkeit sich bisher nicht feststellen ließ.

Dachstuhlbrand im Osten Berlins.

In der ersten Morgenstunde wurde die Feuerwehre gestern nach der Pinißstraße 4 im Osten Berlins gerufen, wo auf dem Boden des Hauses Feuer ausgebrochen war.

Cuittung.

Für den Verein Arbeiter-Jugendheim gingen bei dem Unterzeichneten ein: 5 M. von den Rotationsarbeitern des „Berliner Tageblatt“, 35 M. von den Kollegen der Firma Grösch, Unter den Linden, 6,50 M. Märzstrangüberlauf von den freigestellten Arbeitern der Margarine-

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Beihilfe für Schwangere. Minderbemittelten Schwangeren, welche in Charlottenburg wohnen, werden von dem Charlottenburger Hauspflegeverein vier Wochen vor der Entbindung und für die Zeit des Wochenbettes Beihilfen gewährt.

Gesangliche Veranstaltung. Der Gesangverein „Charlottenburger Liedertafel“ (M. d. A. S. V.) veranstaltet am Sonntag, den 6. Juli, im „Minerva-Sportpark“ (Fichte-Spielplatz), Königsdamm, an der Olympia-Madrennbahn, ein Sommerfest.

Da der Verein — als einziger am Orte — die Veranstaltungen der Partei und Gewerkschaften durch Mitwirkung unterstützt, ist der Besuch des Festes durch die organisierte Arbeiterschaft Charlottenburgs zu empfehlen.

Neukölln.

Eine Vormittagspartie nach dem Plänterwald findet am Sonntag, den 6. Juli, statt. Treffpunkt 7 Uhr am Rathaus.

Zu der zweitägigen Ferienpartie werden Meldungen bis zum 12. Juli von dem Spielleiter und im Sekretariat entgegengenommen.

Ferienpiele!

In der Arbeiterstadt Neukölln ist es zum Bedürfnis geworden, die Kinder, denen es nicht vergönnt ist, die Ferien im Gebirge, an der See oder in sonstigen Sommerfrischen zu verleben, hinaus zu führen ins Freie oder auf Spielplätzen, welche uns zum Teil vom Magistrat zur Verfügung gestellt, zum Teil vom Wahlverein gemietet worden sind.

